

DEUTSCHER BUNDESTAG
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

16. Wahlperiode

16/14

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

vom 8. Februar 2006 bis 3. November 2006

Vorsitz: Michaela Noll, MdB (CDU/CSU)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

	Inhalt	<u>Seite</u>
	Verzeichnis der Anlagen	7
I.	Grundlagen der Arbeit der Kinderkommission	9
1.	Einsetzung der Kinderkommission als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
2.	Regeln über Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kinderkommission	11
3.	Mitglieder der Kinderkommission / Turnus des Wechsels des Vorsitzes	12
4.	Aufgaben und Arbeitsweise	15
5.	Arbeitsprogramm der 16. Wahlperiode	17
II.	Ergebnisse der Vorsitzzeit MdB Michaela Noll	30
1.	Antragsrecht der Kinderkommission	30
2.	Schwerpunkte des Arbeitsprogramms	30
2.1.	Schwerpunktthema „Kinder und Sport“	30
2.1.1.	Gespräch mit Herrn Dr. Lothar Klaes, Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands gem. e. V. zum Thema „Fitnesszustand der Kinder unter Berücksichtigung der sozialen Herkunft, des Bildungsgrades und eines eventuellen Migrationshintergrundes“	31
2.1.2.	Gespräch mit Frau Verena Thiesbrummel, Universität Bielefeld, zum Thema „Ursachen und Folgen von Bewegungsmangel der Kinder“	32

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

2.1.3.	Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Klaus-Peter Brinkhoff, Institut für Sportwissenschaften der Universität Stuttgart, zum Thema „Suchtprävention durch Sport“	34
2.1.4.	Gespräch mit Frau Viola Laux, Deutsches Jugendinstitut e. V. München und Herrn Jörg Richter, Ringer-Verband Sachsen e. V. Leipzig, zum Thema „Gewaltprävention durch Sport“	35
2.1.5.	Gespräch mit Frau Heike Kübler, Deutscher Sportbund, und Herrn Stephan Wehner, Sportjugend Frankfurt, zum Thema Integration von Kindern durch Sport“	37
2.1.6.	Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, zum Thema „Sport und Integration“	40
2.1.7.	Deutscher Präventionstag zum Thema „Sport und Prävention“	42
2.1.8.	Kindersportgipfel am 31. Mai 2006 mit Dr. Theo Zwanziger, geschäftsführender Präsident des Deutschen Fußballbundes und Ariane Hingst (1. FFC Turbine Potsdam)	42
2.1.9.	Veranstaltung der Kinderkommission in der Bundestagsarena am 21. Juni 2006	46
2.1.10.	Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Sport“	50
2.1.11.	Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Turnerbundes, Herrn Rainer Brechtken	53
2.2.	Schwerpunktthema „Kinder und Medien“	53
2.2.1.	Gespräch mit Herrn Thomas Rathgeb, Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, Herrn Friedemann Schindler, Jugendschutz.net, und Herrn Lars Kindervater sowie Herrn Fritz-Uwe Hofmann, T-Mobile International AG & Co. KG, zum Thema „Jugend, Handys und Gewaltvideos - wie sehen Tendenzen und geeignete Maßnahmen aus“	54
2.2.2.	Gespräch mit Frau Simone Trautsch, Kinderkurheim Wichernhaus, Herrn Prof. Dr. Henning Scheich, Leibnitz-Institut für Neurologie, und Herrn Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, Ärztlicher Direktor der Universitätsklinik für Psychiatrie, Ulm, zum Thema „Vieluser - wie sehen die neurobiologischen und psychologischen Auswirkungen bei medienabhängigen Jugendlichen aus?“	59

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

2.2.3.	Öffentliche Anhörung zum Thema „Medienkompetenz - Wie erreichen wir Problemfamilien?“	66
2.2.4.	Jugendmedienschutztagung des ZDF zum Thema „Medienkompetenz“	66
2.2.5.	Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Medien“	68
2.2.6.	Schutz von Kindern, die in Medienproduktionen beschäftigt sind	72
2.3.	Schwerpunktthema Kinder und Gewalt	73
2.3.1.	UN-Studie „Gewalt gegen Kinder“	75
3.	Behandlung weiterer Themen	75
3.1.	Kinder- und Jugendhilfegesetz im Rahmen der Föderalismusreform	75
3.2.	Unterstützung einer Petition zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung	77
3.3.	Schutz von Kindern vor Passivrauchen	79
3.4.	Kinder und Gesundheit	81
4.	Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission	82
4.1.	Beteiligung der Kinderkommission an den Kindertagen des Deutschen Bundestages	82
4.2.	Ortstermin bei Berliner Schülerlotsen am 29. Juni 2006, 7.30 bis 8.00 Uhr	83
4.3.	Naturfreundejugend Deutschlands - Kindergipfel in Duisburg am 27. Mai 2006	85
5.	Gesprächstermine der Kinderkommission außerhalb ihrer Sitzungen	86

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

6.	Grußworte der Kinderkommission	88
6.1.	Grußwort der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur 8. Internationalen Kinder- und Jugendfilmwoche des KinderKulturZentrums Raiteberg (KiKuZ)	88
6.2.	Grußwort zum Bundeswettbewerb der Schülerlotsen 2006 im Europapark Rust	89
7.	Öffentlichkeitsarbeit	89
7.1.	Broschüre der Kinderkommission	89
7.2.	Pressekonferenzen	90
7.3.	Pressemitteilungen	90
7.4.	Internetbriefkasten	92
8.	Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	96
9.	Anlagen	113

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Verzeichnis der Anlagen

<u>Anlage</u>	<u>Dokument</u>	<u>Seite</u>
1	Presseöffentliche Konstituierung der Kinderkommission im Beisein der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen	114
2	Kinderkommission konstituiert: Rechte der Kinder im Mittelpunkt	115
3	Kinderkommission des Bundestages zum „Internationalen der Muttersprache“: Lesekompetenz und Mehrsprachigkeit besser fördern	116
4	Kinder haben Gelegenheit, an den Kindertagen des Deutschen Bundestages Mitglieder der Kinderkommission zu treffen	118
5	Kinderkommission des Bundestages zum Internationalen Kinderbuchtag: Bücher sind unverzichtbar für die Entwicklung von Kindern!	119
6	Kinderkommission zum Weltgesundheitstag (WHO): Mehr Bewegungschancen für alle Kinder!	121
7	Kinderkommission des Bundestages zum „Girls' Day“ am 27. April 2006: Mädchen stehen alle Berufe offen Arbeitsmarktchancen nutzen	123
8	Die Kinderkommission zum „Ersten Deutschen Familientag“ - Ein starker Tag für Familien in Deutschland	125
9	Kinderkommission zur Föderalismusreform: Risiken und Nebenwirkungen ausschließen!	126
10	Zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2006 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages: „Eltern vermisster Kinder brauchen Unterstützung“	128
11	Fairness und gelungene Integration - die Kleinen machen's den Großen vor Kinderkommission veranstaltet Kindersportgipfel in Berlin	129

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

12	Nationalspielerin Ariane Hingst und Dr. Theo Zwanziger zu Gast bei der Kinderkommission	130
13	Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit	132
14	„Kinder und Sport“ - Kinderkommission des Bundestages lädt in die Bundestagsarena ein	133
15	„Runter vom Gas!“ - fordert die Kinderkommission des Deutschen Bundestages alle Autofahrer auf	134
16	Mit Sport Kinder schneller fit fürs Leben machen Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Sport“	135
17	Kinderkommission des Bundestages zum Weltkindertag: „Gemeinsame globale Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen“	138
18	Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Tag der Integration am 25. September 2006: „Integration fängt bei den Kleinen an!“	139
19	Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema Kinder und Medien „Medienkompetenz - wie erreichen wir Problemfamilien?“	140
20	Kinderkommission zum Welternährungstag: „Ran an den Speck - Kindern mehr Ernährungswissen vermitteln“	141
21	Den Schutz der Rechte des Kindes bei der Mitwirkung an Medienproduktionen stärken Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur Modernisierung und Weiterentwicklung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes	142
22	Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusgemäßen Wechsel im Vorsitz	144
23	Stellungnahme und Forderungen der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Medien“	145

I. Grundlagen der Arbeit der Kinderkommission

1. Einsetzung der Kinderkommission als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Auf Beschluss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (AFSFJ) des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 25. Januar 2006 wurde die Kinderkommission in der 16. Wahlperiode erneut als Unterausschuss gemäß § 55 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt. Damit führte der Ausschuss eine Tradition fort, die bis in die 11. Wahlperiode zurückgeht. Erstmals wurde die Kinderkommission auf der Grundlage von Beschlüssen des Ältestenrates vom 21. April und 5. Mai 1988 als „Institution sui generis“ eingesetzt. Seit der 12. Wahlperiode hat die Kommission den Status eines Unterausschusses, und zwar zunächst als gemeinsamer Unterausschuss der Ausschüsse für Familie und Senioren sowie für Frauen und Jugend und seit der 13. Wahlperiode als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Kinderkommission der 16. Wahlperiode konstituierte sich am 8. Februar 2006 in Anwesenheit der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Abg. Kerstin Griese, und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



© Deutscher Bundestag

Von links nach rechts: Die Abgeordnete Miriam Gruß, Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Abgeordneten Michaela Noll, Marlene Rupprecht, Ekin Deligöz, Diana Golze und Kerstin Griese, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. © DBT



© Deutscher Bundestag

Michaela Noll, CDU, Ausschussvorsitzende, während der Ausschusssitzung.

2. Regeln über Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kinderkommission

Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kinderkommission sind in ihren Grundzügen im Einsetzungsbeschluss des AFSFJ geregelt. Dort heißt es:

„Die Kinderkommission hat seit ihrer erstmaligen Einsetzung 1988 einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung der Kinderpolitik als eigenständiges Politikfeld geleistet. Die Situation von Kindern hat sich seitdem in Deutschland erheblich verbessert. Nach wie vor besteht aber noch Handlungsbedarf, denn Kinder werden immer noch nicht selbstverständlich als eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten und Bedürfnissen angesehen und respektiert. Alle im Ausschuss vertretenen Fraktionen halten daher eine erneute Einsetzung der Kinderkommission in der 16. Legislaturperiode für sinnvoll. Die Kinderkommission wird entsprechend der Tätigkeit früherer Kommissionen weiterhin die Interessen von Kindern im Parlament vertreten. Im Rahmen der zeitlichen und rechtlichen Möglichkeiten nimmt die Kinderkommission darüber hinaus die Rolle des Ansprechpartners für Verbände und Organisationen sowie Einrichtungen wahr, die sich für Interessen von Kindern einsetzen.“

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat folgende Regeln für die Arbeit der Kinderkommission festgelegt:

- 1. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt eine Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Deutschen Bundestag als Unterausschuss gemäß §55 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ein.*
- 2. Sie besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion sowie einer entsprechenden Zahl von Stellvertreterinnen bzw. Stellvertretern, wobei die Kommissionsmitglieder und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter ordentliche oder stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sein sollen. In begründeten Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden.*
- 3. Der Vorsitz und die damit verbundene SprecherInnenfunktion wechselt zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Der Turnus des Wechsels wird in der ersten Sitzung der Kinderkommission festgelegt.*

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

4. *Beschlussfähigkeit besteht bei Anwesenheit aller stimmberechtigten Mitglieder.*
5. *Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen der Einstimmigkeit. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist darüber zeitnah zu informieren.*
6. *Anlässlich eines jeden Wechsels des Vorsitzes legt die Kinderkommission dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Tätigkeitsbericht vor.*
7. *Öffentliche Anhörungen sowie Auslandsreisen der Kinderkommission sind im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchzuführen.*
8. *Zur besseren Abstimmung der Tätigkeit der Kinderkommission mit der Arbeit des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll der/die Vorsitzende der Kinderkommission an den Obleutegesprächen des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilnehmen.*

Die Bestimmungen über die Zusammensetzung und das Einstimmigkeitsprinzip begründen die geschäftsordnungsmäßige Sonderstellung der Kinderkommission und charakterisieren sie als parlamentarisches Gremium eigener Art. Dieser Sonderstatus weicht von der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) ab, der für Unterausschüsse ebenso wie für die Ausschüsse grundsätzlich eine Zusammensetzung nach Fraktionsstärke und damit das Mehrheitsprinzip vorsieht (§ 55 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 12 GO-BT)

3. Mitglieder der Kinderkommission / Turnus des Wechsels des Vorsitzes

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages haben für die 16. Wahlperiode folgende ordentliche und stellvertretende Mitglieder in die Kinderkommission entsandt:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

<u>Fraktion/Gruppe</u>	<u>Ordentl.Mitglied</u>	<u>Stellv.Mitglied</u>
CDU/CSU	Michaela Noll	Elisabeth Winkelmeier-Becker
SPD	Marlene Rupprecht	Jürgen Kucharczyk
FDP	Miriam Gruß	Ina Lenke
DIE LINKE.	Diana Golze	Jörn Wunderlich
Bündnis 90/Die Grünen	Ekin Deligöz	Kai Boris Gehring



Alle Mitglieder der Kinderkommission. Von links: Diana Golze, Die Linke., Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen, Michaela Noll, CDU/CSU, Vorsitzende der Kinderkommission, Marlene Rupprecht, SPD und Miriam Gruß, FDP.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



© Deutscher Bundestag

In der vorderen Reihe von links nach rechts: Die ordentlichen Mitglieder, die Abgeordneten Marlene Rupprecht, Ekin Deligöz, Michaela Noll, Miriam Gruß, Diana Golze und das stellvertretende Mitglied, die Abgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker; In der hinteren Reihe von links nach rechts: Die stellvertretenden Mitglieder, die Abgeordneten Jörn Wunderlich, Jürgen Kucharczyk und Kai Gehring. Das ebenfalls stellvertretende Mitglied, die Abgeordnete Ina Lenke, ist nicht im Bild. © DBT

Alle ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder der Kinderkommission sind auch ordentliche Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die ordentlichen Mitglieder Abg. Marlene Rupprecht (SPD) und Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) waren bereits in der letzten Wahlperiode ordentliche Mitglieder der Kinderkommission; Abg. Michaela Noll (CDU/CSU) war in der 15. Wahlperiode stellvertretendes Mitglied der Kommission. Die ordentlichen Mitglieder der Kommission nehmen zugleich in ihren Fraktionen die Aufgabe der Kinderbeauftragten bzw. der kinderpolitischen Sprecherin wahr.

In ihrer 2. Sitzung am 15. Februar 2006 hat die Kinderkommission für die 16. Wahlperiode den Turnus des Vorsitzwechsels und der damit verbundenen Sprecherinnenfunktion wie folgt festgelegt:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

08.02.2006 bis 03.11.2006	Michaela Noll (CDU/CSU)
04.11.2006 bis 30.07.2007	Marlene Rupprecht (SPD)
31.07.2007 bis 24.04.2008	Miriam Gruß (FDP)
25.04.2008 bis 18.01.2009	Diana Golze (DIE LINKE.)
19.01.2009 bis 14.10.2009	Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4. Aufgaben und Arbeitsweise

Der Einsetzungsbeschluss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überträgt der Kinderkommission auch in der 16. Wahlperiode die Aufgabe, im Parlament die Interessen von Kindern zu vertreten. Gemäß der Festlegung in ihrem Namen ist damit seit ihrer Einsetzung im Jahr 1988 die „Wahrnehmung der Belange der Kinder“ der Auftrag der Kinderkommission. Sie agiert als politisch-parlamentarische Interessenvertretung für Kinder („Parlamentarische Lobby für Kinder“), die als besonders schwache und schutzbedürftige Mitglieder der Gesellschaft ihre öffentlichen und politischen Belange nicht selbst vertreten können.

In der 18-jährigen Praxis der Kinderkommission hat sich die Übung entwickelt, zu Beginn einer jeden Legislaturperiode ein Arbeitsprogramm zu ausgewählten kinderpolitischen Themen zu beschließen. Auf der Grundlage dieses Arbeitsprogramms entwickelt die Kommission im Laufe der Wahlperiode Initiativen und Empfehlungen.

Daneben ist es ihre Daueraufgabe, Gesetzentwürfe und andere im Deutschen Bundestag eingebrachte Vorlagen auf ihre Auswirkungen auf Kinder zu überprüfen. Dabei kann sie Änderungsvorschläge zur besseren Berücksichtigung der Belange von Kindern vorlegen, soweit hierüber ein Konsens gemäß dem Einstimmigkeitsprinzip möglich ist. Angesichts der Tatsache, dass Kinderpolitik eine Querschnittsaufgabe darstellt und zahlreiche Politikbereiche berührt, kann die Kinderkommission aufgrund ihrer begrenzten personellen und sachlichen Kapazitäten diese Aufgabe allerdings nur in eingeschränktem Umfang erfüllen. Sie wird deshalb insoweit nur in ausgewähl-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

ten Einzelfällen tätig.

Schließlich greift die Kinderkommission unabhängig vom Arbeitsprogramm kinderpolitische Fragen zu ausgewählten Themen auf. Dies geschieht in der Regel unabhängig vom jeweiligen Arbeitsprogramm beispielsweise auf der Grundlage von Forderungen und Anregungen von Kinderorganisationen, Eingaben von Kindern oder Erwachsenen oder aus besonderen aktuellen Anlässen. Im Rahmen des Auftrags „Wahrnehmung von Kinderbelangen“ innerhalb und außerhalb des Parlaments bemüht sich die Kinderkommission in langjähriger Praxis auch um eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Für ihre Arbeit stehen der Kinderkommission folgende Instrumente zur Verfügung:

- ◆ Sie kann zu wichtigen kinderpolitischen Themen öffentliche Anhörungen durchführen.
- ◆ Sie kann nichtöffentliche Expertengespräche durchführen, um zu relevanten Themen Standpunkte zu entwickeln.
- ◆ Sie kann Informationen zu kinderpolitischen Themen in Fachgesprächen und im Rahmen von Ortsterminen außerhalb ihrer regelmäßigen Sitzungstermine gewinnen.
- ◆ Sie kann auf kinderpolitische Problemstellungen durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufmerksam machen.
- ◆ Sie kann in den Fachausschüssen des Bundestages zu kinderpolitischen Themen ein Rederecht nach § 69 Abs. 3 GO einfordern.

Ihre Erkenntnisse zu den einzelnen Themenbereichen fasst die Kinderkommission in Empfehlungen und Stellungnahmen zusammen. Diese werden an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an die Fraktionen des Deutschen Bundestages und an das jeweils zuständige Ressort der Bundesregierung - in der Regel an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - übermittelt. Je nach dem Inhalt der Empfehlung wendet sich die Kinderkommission aber auch an

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

andere Fachausschüsse des Bundestages bzw. an andere Ressorts der Bundesregierung. Geeignete Empfehlungen werden auch an die Ministerpräsidenten der Bundesländer und an Institutionen und Organisationen, die für eine Umsetzung in Betracht kommen könnten, übermittelt. Hierzu gehören auch die Organe der Europäischen Union.

5. Arbeitsprogramm der 16. Wahlperiode

Unmittelbar nach ihrer Einsetzung hat die Kinderkommission mit den Beratungen über das Arbeitsprogramm der 16. Wahlperiode begonnen. Das Programm wurde in der 3. Sitzung am 8. März 2006 einvernehmlich beschlossen. Es umfasst folgende Themen sowie die Aufteilung dieser Themen als Arbeitsgebiete zwischen den Kommissionsmitgliedern:

<u>Themen</u>	<u>wahrgenommen durch</u>
• Kinder und Sport	Abg. Michaela Noll
• Kinder und Medien	Abg. Michaela Noll
• Kinder und Gewalt	Abg. Michaela Noll
• Kinder und Gesundheit	Abg. Marlene Rupprecht
• Kinder und Behinderung	Abg. Marlene Rupprecht
• Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention	Abg. Marlene Rupprecht
• Kinder und Mobilität	Abg. Miriam Gruß
• Kinder und Kultur	Abg. Miriam Gruß
• Kinder und Alltag	Abg. Miriam Gruß
• Kinderarmut	Abg. Diana Golze
• Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern	Abg. Diana Golze
• Kinder- und Jugendhilfe/Kinder- und Jugendsozialarbeit	Abg. Diana Golze

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- **Vernachlässigung von Kindern und soziale Ausgrenzung** **Abg. Ekin Deligöz**
- **Elementarbildung – frühkindliche Förderung** **Abg. Ekin Deligöz**
- **Kinder und Ernährung / Verbraucherschutz** **Abg. Ekin Deligöz**

Hierzu führt die Kinderkommission erläuternd aus:

Kinder und Sport

Über Sport lässt sich viel erreichen. Gerade der Sport bietet beste Voraussetzungen, die Integration von Zuwanderern in der Gesellschaft ohne großen Aufwand erfolgreich zu erreichen. Sport integriert, denn über Spaß, Spiel und Teamgeist im Sport lernen Kinder unterschiedlicher Herkunft sich kennen, verbringen die Freizeit miteinander oder es entwickeln sich Freundschaften. Sport stärkt Sozialkompetenzen, Selbstständigkeit und solidarisiert. Er hilft beim Abbau von Sprachbarrieren, kulturellen Vorbehalten und bei der Gewaltprävention. Die Kinderkommission möchte zeigen, dass durch den Sport ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Kulturen in Deutschland geleistet werden kann.

Sport ist auch geeignet als Mittel gegen Gewalt. Durch ein gezieltes Sportangebot kann die Vermittlung sporttypischer Schlüsselqualifikationen wie Teamgeist, Durchhaltevermögen und Fairplay in den Vordergrund gestellt werden. Die Kinder lernen, eigene Grenzen zu setzen, eine eindeutige Haltung einzunehmen und ihren Standpunkt zu vertreten und gleichzeitig dabei auch Aggressionen abzubauen und nicht gegen andere Kinder zu richten. Die Kinderkommission wird sich über verschiedene Projekte zu diesem Bereich informieren.

Der dritte Themenkomplex, mit dem sich die Kinderkommission beschäftigen wird, ist „Sport als Therapie“. Laut Angaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung wurden bei mehr als 30 Prozent der Kinder Koordinationsschwächen beobachtet. Bei Haltungsschwächen liegt der Anteil sogar noch höher. Die Gründe dafür sind vielfältig und individuell. Viele Kinder bewegen sich einfach zu wenig. Die „moderne Welt

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

der Kinder“ mit einem hohen Fernseh- und Computerkonsum spielt dabei eine entscheidende Rolle. Um es plastisch zu formulieren: Kinder, die nicht rückwärts laufen können, können auch nicht rückwärts rechnen. Spaß an der Bewegung muss heute häufiger angemahnt werden. Hier möchte die Kinderkommission dazu beitragen, neue Wege zu gehen.

Zum Abschluss dieses Themenkomplexes plant die Kinderkommission einen „Kindersportgipfel“. Dieser soll noch vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft in Berlin stattfinden. Die hohe öffentliche Aufmerksamkeit sollte als Chance genutzt werden, um zu zeigen, was Sport in Deutschland bereits an Integration geleistet hat, denn Sport ist rassenlos, klassenlos und was die Integrationsleistung betrifft grenzenlos. Eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung könnte zum weiteren Gelingen der Integration beitragen.

Kinder und Medien

Viele Kinder sind inzwischen „online“, d. h. sie bewegen sich zunehmend selbst im Internet. Der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien ist für Kinder aber nicht nur spannend, sondern auch mit Gefährdungen verbunden.

Medienverwahrlosung - unter dieser Überschrift werden daher immer häufiger die negativen Auswirkungen von Medienkonsum, z. B. Internet, Fernsehen und Computerspielen, diskutiert. Diese Auswirkungen reichen von schlechten Schulnoten bis zur Zunahme der Jugenddelinquenz.

Ziel der Kinderkommission ist es, diese Missstände näher zu beleuchten und nach Möglichkeiten zu suchen, wie ihnen entgegengetreten werden kann. Hilfreich könnte dabei der Ausbau einer geschlechtsspezifischen Medienpädagogik für Jungen und Mädchen sein. Studien zeigen den starken Fernsehkonsum von Kindern aller Altersgruppe auf. Die Kinderkommission möchte darauf hinwirken, dass besser darauf ge-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

achtet wird, was und wieviel die Kinder im Fernsehen sehen. Ziel muss es sein, Kinder und Jugendliche vor Gewaltdarstellungen in den Medien zu schützen.

Ein weiterer Bereich, mit dem sich die Kinderkommission beschäftigen wird, ist das Thema „Erziehungsberatung durch Fernsehsender“. Hierbei soll insbesondere auf die Darstellung von Kindern in Talkshows und Erziehungssendungen eingegangen werden.

Kinder und Gewalt

Auf kaum ein Thema reagiert die Öffentlichkeit in Deutschland so sensibel, wie auf den Schutz von Kindern vor Gewalt. Aufgrund großer aktueller Brisanz wird die Kinderkommission sich mit dem Phänomen der Gewaltausübung in Form von Kindervernachlässigung näher beschäftigen. Dabei geht es um Gewalt in der Erziehung durch andauerndes oder wiederholtes Unterlassen fürsorgenden Handelns. Dort drohen den Kindern Verwahrlosung, geistige Retardierung und Kindstod. Gerade die in den letzten Monaten veröffentlichten Presseartikel über die dramatischen Todesfälle von Kindern machen deutlich, wie dringend wir uns mit dieser Problematik von Gewalt beschäftigen müssen.

Darüber hinaus soll das Thema „Gewalt unter Kindern und Jugendlichen“ näher beleuchtet werden. Dabei geht es um massive oder dauerhafte Bedrohung von schwächeren jungen Menschen. Gemeint sind Fälle, wo Kinder und Jugendliche gegen psychisch und physisch unterlegene Kinder gewalttätig werden, ihre Mitschülerinnen und Mitschüler erpressen oder „abzocken“. Die Kinderkommission engagiert sich dafür, dass für die gewaltbereiten Kinder effiziente Maßnahmen entwickelt werden.

Kinder und Gesundheit

Die Gesundheitsversorgung von Kindern ist nicht nur Heilung von Schmerz und Krankheit. Die UN-Kinderrechtskonvention verlangt für Kinder „ein Höchstmaß an Gesundheit“ und darüber hinaus auch präventive Maßnahmen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen dort optimiert wird, wo Verbesserungsbedarf besteht. Kinder haben ein Recht auf optimale Betreuung und Behandlung in Kliniken und Arztpraxen.

Zur Optimierung im Bereich der Gesundheitsversorgung bei Kindern gehören z. B.:

- Ein Ausbau des Angebots an Facharzt-Weiterbildung
- Flächendeckende Versorgung durch Kinderfachärzte
- Spezielle Kinderabteilungen in Krankenhäusern (statt deren Abbau)
- Untersuchungs- und Behandlungsgeräte, die den speziellen anatomischen Anforderungen von Kindern gerecht werden
- Eine Verbesserung des Leistungsspektrums des Pflegepersonals und der Krankenkassen.

Prävention soll wieder mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken, Eltern müssen über bestehende Vorsorgeprogramme und die Bedeutung des Impfschutzes und der Vorsorgeuntersuchungen besser und umfassender informiert werden, um die Inanspruchnahme dieser Angebote zu erhöhen.

Wie Erwachsene besitzen Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf sorgfältige ärztliche Diagnose und Therapie. Etwa zwei Drittel aller Arzneimittel haben jedoch keine formale Zulassung bezüglich Alter, Dosierung und Darreichungsform. Eine adäquate, effiziente und vor allem sichere Pharmakotherapie für Kinder und Jugendliche ist somit nicht immer gewährleistet. Daher muss in Deutschland eine entsprechende wissenschaftliche Infrastruktur geschaffen werden, die durch hinreichende staatliche Forschungsförderung unterstützt wird.

Alle Fraktionen haben im Juni 2002 einen Antrag im Bundestag eingebracht, der auf diese Punkte aufmerksam macht und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung empfiehlt bzw. Abhilfe fordert. Nachdem der Antrag durch den Bundestag verabschiedet wurde, begleitet die Kinderkommission seine Umsetzung und Erfüllung.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Kinder und Behinderung

Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz (GG) besagt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Ist dieser Grundsatz bereits für Erwachsene mit Behinderung schwierig umzusetzen, gilt dies in besonderem Maße für Kinder.

Kinder, die mit einer Behinderung geboren werden oder sie aufgrund von Unfällen oder Krankheiten erleiden, haben in unserer Gesellschaft mit vielen Hindernissen zu kämpfen. Ihre familiäre Situation ist schwierig, da ihre besonderen Bedürfnisse Eltern und Geschwister oft bis an die Grenzen der Belastbarkeit fordern. Familien, in denen ein behindertes Kind aufwächst, sind im Allgemeinen finanziell schlechter gestellt, als Familien mit gesunden Kindern. Häufig müssen sie sich in langwierigen Verfahren mit Krankenkassen auseinandersetzen, die die Kosten für bestimmte Therapien, Medikamente, Kuren oder Pflege nicht oder nicht vollständig übernehmen wollen.

Behinderte Kinder benötigen eine intensive individuelle Betreuung. Sie haben ein Anrecht auf optimale Förderung und Schulbildung. Oft ist es für sie schwierig, in einer geeigneten Einrichtung unterzukommen und später ihren Fähigkeiten entsprechend ausgebildet zu werden.

Früherkennung, Frühbehandlung und Frühförderung sind hier Aspekte, denen eine zentrale Bedeutung zukommt. Je früher eine Behinderung oder die Gefahr einer solchen erkannt wird, desto größer sind die Chancen, dass durch Behandlung und Förderung die bestmögliche Entwicklung des Kindes gewährleistet werden kann.

Die Kinderkommission engagiert sich dafür, dass für behinderte Kinder die finanziellen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden, um optimal medizinisch versorgt, betreut und ausgebildet zu werden. Dies gilt auch für die betroffenen Familien.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention

1989 wurde das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ von der UN-Versammlung verabschiedet. In der Bundesrepublik wurde diese Konvention 1992 unterzeichnet. Sie garantiert den Kindern neben den klassischen Menschenrechten und dem Recht auf Bildung, Gesundheit und Sozialfürsorge eine eigenständige Rechtsstellung.

Die Umsetzung der UN-Kinderrechte obliegt den Mitgliedsländern und erfolgt auf nationaler Ebene. Dabei muss jedes Land regelmäßig einen Bericht vorlegen, aus dem Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Kinderrechte getroffen wurden, hervorgehen.

Der erste Kindergipfel fand im Jahr 1999 statt. Der zweite wurde im Mai 2002 als Sondersitzung der Vereinten Nationen abgehalten. Das Abschlussdokument steht unter dem Motto „A World Fit For Children“ und enthält Strategien zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für die folgenden zehn Jahre. Dazu gehört auch ein Aktionsplan mit konkreten Vorgaben bezüglich verbesserter Lebens- und Entwicklungschancen, von denen Kinder und Jugendliche weltweit profitieren sollen.

In Deutschland wird dieses Abschlussdokument im Rahmen des Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 - 2010“ umgesetzt und auf folgende thematische Schwerpunkte konzentriert:

- Chancengleichheit in der Bildung
- Aufwachsen ohne Gewalt
- Förderung eines gesunden Lebens und Schaffung von gesunden Umweltbedingungen
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Internationale Verpflichtungen.

An der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans waren ganz im Sinne von mehr

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Teilhaber auch Kinder und Jugendliche beteiligt. Auch die Kinderkommission war in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Sie wird darauf achten, dass die Umsetzung des Aktionsplans zügig erfolgt und seine Umsetzung begleiten.

Zentrale Bedeutung kommt hier der Rücknahme der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zu. Die Kinderkommission fordert seit langem die Rücknahme dieser Vorbehalte und wird in ihrem Engagement, die Rücknahme zu erreichen, nicht nachlassen.

Die Kinderkommission wird zudem prüfen, ob und wie die Kinderrechte in der Verfassung verankert werden können.

Kinder und Mobilität

Kinder sind immer in Bewegung. Eltern und Erzieher haben die Aufgabe, Kinder vor Gefahren, die ihnen dabei begegnen könnten, zu schützen. Die Politik kann sie hierbei unterstützen, indem sie für Kinder die Mobilität so sicher, einfach und komfortabel wie möglich gestaltet. Ob im Alltag, im Straßenverkehr oder auf Reisen - Kinder sollen jederzeit geschützt und gesund ankommen.

Die Gesellschaft muss auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und ihrer Mobilität aufmerksam gemacht und dafür sensibilisiert werden. Generell gilt es, die Perspektive des Kindes stärker zu berücksichtigen.

Kinder und Kultur

Kultur gehört zum Leben dazu - auch zum Leben von Kindern und Jugendlichen. Kultur ist zugleich eine Bereicherung und ein hervorragendes Lerninstrument. Spielerisch können Kinder Inhalte erfahren, den Umgang mit bisher Fremden erlernen und sich für neue Ideen öffnen. Musik, Theater, Schauspiel oder Kunst sollten noch stärker genutzt werden, um Kinder für Kultur zu sensibilisieren und zu begeistern.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass Kinder, die z. B. ein Musikinstrument erlernen, dadurch wichtige Fähigkeiten besitzen, die ihnen später im Leben behilflich sind. Dieses Potential und die Chancen dürfen nicht ungenutzt bleiben.

Kinder und Alltag

Kinder sind kleine Entdecker, die ihre Umgebung jeden Tag aufs Neue erkunden. Dabei denken sie zumeist nicht an mögliche Hindernisse. Ihre mutigen, unbedarften Schritte bringen sie oft in gefährliche Situationen. Es ist Aufgabe der Erwachsenen, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder sich in diesen Gefahrenmomenten nicht verletzen und außerdem peu a peu lernen, mit Situationen wie diesen umzugehen. Die gesamte Gesellschaft muss darauf achten, dass Kindern im Alltag keine zusätzlichen Hürden aufgestellt werden und sie dadurch leichtfertig in eine Notlage geraten. Dieser Schutz der Kinder betrifft Möbel, Gebrauchsgegenstände oder elektronische Geräte und reicht bis zu kinderfreundlich gestalteten Gebäuden oder Räumen. Sowohl die Eltern als auch die Kinder können hier Unterstützung gebrauchen.

Kinderarmut

In einem so reichen Land wie der Bundesrepublik ist Kinderarmut ein Skandal. Rund 1,7 Mio. Kinder leben bereits heute unter Sozialhilfebedingungen. Ein immer höherer Anteil von Kindern und Jugendlichen lebt damit auf einem Einkommensniveau, das sie von einer angemessenen sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt. Das Armutsrisiko für Kinder ist dann noch höher, wenn sie in Ostdeutschland geboren werden, Eltern mit Migrationshintergrund haben oder bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen. Es muss daher Anliegen des Bundestages und somit der Kinderkommission sein, nach Wegen zu suchen, um Kinder aus der Armut herauszuholen und Armuts-Spiralen zu durchbrechen. Auch der 12. Kinder- und Jugendbericht bietet hierzu einige Ansatzpunkte. Insbesondere wird hier auf den Zusammenhang von Armut und schlechteren Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen

hingewiesen.

Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern

Die Familie hat einen zentralen Stellenwert für die Sozialisation und die Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen. Aber Kinder- und Jugendpolitik darf nicht faktisch der Familienpolitik nachgeordnet werden. Familien können nicht auf das Zusammenleben mit Kindern reduziert werden und Kinder sind unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft „Familie“ selbstständig als AkteurInnen in politischen, ökonomischen und sozialen Entscheidungsprozessen zu behandeln. Insbesondere ist der an vielen Stellen auch schon gesetzlich verankerte individuelle Anspruch auf öffentlich verantwortete Förderung umfassend zu realisieren. Sie haben das Recht, ihre Zukunftschancen außerhalb des sozialen Nahraums zu definieren. Weil Lebenszeit für Kinder und Jugendliche zu großen Teilen außerhalb von Familie stattfindet und weil es geboten ist, das Erleben und Erlernen von sozialer Verantwortung nicht auf den sozialen Nahraum zu reduzieren, müssen im Mittelpunkt der Kinder- und Jugendpolitik ohne wenn und aber die Interessen von Kindern und Jugendlichen stehen. Kinder- und Jugendparlamente auf kommunaler Ebene sind hierfür eine Möglichkeit, brauchen aber auch bundespolitische Unterstützung. Auch über eine Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre sollte weiter diskutiert werden.

Kinder- und Jugendhilfe/Kinder- und Jugendsozialarbeit

Der 12. Kinder- und Jugendbericht legt ein wichtiges Bekenntnis zu den Leistungen und Angeboten der Jugendarbeit in Deutschland ab. Vor dem Hintergrund von Angriffen auf die Existenzberechtigung öffentlich geförderter Jugendarbeit ist es richtig, die Vorbildwirkung von Jugendhilfe zu betonen und anderen Systemen eine Übernahme von deren Prinzipien Teilhabe und Verantwortung zu empfehlen. Schule kann vom eigenständigen Bildungsauftrag der Jugendarbeit profitieren, wo sie sich auf eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe einlässt. Millionen von Kindern und Jugendli-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

chen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. Die bildungspolitische Diskussion muss der außerschulischen Bildung höhere Bedeutung einräumen und das Defizit bei der empirischen Erfassung des Angebots und der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe beheben. Bund, Länder und Kommunen tragen Verantwortung für eine nachhaltige und bedarfsgerechte finanzielle Absicherung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Vernachlässigung von Kindern und soziale Ausgrenzung

Für eine gesunde, emotionale, seelische und körperliche Entwicklung benötigen Kinder Zuneigung, Liebe, gesunde Ernährung sowie angemessene Pflege. Die überwiegende Mehrheit der Eltern nehmen ihre elterliche Verantwortung wahr und erfüllen ihre Fürsorge- und Erziehungspflicht besser, als der Staat es je könnte. Es gibt jedoch Eltern, die aus verschiedenen Gründen mit der Verantwortung für ein Kind überfordert sind und ihnen bewusst oder unbewusst nicht die Fürsorge zukommen lassen, die sie brauchen und sie somit vernachlässigen. Oft leiden diese Eltern selbst unter nicht verarbeiteten Vernachlässigungserfahrungen, sind traumatisiert, gesellschaftlich isoliert oder erleben akute Krisen wie Arbeitslosigkeit, Trennung, Scheidung oder Tod. Politik und Gesellschaft sind verantwortlich dafür, diesen Kreislauf zu durchbrechen, indem echte Hilfen und Perspektiven geschaffen und Kinder dadurch nachhaltig vor Vernachlässigung und sozialer Ausgrenzung geschützt werden.

Relevante Ansatzpunkte sind dabei die stärkere Vernetzung der verschiedenen Akteure zu einem umfassenden Hilfenetzwerk, die umfassende Einbeziehung des Gesundheitswesens in Präventions- und Hilfsarbeit, ein Ausbau bzw. die Stärkung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, eine verbesserte Qualifizierung der beteiligten Akteure sowie die Förderung des Gemeinsinns und nachbarschaftlicher Strukturen, um gesellschaftlicher Isolation vorzubeugen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Elementarbildung - frühkindliche Förderung

Die Pisa-Studie hat uns drastisch vor Augen geführt, dass unser Bildungssystem Defizite aufweist. Dabei ist Bildung eine, wenn nicht die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit für unsere Gesellschaft. Wir stehen vor der großen Herausforderung, unser Bildungssystem zu reformieren und wo nötig auszubauen. Dazu gehört auch, mehr Chancengleichheit für Kinder herzustellen. Nach wie vor ist die soziale Herkunft mitbestimmend für die Bildungskarrieren unserer Kinder. Anders ausgedrückt: Viele Kinder werden hinsichtlich ihrer Entwicklungschancen schon in frühestem Alter klar vernachlässigt. Die hieraus resultierenden Defizite können sie später nur schwer ausgleichen.

Eine Reduzierung des Problems auf den schulischen Bereich greift zu kurz. Ein Teil der Versäumnisse ist ohne Zweifel im vorschulischen Bereich anzusiedeln. In dieser Zeit bilden die Kinder die Grundlagen ihrer kognitiven Fähigkeiten sowie Lern- und Sprachkompetenzen heraus. Die Schaffung und Sicherung guter (elementar) pädagogischer Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen und in der Tagespflege ist somit Bildungspolitik par excellence. Das gilt auch für viele weitere Maßnahmen zur Beratung und Unterstützung von Eltern und Familien.

Wir müssen ohnehin dazu übergehen, Bildung als einen lebenslangen Prozess zu begreifen. Bildungsplanung und die notwendige Infrastruktur müssen entsprechend angeglichen werden. Die Kinderkommission kann einen Beitrag dazu leisten, die öffentliche und politische Debatte zu verstärken, weiterzuentwickeln und um spezifische Gesichtspunkte zu ergänzen. Der Fokus wird dabei auf das Vorschulalter zu richten sein. Im Elementarbereich steht nach wie vor das Bemühen um eine gute Versorgung und Betreuung der Kinder im Vordergrund, die Formulierung von Bildungsansprüchen und -forderungen wird vielfach beargwöhnt oder schlichtweg ignoriert.

Für Kinder mit Migrationshintergrund gewinnt der Aspekt des vorschulischen und schulischen Bildungsangebotes zusätzlich an Bedeutung. Sie sind überdurchschnitt-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

lich stark von ungünstigen Rahmenbedingungen betroffen. Es ist zu beleuchten, welche spezifischen Schwierigkeiten sie im Kindergarten und der Grundschule meistern müssen. Dies verweist auch auf die Notwendigkeit, einen allgemeineren Blick auf die Vermittlung interkultureller Kompetenz in den verschiedenen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu werfen. Gerade hier werden die Grundsteine für eine erfolgreiche Integration gelegt.

Nur an der Oberfläche der öffentlichen Debatten bewegt sich zumeist der internationale Vergleich. Für die nationale Diskussion dürfte eine Begutachtung der Betreuungs- und Bildungssysteme in anderen Ländern außerordentlich bereichernd sein.

Kinder und Ernährung/Verbraucherschutz

Die körperliche, kognitive und seelische Entwicklung von Kindern wird entscheidend durch ihr Ernährungsverhalten geprägt. Hierzu trägt auch die Qualität der Lebensmittel in großem Maße bei. Schädliche Essgewohnheiten, die Entwicklung von Essstörungen bei immer jüngeren Kindern und Krankheitsbilder, die auf schadstoffbelastete Lebensmittel zurückzuführen sind, nehmen weiter zu. Besonders alarmierend ist die immer größer werdende Bewegungsarmut. Der Alltag vieler Kinder ist durch unregelmäßige Mahlzeiten, unausgewogenes Essen und sitzende Freizeittätigkeiten geprägt.

Die Kinderkommission ist bemüht, das hierzu bestehende Fachwissen zu nutzen und umzusetzen. Wichtig ist hierbei, die medizinischen, sozialen und finanziellen Aspekte schlechter Ernährung zu beleuchten, um nachhaltige Handlungsansätze zu ihrer Überwindung zu entwickeln. Dazu ist die weitere Aufklärung und Information von Eltern und Kindern über gesunde Ernährung zu zählen. Auch das Aufzeigen der komplexen Zusammenhänge zwischen falscher Ernährung und chronischen und anderen Krankheiten ist in diesem Zusammenhang zu nennen, ebenso wie die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten zur Einbindung gesunder Ernährung in den Alltag, also in Kitas, Schulen, Vereinen, bei Veranstaltungen und in den Medien. Die Stär-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

kung der Elternkompetenzen im Bereich gesunder Ernährung spielt eine große Rolle, ebenso wie die Schaffung von Freizeitangeboten vor Ort zur Förderung der motorischen Fähigkeiten und Bewegungsmöglichkeiten.

II. Ergebnisse der Vorsitzzeit MdB Michaela Noll

Während der Vorsitzzeit tagte die Kinderkommission in 11 ordentlichen Sitzungen.

1. Antragsrecht der Kinderkommission

Sehr frühzeitig in dieser Legislaturperiode befasste sich die Kinderkommission mit der Frage des Rechts, als Kommission eigene Anträge und Gesetzentwürfe in den Bundestag einbringen zu dürfen. Da die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dies nicht vorsieht, wäre hierfür ihre Änderung notwendig. Eine solche Änderung hätte eine entsprechende Initiative von 5 Prozent der Mitglieder des Bundestages und nachfolgend einen Mehrheitsbeschluss des Bundestages erfordert. Nach intensiver Diskussion der Für und Wider des eigenständigen Antragsrechts der Kinderkommission zeigte sich, dass sich die Mitglieder nicht einigen konnten. Einen weiteren Vorstoß, wie es ihn bereits in der 14. und 15. Wahlperiode gegeben hatte, wird es deshalb in dieser Legislatur nicht geben.

2. Schwerpunkte des Arbeitsprogramms

2.1. Schwerpunktthema „Kinder und Sport“

Hierzu führte die Kinderkommission eine Reihe von Expertengesprächen durch, deren Inhalte nachfolgend in Auszügen aufgezeigt sind.

2.1.1. Gespräch mit Herrn Dr. Lothar Klaes, Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands gem. e. V. zum Thema „Fitnesszustand der Kinder unter Berücksichtigung der sozialen Herkunft, des Bildungsgrades und eines eventuellen Migrationshintergrundes“

Herr Dr. Lothar Klaes stellte die Studie „WIAD-AOK-DSB-Studie II - Bewegungstatus von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ vor, die auf der Grundlage eines Fitnesstests erstellt wurde, an dem bundesweit über 700.000 Kinder teilgenommen hatten. Als zentrales Ergebnis der Studie stellte er heraus, dass die sportmotorischen Fähigkeiten der 9- bis 16-jährigen Mädchen und Jungen in den letzten vier Jahren kontinuierlich abgenommen haben. Diese Abnahme sei bei den jüngeren Altersgruppen deutlich stärker zu verzeichnen als bei den Älteren.

Entscheidend dabei sei vor allem das Wegbrechen der Alltagsbewegung, sie schrumpfe räumlich, aber noch stärker zeitlich. Die Bewegungsumwelten würden schlechter und seien teilweise in Großstädten, wo es kaum noch freie Spielflächen gebe, nicht mehr vorhanden. Die Schulwege würden weiter und selten zu Fuß zurückgelegt. Es gebe daneben zu viele Anreize, die keine Bewegung erforderten. Je früher man hier gegensteuere bereits im vorschulischen Bereich, umso besser. Dabei gehe es auch um Ausbildungsstrukturen und Ausbildungskompetenzen von Erzieherinnen im vorschulischen Bereich und in der Grundschule. Dort werde Sport ausschließlich fachfremd unterrichtet, zwar teilweise mit viel Engagement, aber dies könne die fachliche Kompetenz nicht ersetzen.

Bemerkenswert und sehr besorgniserregend sei, dass sich die Schere immer mehr zuungunsten derjenigen öffne, die ohnehin schon die schlechteren Voraussetzungen mitbrächten. Das Selbstbild, das die Kinder von der eigenen Fitness hätten, weiche sehr stark von der tatsächlichen Fitness ab. Es korreliere zumeist mit der Sportnote, die tendenziell aber zu undifferenziert und zu gut vergeben werde.

Vergleiche man die Fitness bezogen auf die Schultypen, seien große Unterschiede sichtbar. Die Förderschulen seien im unteren Bereich und auch Hauptschulen und Gesamtschulen würden relativ schlecht abschneiden. Gymnasien schnitten am besten ab. Auch wenn der Schulsport die mangelnde Alltagsbewegung nicht ausgleichen könne, so habe er dennoch einen enormen Einfluss auf die Fitness. Zwei bzw. drei

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

und mehr Stunden Sport in der Woche könnten die Fitness hochsignifikant steigern. Die Effekte einer nichtsportiven oder nicht bewegungsfreudigen Laufbahn verfestigten sich im Laufe des Kinder- und Jugendalters. Beim Sportpensum von Mädchen und Jungen werde der Höhepunkt ungefähr im Alter von 9 oder 10 Jahren erreicht. Bei den Jungen sinke das Pensum dann ab einem Alter von 13/14 und bei den 16-Jährigen seien es bereits rund 28 Prozent, die keinen Sport mehr treiben. Bei den Mädchen beginne der Ausstieg aus dem Sport schon früher, etwa mit 10 oder 11 Jahren, bei den 16-Jährigen seien bereits 40 Prozent nicht mehr sportlich aktiv.

Ein durchaus erfreulicher Tatbestand sei, dass der Wunsch nach mehr Sport bei den Kindern und Jugendlichen ausgeprägter vorhanden sei, die motorische Defizite aufweisen. Dort müssten aber andere Hürden überwunden werden. Es fehlten zum Teil die Angebote, wie z. B. Vereinssport für Migranten, vor allem für die Mädchen. Auch würden im Vereinssport noch viele Angebote gemacht, die stärker auf leistungsbezogenes Training ausgerichtet seien und weniger auf das, was Bewegungsfreude vermittele. Solche Angebote seien für viele Kinder nicht sonderlich attraktiv und würden deshalb nicht entsprechend wahrgenommen.

Im Rahmen der Untersuchungen seien auch die Eltern der Kinder befragt worden. Dabei habe sich ergeben, dass der Vorbildcharakter der Eltern außerordentlich stark sei. Sie seien sein zentrales Vorbild, ob es um die Mitgliedschaft im Sportverein oder das Sportpensum gehe.

2.1.2. Gespräch mit Frau Verena Thiesbrummel, Universität Bielefeld, zum Thema „Ursachen und Folgen von Bewegungsmangel der Kinder“

Frau Verena Thiesbrummel erläuterte, dass die wesentlichste Veränderung in der heutigen Kindheit der Mangel an körperlicher Bewegung sei. Dieser werde verstärkt durch Motorisierung, Technisierung und die vielen multimedialen Angebote. Die Kinder würden zu passiv sitzenden Stubenhockern. Würden diese Störungsquellen frühzeitig erkannt und könne man dem entgegenwirken, gebe es durchaus eine Chance, dass sich die motorische Entwicklung wieder normalisiere. Andernfalls könnten sich Bewegungs- und Verhaltensauffälligkeiten manifestieren und sich in entsprechenden Folgeerkrankungen widerspiegeln. Dies seien typischerweise das Übergewicht und

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

die Adipositas sowie Stoffwechselstörungen wie z. B. Diabetes Typ II, der bis vor einigen Jahrzehnten bei Kindern noch gar nicht aufgetreten sei. Daneben träten Halbtungsschäden, aber auch psychosomatische Erkrankungen auf. Nach einer Studie aus dem Jahr 2004 klagten bereits ein Drittel der Schulkinder über Rückenschmerzen, bei jedem zehnten Kind träten Übelkeit und Schlaflosigkeit auf und 20 bis 40 Prozent müssten als übergewichtig eingestuft werden. Die Bielefelder Universität habe unter Leitung von Frau Prof. Dr. Zimmermann Untersuchungen zur Körperzusammensetzung durchgeführt. Neben dem BMI, der sich aus der Körpergröße und dem Körpergewicht zusammensetze, gebe es eine Messbarkeit der Körperzusammensetzung über die Bestimmung des Fett- und Muskelanteils im Körper. Zusätzlich seien sportmotorische Tests zur Ausdauerleistungsfähigkeit, Krafftähigkeit, Schnelligkeit und auch der Wurfkraft durchgeführt und in Beziehung zu der Körperzusammensetzung gesetzt worden.

Wenn man bei Kindern diesen sog. Somatotyp messe, könne man sehr deutlich die Risikofaktoren bzw. die sportmotorische Leistungsfähigkeit einschätzen. Innerhalb der vier Jahre der Durchführung der Studie hätten die Kinder eine sehr deutliche Entwicklung genommen. Im ersten Schuljahr hätten sie sich noch durch eine große Homogenität ausgezeichnet. Von der Körperzusammensetzung sähen sie fast alle gleich aus. Nach dem dritten Schuljahr zeige sich aber bereits eine ganz deutliche Streuung. Schockierend sei die Darstellung des vierten Schuljahres, wo die Mädchen, aber auch die Jungen innerhalb von einem Jahr schon ganz deutlich zu einem höheren Fettanteil neigten und die Streuung noch weiter zunehme.

Es gebe eine hohe Korrelation zwischen hohen Fett- und niedrigen Muskelwerten bei gleichzeitiger niedriger Gestrecktheit zu erhöhten Blutfettwerten und arteriosklerotischen Erkrankungen, so dass in diesem Bereich des Somatotyps ein deutlich höheres Risiko für kardiovaskuläre Erkrankungen festgestellt worden sei. Ziel müsse deshalb sein, den Somatotyp zu verschieben.

Aus sportmedizinischer Sicht sei grundlegend außerdem die Betrachtung des vegetativen Nervensystems. Das vegetative Nervensystem spiegele die Gestresstheit, Entspanntheit und die Aktivität eines Menschen wider und habe maßgeblichen Einfluss auf die gesunde Lebensführung bzw. darauf, dass eine gesunde Lebensführung

durchgehalten werden kann.

2.1.3. Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Klaus-Peter Brinkhoff, Institut für Sportwissenschaft der Universität Stuttgart, zum Thema „Suchtprävention durch Sport“

Herr Prof. Dr. Brinkhoff legte dar, dass das Thema „Suchtprävention durch Sport“ nicht isoliert behandelt werden könne. Es sei insgesamt in die Kindheitsforschung einzuordnen. Das gelte auch für die Frage, wieviel Bewegung, Spiel und Sport Kinder brauchen. Für ihn als Sozialwissenschaftler bedeute „Gesundheit“ eine kindgerechte Entwicklung, soziale Kompetenz, motorische und physiologische Entwicklung sowie sozialpsychologische Einbindung in eine ganz bestimmte Gruppe. Es gebe einen öffentlichen Diskurs dergestalt, dass Kinder immer dicker, medienorientierter und gewalttätiger würden. Dieser Diskurs sei sehr unspezifisch.

Mittlerweile würden mehr Kinder als Jugendliche Sport treiben. Der Sport breche im Hinblick auf die Organisationsgrade gerade in der schwierigen Phase der Pubertät ab. Genau zu dem Zeitpunkt, in dem Suchtgefährdung relevant werde, würden die ersten Jugendlichen anfangen, die Vereine wieder zu verlassen, so dass die Kraft des Sportes ihre Wirkung hier nicht mehr entfalten könnte.

Außerdem seien Verfrühungsphänomene zu beobachten, nicht junge Jugendliche würden anfangen zu Rauchen, sondern alte Kinder. Viele Probleme, die in der Wissenschaft als typische Jugendprobleme beschrieben würden, erreichten jetzt schon die späte Kindheit. Auch hier gebe es eine extrem defizitäre Forschung und es sei notwendig, die Entwicklung differenziert wahrzunehmen.

Es gebe einen deutlichen Strukturwandel der modernen Kindheit. Schule werde immer wichtiger und auch die Verlockungen des Jugendfreizeitmarktes würden immer größer. Die Familie sei längst nicht mehr in der Verfassung, wie sie unsere Verfassung vorsehe. Sie delegiere Probleme nach außen. Viele Schulen seien damit überfordert, weshalb zunehmend andere Organisationsformen, wie z. B. die Sportvereine, mit einbezogen würden. Diese seien dann u. a. auch gefordert, Integration zu betreiben, die Kinder vor Alkohol, Nikotin und Drogen zu bewahren und Gewalt zu subsumieren. Sie seien mit Abstand die Nummer eins der außerschulischen Jugendarbeit.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Die Wirkungsweisen des organisierten Sports seien aber äußerst ambivalent. Der Sport könne integrieren, er könne aber auch das Gegenteil bewirken. Er könne vor Süchten schützen, er könne aber auch in die Sucht hineinziehen. Er könne die Identität der Kinder stark machen und Selbstwertgefühle vermitteln, aber auch hier das Gegenteil bewirken. Es gebe z. B. nichts Schlimmeres für die Identität von Kindern, von einer Gruppe ausgeschlossen zu werden oder vor der Klasse blamiert zu werden.

Trainer und Übungsleiter würden es aber nicht als ihre Hauptaufgabe sehen, Suchtprophylaxe zu betreiben. Eine gute Jugendarbeit stelle sich auch den sozialen Problemen, es bestehe aber die Gefahr der Überfrachtung. Entscheidend sei deshalb die optimale Schulung der Trainer und Übungsleiter, die es derzeit nicht gebe.

Suchtvorbeugung durch Sport sei möglich, wenn man ansetze bei der Akzeptanz von Regeln, bei der Übernahme von Verantwortung, bei gegenseitiger Rücksichtnahme, dem Erkennen von Grenzen, dem „nein“ sagen können, der Steigerung des Durchhaltevermögens und mit dem Eingehen von familienfremden Bindungen. Daneben müsse man weitere Partner finden, die mit dem organisierten Sport korrespondieren, z. B. die kommunale Drogenprävention. Hier müsste eine Zusammenarbeit gefördert und Vernetzung hergestellt werden.

2.1.4. Gespräch mit Frau Viola Laux, Deutsches Jugendinstitut e. V., München und Herrn Jörg Richter, Ringer-Verband Sachsen e. V., Leipzig, zum Thema „ Gewaltprävention durch Sport“

Frau Viola Laux (Deutsches Jugendinstitut e. V.) führte aus, es gebe einen engen Zusammenhang zwischen Gewalt und Geschlecht. So würden vermehrt Jungen bzw. Männer Gewaltverhalten zeigen. Das Deutsche Jugendinstitut habe deshalb untersucht, inwiefern diese Erkenntnis in der praktischen Arbeit im Bereich der Gewaltprävention berücksichtigt wird.

Durch Sport könne für Jungen im Bereich der Gewaltprävention viel erreicht werden. Er ermögliche zunächst den Zugang zu den Jungen, vor allem auch zu solchen mit Migrationshintergrund, ohne den eine Gewaltprävention nicht stattfinden könne.

Eine regelmäßige, längerfristige Teilnahme an Sportangeboten könne auch das So-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

zialverhalten positiv beeinflussen und stärken. Es würden Fähigkeiten, wie zu kooperieren, Dinge auszuhandeln, Regeln zu lernen, selbst Regeln aufzustellen und sich daran zu halten, gefördert. Dennoch könne man nicht von einem Schutzimpfungseffekt sprechen. Denn gerade im Sportverein würden häufig ganz traditionelle Bilder von Mann und Männlichkeit gezeigt und auch an die Jungen weitergegeben. Männliche Fachkräfte im Sport würden eine besondere Verantwortung tragen, denn die Jungen würden sich sehr stark an ihnen orientieren. Besonders wichtig sei es deshalb, dass sie die eigene Geschlechtsrolle reflektierten.

Im Sportverein gehe es aber in erster Linie um Sporttreiben und den Spaß daran. Sportvereine könnten nicht überfrachtet werden mit dem Anspruch, es müsse stets auch Gewaltprävention erfolgen. Die Verantwortlichkeit für Gewaltprävention liege in erster Linie bei der Jugendhilfe. Die könne dann in Kooperation mit Sportvereinen durchaus etwas bewerkstelligen.

Es sei untersucht worden, ob Jugendliche in Vereinen seltener gewalttätig sind. Man habe herausgefunden, dass man berücksichtigen müsse, wer sich überhaupt im Verein befindet. Das seien in erster Linie und in der Mehrheit sogenannte Mittelschichtkinder, aber nicht jene Kinder, die häufiger Schwierigkeiten haben und nicht so sozial eingebunden sind. Deshalb könne eher ein rein statistischer Zusammenhang gesehen werden zwischen Vereinsmitgliedschaft und weniger Gewalttätigkeit.

Im Bereich der Gewaltprävention sei es vor allem wichtig, dass neben Ehrenamtlichen pädagogische Fachkräfte eingesetzt würden. Auch wenn dies mehr koste, es werde sich letztendlich längerfristig auszahlen. Selber einen Migrationshintergrund zu haben, sei sowohl für einen ehrenamtlichen Übungsleiter als auch für eine pädagogische Fachkraft sehr vorteilhaft. Es erleichtere den Zugang zu den Kindern mit Migrationshintergrund. Dabei spiele nicht nur die sprachliche Ebene eine Rolle, sondern auch das Verständnis für bestimmte Sichtweisen und Probleme.

Herr Jörg Richter (Ringer-Verband Sachsen e. V.) stellte das Projekt „Sportsozialarbeit“, das 1994 in Leipzig ins Leben gerufen worden war, vor. Es sei ein Pilotprojekt in Deutschland gewesen, basierend auf der zunehmenden Gewaltbereitschaft in den Schulen und nicht zuletzt auch aufgrund des Strukturwandels im Sport nach der poli-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

tischen Wende. Vorstellung sei gewesen, dass es 50 Prozent Sport und 50 Prozent Sozialarbeit beinhalte. Dies habe aber so nicht funktioniert. Die Unterschiede zwischen beiden Disziplinen seien groß. Die Vereine seien bestrebt, möglichst viele Kinder in ihren Trainingsgruppen zu haben, sie seien an der Quantität orientiert. Sie betreuten die Kinder zweimal die Woche zwei Stunden im Anfängerbereich. In der Sozialarbeit bestehe dagegen das Ziel, relativ wenige Kinder lange und sehr intensiv zu betreuen.

Dennoch sei in dieser Zeit viel bewegt worden, es seien Sportfeste mit bis zu 3.000 Kindern und Jugendlichen organisiert worden. Schulen und Sportvereine, viele hätten mitgewirkt. Die Sportsozialarbeiter hätten nach Talenten geschaut, das Interesse der Kinder am Sport geweckt und sie so von der Straße geholt. Sie hätten die Kinder an die Vereine vermittelt, aber auch selber ohne festen Rahmen Sportgruppen angeleitet. Das Projekt sei dann aus finanziellen Gründen im Jahr 2000 endgültig ausgefallen und werde nun als ABM-Projekt weitergeführt. Es sei auf die Bereiche Judo und Ringen unter dem Namen „Kampfsport gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ ausgerichtet worden. Man sehe sich nicht mehr als „Feuerwehraktion zur schnellen Behebung der Situation“, sondern als langfristige primärpräventive Maßnahme zur Findung individueller Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder und Jugendlichen. Durch die Vermittlung der sozialen Komponente, insbesondere durch den Fairplay-Gedanken in der Sportart Ringen, solle durch den sportlichen Zweikampf innerhalb fairer sportlicher Regeln Aggressivität abgebaut werden. Überraschend sei gewesen, dass in den letzten Jahren ein enormer Zulauf an jungen Mädchen stattgefunden habe. Auch ausländische Jugendliche würden gut integriert. Stets zu betonen sei jedoch, ein Übungsleiter sei kein Sozialpädagoge, aber er könne mit dem Jugendamt zusammenarbeiten.

2.1.5. Gespräch mit Frau Heike Kübler, Deutscher Sportbund, und Herrn Stephan Wehner, Sportjugend Frankfurt, zum Thema „Integration von Kindern durch Sport“

Frau Heike Kübler (Deutscher Sportbund) erläuterte das Programm für Integration des Deutschen Sportbundes, das es seit 1989 gibt. Alle 16 Bundesländer hätten sich

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

beteiligt, z. Z. gebe es 476 Stützpunktvereine, die das Programm vor Ort umsetzen, und zwar mit 736 Starthelfern. Mit über 2.500 Einzelmaßnahmen würden über 4.000 Teilnehmer pro Jahr erreicht.

Die zentralen Ziele des Programms seien die Förderung des Dialogs zwischen Aufnahmegesellschaft und Zielgruppe, die Entwicklung von gegenseitiger Akzeptanz, die Formation über das Sportsystem, die Schaffung von überdauernden Integrationsstrukturen und die Stärkung des sozialen Engagements der Sportvereine. Es gehe darum, Kontakte zwischen den Vereinen und der Zielgruppe herzustellen und die Vereine durch Beratung und Schulung zu sensibilisieren. Der Deutsche Sportbund begleite die Sportvereine in ihrer Konzeptentwicklung, und zwar innerhalb der kommunalen Netzwerke.

Die Projektentwicklung könne finanziell gefördert werden, weil der Deutsche Sportbund seinerseits über das Bundesministerium des Innern (BMI) gefördert werde. Die personellen Voraussetzungen seien z. Z. sehr gut, Bundeskoordination werde über den Deutschen Sportbund, seit Mai 2006 als Teil des Deutschen Olympischen Sportbundes betrieben. 16 Verbände würden sich auf der Landesebene beteiligen, daneben gebe es die Regionalkoordinatorebene. Einige größere Bundesländer hätten darüber hinaus die Stützpunktvereine.

Die Übungsleiter in den Stützpunktvereinen seien die sogenannten Starthelfer. Es handele sich dabei um den klassischen Übungsleiter mit einer Ausbildung von 120 Stunden, nicht um einen Sozialarbeiter. Bei Qualifizierungsmaßnahmen habe man festgestellt, dass der Übungsleiter an einer gewissen Stelle an seine Grenzen stoße. Es gebe deshalb das Fortbildungskonzept „Sport interkulturell“. Die Module seien eingebettet in ein Netzwerk, sie würden sich gegenseitig ergänzen und zu Effektivitätssteigerungen führen.

Herr Stephan Wehner (Sportjugend Frankfurt) berichtete über die Mitternachtssportveranstaltungen in Frankfurt. Diese gebe es nunmehr zehn Jahre, in denen man auf etwa 600 Veranstaltungen zurückblicken könne. Allein im Jahr 2005 seien 92 Veranstaltungen in neun Stadtteilen angeboten worden, an denen rund 8.000 Personen teilgenommen hätten. Im Moment würden pro Monat immer freitags Ver-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

anstaltungen angeboten. Zu 90 Prozent werde dort Fußball gespielt, die Teilnehmer seien ausschließlich männlich. Es kämen bis zu 300 Leute pro Abend, Teilnehmer und Freundinnen, Fans oder solche, die nur hinkommen, um den Happening-Charakter zu erleben. Es werde an einer Schnittstelle zum Sport und zur Prävention gearbeitet. Der Mitternachtssport sei nicht als Konkurrenz zu den Vereinen zu verstehen, sondern als Bindeglied. Der Nachtsport wolle losgelöst von jedem Wettkampfcharakter Sport und Spiel in den Mittelpunkt stellen. Dabei sollen all die Dinge, die präventiven und integrativen Charakter haben, mit einfließen und eine Kommunikationsebene schaffen. Die Identifikation in den Stadtteilen sei sehr hoch. Über diese Kommunikation würden sich auch die verschiedenen ethnischen Gruppen mischen. In den Stadtteilen, in denen es früher große Probleme zwischen den verschiedenen Gruppen gegeben habe, sei es, als wenn sie in der Halle adaptiert und egalisiert worden sind. Der Mitternachtssport basiere auf einem dichten Netz von allen Beteiligten, die mit Jugendpflege in Frankfurt zu tun haben. Das Stadtschulamt stelle die großen Sporthallen kostenfrei zur Verfügung inklusive der Schlüsselgewalt. Das Jugendamt der Stadt Frankfurt bezahle die hauptamtlichen Leute und die Jugendeinrichtungen selbst. Das Projekt sei an die ausnahmslose Bedingung geknüpft gewesen, dass die Beteiligten aus den Jugendeinrichtungen unmittelbar dabei sind. Bei den 92 Nachtsportveranstaltungen im Jahr 2005 seien die Hälfte der Betreuer Sozialpädagogen aus den Jugendzentren gewesen.

Mit im Netzwerk seien auch der Präventionsrat gewesen und als Impulsgeber vor zehn Jahren das Polizeipräsidium Frankfurt. Mindestens einmal im Jahr finde ein Treffen statt, um den Fortbestand zu diskutieren.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

2.1.6. Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, zum Thema „Sport und Integration“



Die Vorsitzende des Ausschusses, Michaela Noll, CDU/CSU, (li.), hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB, CDU/CSU, (2.v.li.), eingeladen. Zum Ausschuss gehören desweiteren Miriam Gruß, FDP, (3.v.li.), Diana Golze, DIE LINKE, (2.v.re.), und Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen, (re.).

Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer berichtete von den Vorbereitungen zum Integrationsgipfel, zu dem die Bundeskanzlerin am 14. Juli 2007 ins Bundeskanzleramt einlade. Im Vorfeld der Entwicklung dieses Gipfels habe sie auch Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern des Sports aufgenommen. Die Bundesregierung könne rechtliche Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen und damit viele Modellprojekte und Initiativen voranbringen. Man müsse sich des Themas beginnend mit der Förderung der deutschen Sprache zuwenden. Bildung sei der Schlüssel für Integration, für den Zugang zur beruflichen Qualifizierung und zum Arbeitsmarkt.

Aber es gehöre auch ein weiteres Moment dazu, nämlich das, was Verbände und Vereine leisten können. Es gehe darum, die Zivilgesellschaft über ihre einzelnen Organe einzubinden. Der Sport habe eine ungemeine Breitenwirkung. Von daher liege es auf der Hand, dass Integration im Sport stattfinde. Sie habe aber auch feststellen müssen, dass es so selbstverständlich doch nicht ist. So sei z. B. der Fußball ein Integrationsfaktor, weil alle Schichten, Gruppierungen, Geschlechter und Ethnien mit-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

einander vertreten sind. Trotzdem gebe es den Wehrmutstropfen, dass die jungen Leute, gerade die jungen Männer, als Kinder und Jugendliche in die Fußballvereine kommen, aber als junge Erwachsene in nationenbezogene Vereine wechseln.

Der DFB habe vor einiger Zeit ein Projekt in sozialen Brennpunkten gestartet, in dem es darum gegangen sei, Mädchen für Fußball zu begeistern. Die Ergebnisse seien so positiv gewesen, dass man das Projekt nun gern ausweiten möchte. Es habe sich gezeigt, dass die Mädchen durch die Erfolge, die sie im Fußball erzielen, nicht nur mehr Selbstbewusstsein gewinnen, sondern sie würden auch eingeführt in Teamgeist, Fairness und Regeln - in alles, was für Sport charakteristisch ist. Es bestehe damit die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu praktizieren und sie besser zu beherrschen. Auch die Eltern würden eingebunden, sie kämen mit zu den Spielen. Damit komme man an sie anders heran, als in anderen Situationen.

Der DFB stelle zu Recht fest, dass die gesamte Situation betrachtet werden müsse. Auch Übungsleiter und Trainer müssten wissen, wie man mit Mädchen und Jungen umgehe, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben. Sie darauf vorzubereiten, werde ebenfalls ein Bestandteil der Integrationsinitiative des DFB sein. Um dem Thema Nachdruck zu verleihen, gebe es auch die Überlegung, eine oder einen Integrationsbeauftragte(n) beim DFB zu installieren. Außerdem wolle der DFB ein Netzwerk „Integration“ schaffen und gemeinsam mit DaimlerChrysler einen Preis ausloben für besonders gelungene Projekte. Ein solcher Preis könne ein Ansporn für Vereine sein, sich zu beteiligen.

Auch in anderen Sportarten sei zu überlegen, wie es weitergeht und was man vor allem unter dem Gesichtspunkt Frauen und Mädchen bewegen kann. Diesbezüglich habe sie den DOSB zu Gast gehabt, für den die Aktivitäten des DFB ein Ansporn seien. Auch der DOSB sei der Auffassung, es bedürfe für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund einer besonderen Ansprache, um sie aus einer Lebenssituation herauszuholen, in der vielleicht kein Verständnis für den Sport ist. Das habe u. a. zu der Diskussion geführt, wie es in den Schulen mit der Teilnahme am Sportunterricht aussieht. Man sei sich einig gewesen, dass es keine Abmeldung vom Sportunterricht geben dürfe. Es sei für Mädchen wichtig, dass sie in der Gemeinschaft der Klasse am Sportunterricht teilnehmen und die Möglichkeit haben, Fitness zu erwerben.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

ben, um auch außerhalb der Schule an Sportarten teilnehmen zu können. Nächste Überlegung sei gewesen, dass es Sportarten gibt, die Mädchen und Frauen eher ansprechen als andere. Alles, was mit Selbstbehauptungstraining zu tun habe, scheine derzeit besonders interessant, man wolle hier anknüpfen und plane Verbundmodelle. Der DOSB wolle solche an mehreren Standorten in Deutschland anbieten, darunter sollen auch Mutter/Kind-Angebote sein.

Erfahrungen, die vorliegen, könne man mit einbinden. So habe es z. B. das Projekt „start - Sport überspringt kulturelle Hürden“ im Rhein-Main-Gebiet gegeben. Es sei mit großem Erfolg durchgeführt worden und habe deutsche Frauen und Frauen aus Migrationsbereichen zusammengeführt.

In Potsdam gebe es das Projekt „GirlsCamp“ mit dem Fußballbundesligaverein „1. FFC Turbine Potsdam“. Das Projekt sei bereits im Jahr 2005 durchgeführt worden und es hätten sich zu einem Drittel Mädchen mit Migrationshintergrund beteiligt.

Im Hinblick auf alle Projekte sei es wichtig, dass es eine wissenschaftliche Begleitung gibt, um zu prüfen, ob die Ansprüche, die man stellt, auch einlösbar sind. Ständiges Ziel sei, dass Integration besser gelingt.

Schließlich hätten der DFB und der DOSB vorgesehen, Vorbilder herauszustellen, um Mädchen und Frauen Mut zu machen. Diese gute Idee könne auch jeder in seinem eigenen Bereich initiieren. Es müsse nicht nur immer „die Olympiasiegerin“ oder „die Deutsche Meisterin“ sein.

2.1.7. Deutscher Präventionstag zum Thema „Sport und Prävention“

Über die vorgestellten Expertengespräche hinaus nahm die Vorsitzende der Kinderkommission im Rahmen des Themenkomplexes am 9. Mai 2005 am 11. Deutschen Präventionstag in Nürnberg zum Thema „Sport und Prävention“ teil.

2.1.8. Kindersportgipfel am 31. Mai 2006 mit Dr. Theo Zwanziger, geschäftsführender Präsident des Deutschen Fußballbundes und Ariane Hingst (1. FFC Turbine Potsdam)

Am 31. Mai 2006 lud die Kinderkommission 32 Kinder aus Berliner Fußballvereinen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

in den Europasaal des Paul-Löbe-Hauses ein, die mit Dr. Theo Zwanziger und Ariane Hingst die integrativen Facetten des Sports diskutierten.

Fairness und gelungene Integration – die Kleinen machen's den Großen vor

Kinderkommission veranstaltet Kindersportgipfel in Berlin

„Über Sport lässt sich viel erreichen. Gerade der Sport bietet beste Voraussetzungen, die Integration von Zuwanderern in der Gesellschaft spielerisch erfolgreich zu erreichen“, erklärt Michaela Noll, Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

Sport integriert, denn über Spaß, Spiel und Teamgeist im Sport lernen Kinder unterschiedlicher Herkunft sich kennen, verbringen die Freizeit miteinander oder es entwickeln sich Freundschaften. Sport stärkt Sozialkompetenzen, Selbständigkeit und solidarisiert. Er hilft beim Abbau von Sprachbarrieren und kulturellen Vorbehalten.

Deshalb veranstaltet die Kinderkommission am

31. Mai 2006 von 16.00 - 18.00 Uhr im Paul-Löbe-Haus, Raum 4.900,

einen presseöffentlichen Kindersportgipfel.

Dazu hat sie 32 Kinder aus Berliner Fußballvereinen eingeladen, die durch ihre Herkunft bzw. Nationalität die 32 Länder symbolisieren, die an der Fußball-WM der „Großen“ teilnehmen. Die kleinen Fußballfans werden den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, und die Nationalspielerin und amtierende Weltmeisterin im Frauenfußball, Ariane Hingst, vom 1. FFC Turbine Potsdam treffen. Die Kinderkommission möchte zeigen, dass durch den Sport ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Kulturen in Deutschland geleistet werden kann. Das Treffen soll zeigen, was Sport in Deutschland bereits an Integration geleistet hat, denn Sport ist klassenlos und - was die Integrationsleistung betrifft - grenzenlos.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



© Deutscher Bundestag

Kindersportgipfel im Deutschen Bundestag. Die Vorsitzende der Kinderkommission; Michaela Noll, begrüßt 32 Kinder aus den einzelnen Fußballnationen. 2. Reihe: Michaela Noll, CDU/CSU, Ariane Hingst, 1. FFC Turbine Potsdam, 3. Reihe: Diana Golze, DIE LINKE., Jürgen Kucharczyk, SPD, Dr. Theo Zwanziger, geschäftsführender Präsident des DFB, Miriam Gruß, FDP im Ausschusssaal.



© Deutscher Bundestag

Von links nach rechts: Gerd Liesegang, Michaela Noll, CDU, Ausschussvorsitzende, Dr. Theo Zwanziger, Präsident des DFB, Ariane Hingst, Fußballspielerin der Nationalmannschaft, Marlene Rupprecht, SPD, Miriam Gruß, FDP, Diana Golze, Die Linke und Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen, im Ausschusssaal.

Nationalspielerin Ariane Hingst und Dr. Theo Zwanziger zu Gast bei der Kinderkommission

„Der Fußball bietet eine gute Plattform zur Integration“, sagte der geschäftsführende Präsident des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, beim Kindersportgipfel der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, der am 31. Mai stattfand. Dieser stand unter dem Motto „Fairness und gelungene Integration – die Kleinen machen's den Großen vor“ und sollte zeigen, dass durch den Sport ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Kulturen in Deutschland geleistet werden kann.

Dazu waren 32 Kinder aus Berliner Fußballvereinen im Vorfeld des Internationalen Kindertages eingeladen. Sie symbolisierten durch ihre Herkunft bzw. Nationalität die 32 Länder, die an der Fußball-WM der „Großen“ teilnehmen und trugen auch die entsprechenden Original-Nationaltrikots, die sie als Geschenk mit nach Hause nehmen durften. Die kleinen Fußballfans trafen neben Theo Zwanziger auch die Nationalspielerin und amtierende Weltmeisterin im Frauenfußball, Ariane Hingst, vom 1. FFC Turbine Potsdam.

Sie erzählte von ihrem großen Traum, der in Erfüllung gegangen sei: „Ich habe schon in der Grundschule in einem Aufsatz geschrieben, dass ich gerne Profifußballerin und dann auch Weltmeisterin werden wollte.“ Der DFB-Chef fügte hinzu, wie wichtig gerade auch im Frauenfußball die Vorbildfunktion der Spielerinnen sei: „Fußball ist eine Mannschaftssportart, die keine Barrieren aufbaut, sondern abbaut. Fußball kann jeder spielen.“ Der DFB habe deshalb eine eigene Abteilung eingerichtet, damit mehr Mädchen sich für den Fußball begeistern würden.

Die kleinen Fußballfans waren sehr interessiert. Sie wünschten sich jedoch mehr Toleranz von den Erwachsenen für ihr Kicken im Freien. Die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Michaela Noll, griff dies auf: „Wenn die großen Stars kicken, sind die Menschen begeistert. Wenn die Kleinen dagegen ihrem Lieblingssport nachgehen, gibt es immer wieder Nachbarschaftsklagen. Dies muss sich dringend ändern. Denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



Die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll, CDU/CSU, (li), der Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, (mitte), und die Nationalspielerin und amtierende Weltmeisterin im Frauenfußball, Ariane Hingst, vom 1. FFC Turbine Potsdam .

2.1.9. Veranstaltung der Kinderkommission in der Bundestagsarena am 21. Juni 2006

Der während der Fußballweltmeisterschaft zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Paul-Löbe-Haus aufgebaute Nachbau der Reichstagskuppel (Bundestagsarena) nutzte die Kinderkommission am 21. Juni 2006, um gemeinsam mit der Aktion „Deutschland bewegt sich“ auf die Bedeutung von Sport und Bewegung für Kinder aller Altersklassen aufmerksam zu machen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

„Kinder und Sport“ - Kinderkommission des Bundestages lädt in die Bundestagsarena ein

Ein buntes Programm rund um das Thema „Kinder und Sport“ erwartet die Besucher der Bundestagsarena am **Mittwoch, 21. Juni 2006 von 11 bis 12.30 Uhr.**

Im Rahmen einer Talkrunde werden die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit prominenten Gästen: den Olympiasiegern Heike Drechsler und Torsten May, der mehrfachen Deutschen Meisterin Magdalena Brzeska, dem Bundestagsabgeordneten und Weltmeister im Turnen Eberhard Gienger und dem Vorstandsvorsitzenden der BARMER, Dr. Eckart Fiedler, darüber diskutieren, welche Wirkungsmöglichkeiten der Sport bietet, welche Bedeutung Sport und Bewegung in Kita und Schule hat und wie die Förderung von Sport und Sportanlagen durch die öffentliche Hand möglich ist. Durch die Veranstaltung führt Stephe Müller-Spirra vom Kinderkanal (KIKa). Die eingeladenen 400 Schülerinnen und Schüler aus Berlin sowie die übrigen Besucher erhalten Gelegenheit, die Politiker und Gäste ins Kreuzverhör zu nehmen.

Es soll aber nicht nur diskutiert werden. Mit einem bunten Rahmenprogramm aus Filmeinspielungen und Vorführungen, in das auch das Publikum einbezogen wird, kommt Spiel und Sport nicht zu kurz.

Vorbereitet wurde die Veranstaltung von den Mitgliedern der Kinderkommission - den Abgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht (SPD), Miriam Gruß (FDP), Diana Golze (DIE LINKE.) und Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - in Kooperation mit der Gesundheitsinitiative „Deutschland bewegt sich!“ (BARMER, ZDF, Bild am Sonntag).

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



von links nach rechts: Michaela Noll, Vorsitzende der Kinderkommission und MdB, Stephe Müller-Spirra Moderatorin vom KIKA, Dr. Eckart Fiedler, Initiator von "Deutschland bewegt sich" und Vorsitzender der BARMER



vordere Reihe: Michaela Noll, Vorsitzende der Kinderkommission, Ekin Deligöz MdB, Dr. Eckart Fiedler, Initiator von "Deutschland bewegt sich" und Vorsitzender der BARMER

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



© Deutscher Bundestag

Heike Drechsler befragt das Publikum



© Deutscher Bundestag

Eberhard Gienger, MdB, Welt- und Europameister im Turnen in Aktion

2.1.10. Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Sport“

Die aus den Expertenanhörungen und Veranstaltungen gewonnenen Erkenntnisse und die Ergebnisse ihrer weiteren Beratungen fasste die Kinderkommission in der folgenden Beschlussempfehlung zusammen:

Berlin, 29. Juni 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Sport“

Mit dem Sport sparen, nicht am Sport

Sport zu treiben ist nach wie vor die liebste Freizeitbeschäftigung der Kinder und Jugendlichen. Nationale und internationale wissenschaftliche Studien, Erkenntnisse von Ärzten und Krankenkassen belegen eindeutig, dass Sport und Bewegung sich positiv auf die Gesundheit, die Leistungs- und Lernfähigkeit auswirken. In unserer hochzivilisierten, in hohem Maße technisierten und arbeitsteiligen Gesellschaft haben aber Sport, körperliche Tätigkeit und damit Bewegung zunehmend an Bedeutung verloren, während Bewegungsmangel und Fehlernährung zu diversen Erkrankungen führen.

Die Infrastruktur wohnortnaher Sportstätten soll eine Vielfalt an sportlichen Möglichkeiten und ein bewegungsfreundliches Umfeld ermöglichen. Bewegungsräume wie Spiel-, Bolz- und Sportplätze stehen allerdings vielfach nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung. Gerade in Problemquartieren fehlen Grün- und Freiflächen sowie Spiel- und Bewegungsräume.

Dabei bietet der Sport vielfältige Chancen für Kinder. Durch ihn kann z. B. die Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen besser gelingen, denn der Sport führt Kinder unterschiedlichster sozialer und gesellschaftlicher Herkunft zusammen. Er macht ungezwungene menschliche Kontakte möglich, verringert Sprachbarrieren und Schwellenängste und hat in den vergangenen Jahren einen aktiven und erfolgreichen Beitrag zu Bekämpfung von Gewalt, Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Drogen geleistet.

Die Kinderkommission hat sich deshalb mit dem Thema „Kinder und Sport“ beschäftigt und dabei die Aspekte „Fitnesszustand und Ursachen/Folgen von Bewegungs-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

mangel“, „Sucht- und Gewaltprävention durch Sport“ sowie „Integration durch Sport“ näher beleuchtet.

Dazu hat sie diverse Experten eingeladen, durch deren Anhörung sie zu folgenden Erkenntnissen kam:

- die sportmotorischen Fähigkeiten der 9- bis 16-jährigen Mädchen und Jungen hat in den letzten vier Jahren kontinuierlich abgenommen, wobei der Rückgang bei jüngeren Altersgruppen stärker als bei Älteren ist;
- nicht zuletzt durch das Wegbrechen der Alltagsbewegung werden die Kinder zu passiv sitzenden Stubenhockern;
- unumstritten ist der Einfluss des Ernährungs- und Bewegungsverhaltens. Die „moderne“ Umwelt der Kinder mit einem hohen Fernseh- und Computerkonsum spielt dabei eine entscheidende Rolle;
- die Folgen des Bewegungsmangels sind u. a.: Adipositas, Diabetes, Herz-, Kreislauferkrankungen, Haltungsschäden, psychosomatische Erkrankungen sowie schlechtere Schulnoten;
- die regelmäßige, längerfristige Teilnahme an Sportangeboten kann das Sozialverhalten positiv beeinflussen und stärken, weil hier die Fähigkeiten zu kooperieren, Dinge auszuhandeln, Regeln zu lernen, sie auch selbst aufzustellen und sich dann daran zu halten, gefördert werden;
- durch Sport lernen Kinder Verantwortung zu übernehmen, ihr Durchhaltevermögen zu steigern und Grenzen zu erkennen, teamfähig zu werden und auch mit Frust und Konflikten umzugehen;
- keine andere Institution als der Sportverein erreicht auf freiwilliger Basis so viele Kinder und Jugendliche;
- der Wunsch der Kinder nach mehr Sport ist da, allerdings fehlt es an Angeboten, die vorhandenen Angebote richten sich meist an die Jungen, spezielle Angebote für Mädchen insbesondere mit Migrationshintergrund fehlen oft;
- zur Suchtprävention ist es notwendig, den Kindern so früh wie möglich beizubringen, auch „nein“ sagen zu können;
- hinsichtlich der Integration durch Sport ist die Förderung des Dialogs zwischen Aufnahmegesellschaft und Zielgruppe sowie die Entwicklung von gegenseitiger Akzeptanz und die Schaffung von überdauernden Integrationsstrukturen wichtig;
- in allen Bereichen erweist sich ein dichtes Netzwerk zwischen Vereinen, Jugendamt und Schulen als besonders erfolgreich;
- Eltern wirken als Vorbilder, wenn sie viel Sport treiben und die Freizeit bewegungsorientiert verbringen, überträgt sich dies auf die Kinder.

Deshalb fordert die Kinderkommission:

- Überprüfung der motorischen Fähigkeiten durch einen bundesweiten Fitnessstest,
- mehr geschlechts- und altersspezifische Angebote, besonders für Mädchen bzw. Migrantinnen,
- die Veränderung der Trainerausbildung dahingehend, dass Aspekte wie Sucht-/ Gewaltprävention und Integration mit hereingenommen werden,

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- die Vernetzung und Kooperation zwischen Vereinen, Jugendamt und Schulen weiter zu forcieren,
- bei allen politischen Entscheidungen, die das Wohn- und Bewegungsumfeld der Kinder betreffen, auf den Bewegungsdrang der Kinder Rücksicht zu nehmen,
- Städte und Kommunen wieder bewegungsfreundlicher für Kinder zu gestalten,
- die Ausrufung eines „kommunalen Tag des Kindes“ durch die Kommunen, der aus einem Mix aus wissenschaftlichen Vorträgen, Bewegungsparcours, Elterndiskussionen, Zirkus, Artistik etc. besteht,
- eine stärkere Bereitschaft bei Bund, Ländern, Kommunen und Vereinen, gute Projekte zu unterstützen,
- Projekte wie den Mitternachtssport in Frankfurt als offenes Sportangebot zu unterstützen, bekannter zu machen und das Konzept auf andere Städte zu übertragen,
- mit den Ländern zu beraten, wie im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich mehr körperliche Bewegung gefördert werden kann,
- die Länder aufzufordern, mehr Sportunterricht in den Schulplan einzubauen,
- die Schaffung qualitativ guter Bewegungsmöglichkeiten in den Schulen, besonders auch in Ganztagschulen,
- den Sportunterricht möglichst nicht fachfremd zu erteilen,
- Förderung der Bewegungserziehung des Sports in Kindergärten und Schulen,
- Förderung von Bewegungskindergärten,
- Kinderspiele und laute Sportausübung von Kindern zu akzeptieren,
- Aufklärung und Sensibilisierung von Eltern, Großeltern über die Bedeutung der Bewegung,
- Stärkung der Motivation der Eltern, sich mehr mit ihren Kindern gemeinsam zu bewegen,
- eine deutlichere Anerkennung von ehrenamtlichem sozialem Engagement von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund beim Sport,
- die Evaluation von vorhandenen positiven Projekten.

Michaela Noll, MdB

Die Stellungnahme wurde an folgenden Verteiler übermittelt:

- Ministerpräsidenten der Länder
- Bundestagspräsident
- Fraktionsvorsitzende
- Vorsitzende der Ausschüsse:
 1. FSFJ

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

2. Gesundheit
 3. Sport
 4. Inneres
 5. Bildung
 6. Finanzen
- Bundesministerien:
 1. BMFSFJ
 2. Gesundheit
 3. Inneres
 4. Bildung
 5. Finanzen
 - Dr. Eckart Fiedler - Vorstandsvorsitzender der BARMER
 - Dr. Theo Zwanziger - Präsident des Deutschen Fußballbundes
 - Dr. Thomas Bach - Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes
 - Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer

Die Stellungnahme der Kinderkommission wurde auch vom Sportausschuss des Deutschen Bundestages beraten.

2.1.11. Im Nachgang führte die Kinderkommission am 6. September 2009 noch ein Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Turnerbundes, Herrn Rainer Brechtken.

2.2. Schwerpunktthema „Kinder und Medien“

Auch zu diesem Thema informierte sich die Kinderkommission in einer Reihe von Expertengesprächen, deren Inhalte nachfolgend in Auszügen aufgezeigt sind.

2.2.1. Gespräch mit Herrn Thomas Rathgeb, Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, Herrn Friedemann Schindler, Jugend-schutz.net, und Herrn Lars Kindervater sowie Herrn Fritz-Uwe Hofmann, T-Mobile International AG & Co. KG, zum Thema „Jugend, Handys und Gewaltvideos - wie sehen Tendenzen und geeignete Maßnahmen aus?“

Herr Thomas Rathgeb (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest) gab einen Überblick über die Langzeitstudien zum Medienverhalten von Kindern und Jugendlichen „JIM“ und „KIM“. Inzwischen hätten 92 Prozent aller Jugendlichen ein eigenes Handy, 60 Prozent einen Computer und 38 Prozent einen eigenen Internetzugang. Fernsehen sei bei den Jugendlichen das wichtigste Medium, es werde von 90 Prozent täglich oder mehrmals pro Woche gesehen. Der Computer werde von 83 Prozent und das Internet von 69 Prozent mehrmals pro Woche vor allem für Kommunikation, Unterhaltung und den Bereich Informationssuche genutzt. Die Möglichkeiten der Kommunikation mit Handy, Computer und Internet seien Bestandteil des Alltagslebens der Jugendlichen, sie organisierten damit ihre Freizeit.

Dennoch spiele Freundschaft bei den Jugendlichen nach wie vor eine große Rolle, wobei das reale Treffen in der Clique überwiege.

Die Jugendlichen verfügten bei den Handys nicht über alte Zweit- und Drittgeräte, sondern über Geräte der neuesten Generation. Inzwischen sei auch die Kamera eine wichtige Funktion des Handys. 74 Prozent der Jugendlichen hätten eine integrierte Kamera in ihrem Handy und 50 Prozent ein Handy mit einer Bluetooth-Schnittstelle. Sie könnten damit in ihrem unüberschaubaren Umfeld Dienste kostenfrei nutzen. Damit sei es kein Problem, Bilder oder Videos zu tauschen. 81 Prozent der Jugendlichen könnten mit dem Handy ins Internet gehen.

Die wichtigste und häufigste Funktion des Handys sei für die Jugendlichen das Verschieken von SMS. Das Telefonieren komme erst an zweiter Stelle. 36 Prozent nutzen mehrmals pro Woche oder täglich die Funktion, Fotos oder Filme mit dem Handy zu machen. Die Funktion, Fotos und Filme zu verschicken, sei noch weniger verbreitet und werde weniger häufig genutzt, was auch eine Kostenfrage sei, wenn nicht die Möglichkeit bestehe, Bluetooth zu nutzen. Die Hälfte der Jugendlichen nutze zumin-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

dest einmal pro Woche die Funktion, Fotos zu machen und etwa 20 Prozent der Jugendlichen verschicke auch mindestens einmal die Woche Fotos und Filme.

86 Prozent der Jugendlichen hätten gewusst, dass man brutale Videos oder Pornofilme auf dem Handy abrufen könne. 34 Prozent hätten angegeben, dass sie in ihrem Freundeskreis bereits mitbekommen haben, dass solche Filme auf das Handy geschickt wurden. Die direkte Frage, ob man schon selbst ein solches Video bekommen habe, hätten 7 Prozent aller Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren mit „Ja“ beantwortet, wobei dabei noch eine gewisse Dunkelziffer zu vermuten sei. 17 Prozent der Jugendlichen hätten angegeben, selbst mitbekommen zu haben, wie i. S. des sog. Happy-Slapping eine Schlägerei mit dem Handy gefilmt wurde.

Herr Friedemann Schindler (jugendschutz.net) erläuterte, Happy-Slapping sei nur die Spitze des Eisberges. Bisher seien Gewaltdarstellungen eher über Umwege auf das Handy gekommen und nicht direkt aus dem Internet. Mittlerweile seien aber viele Handys ebenso wie auch Nintendo oder die Sony-Play-Station-Portable internetfähig. Das Handy sei das erste konvergente Medium für Musik, Fotografie, Videospiele, Rundfunk und Internet. Über UMTS, Wireless-Lan und andere Techniken würde inzwischen eine breitbandige Internetanbindung zur Verfügung stehen, die es auch ermögliche, Videos herunterzuladen oder zu nutzen. Diese Form der Internetanbindung sei nun auch für Kinder und Jugendliche bezahlbar. Sie würden deshalb künftig immer und überall online sein, auch außerhalb des Einflussbereichs der Eltern. Die elterliche Kontrolle werde zunehmend ausgeschaltet. Was man an Gewaltvideos heutzutage auf den Handys finde, sei noch ein relativ kleiner Teil des Angebots. Künftig sei aber alles möglich, was im Internet vorhanden ist. Alles, was man im Fernsehen sehe, sei gefiltert. Im Internet finde man aber die Originaldarstellungen: Massaker, Exekutionen, Enthauptungen und die sogenannten Snuff-Videos, kurze Videomitschnitte von Menschen, die verstümmelt oder getötet wurden.

In den traditionellen Medien gebe es nur einen kleinen Bereich problematischer jugendschutzrelevanter Angebote, nämlich den Bereich der entwicklungsbeeinträchtigten Angebote, die aber von der USK oder FSK klassifiziert würden, bevor sie auf den Markt kämen. Diese Vorabkontrolle gebe es im Internet nicht. Dort sei alles

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

zugänglich, absolut unzulässige Angebote, die die Menschenwürde verletzen und Gewaltpornografie. Zwar gebe es hierfür in Deutschland ein generelles Verbreitungsverbot, man bekomme sie aber über ausländische Adressen. Man müsse sich Gedanken machen, wie man die ausländischen Angebote in den Griff bekomme. In Kooperation mit den anderen Ländern gebe es durchaus Möglichkeiten, Erfolge zu erzielen.

Gewaltvideos seien in erster Linie im World Wide Web zu finden. Dort gebe es spezielle Web-Seiten und es sei selbst für unbedarfte Jugendliche, die diese Adressen nicht kennen, kein Problem, über Google oder spezielle Suchdienste an entsprechende Videos heranzukommen. Groß im Kommen seien auch sogenannte Communities, in denen Leute entsprechende Darstellungen gesammelt haben. Der neue Trend seien Plattformen wie YouTube oder MyVideo, über die diese Darstellungen zu Tausenden zugänglich seien.

Schließlich gebe es auch die „Kommunikations- und Tauschdienste des Internets“. Besonders zu finden seien hier entsprechende Darstellungen auf sogenannten Peer-to-Peer-Netzwerken, auf denen man in Masse z. B. Snuff-Videos finden könne, reale Tötungsfilme von Menschen, die ein Massaker erlebt haben usw. Das Problem dabei sei, dass es insbesondere bei den Communities und bei den Kommunikations- und Tauschdiensten keinen kommerziellen Anbieter mehr gebe, den man adressieren könne. Es seien zum Teil Privatleute, die diese Angebote ins Netz stellten, gegen die man nicht vorgehen könnte. Momentan gebe es keine Vorstellungen, wie man diesen Bereich regeln könnte. Man könne diese Dienste nur schließen, eine Filterung oder eine differenzierte Zugangsregelung sei z. Z. nicht möglich.

Die meisten Snuff-Videos würden über den PC heruntergeladen und würden dann über die Bluetooth-Schnittstelle auf das Handy übertragen. Das Handy fungiere noch nicht als direkte Download-Station für Inhalte aus dem Internet. An der Darstellung eines Snuff-Videos und dessen Abruf seien viele Parteien beteiligt. Zum einen die Internetanbieter, die es ins Netz stellen, die Mobilfunkanbieter, die den Zugang bieten, die Handyhersteller, die die technischen Fähigkeiten dafür zur Verfügung stellen, dass das überhaupt darstellbar ist und die Nutzer selber, die einen entsprechenden Vertrag vorhalten, der diese Leistungen umfasst. Deshalb sei es nötig, an allen En-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

den gleichzeitig zu arbeiten und zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Der Gesetzgeber habe den Auftrag, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Im Internet sei die Selbstkontrolle zuständig für die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen. Es gebe eine erfreuliche Selbstverpflichtung der Anbieter. Das sei aber nicht selbstverständlich, weil es rund 1.000 Internet-Anbieter gebe, die sich nicht dafür interessierten, was gesetzliche Grundlage ist. Zu wünschen sei die Sperrung der schlimmsten Seiten im Internet für deutsche Nutzer. Im Bereich der Filtersysteme sei man noch in der Steinzeit, es gebe keine guten differenziert wirksamen Jugendschutzsysteme. Hier sei es wichtig, zu einer Kooperation zu kommen, auch mit einer finanziellen Beteiligung der großen Anbieter. Die Mobilfunkbetreiber, die sich inzwischen in der FSM organisiert hätten, hätten ebenfalls die Möglichkeit, den Zugriff auf bestimmte Adressen im Internet durch Sperrung zu verhindern. Die Handyhersteller könnten ihrerseits bestimmte Vorkonfigurationen vornehmen und damit den Empfang bestimmter Dinge ausschließen. Das Prinzip muss sein „Opt-In“, das heiße: begrenzt freizuschalten und nicht umgekehrt alles frei schalten und den Nutzern bzw. Eltern die Verantwortung dafür zu übergeben, wieder auszuschalten. Einen wichtigen Part spielten auch die Nutzer selber, zum einen die Eltern, die eine bestimmte Konfiguration vornehmen könnten und die Jugendlichen, die eine bestimmte Kompetenz haben sollten, um mit dem Medium umzugehen. Ein wesentlicher Punkt sei das Schrfen des Risikobewusstseins der Eltern und die Vermittlung von Medienkompetenz. Es gebe eine ganze Reihe von Infoblttern und Materialien und einige Betreiber hätten inzwischen auch Hotlines eingerichtet.

Dies sei aber von Anbieter zu Anbieter noch sehr unterschiedlich. Auch seien die Hilfestellungen, die es momentan gebe, noch schwer zu finden oder von Eltern kaum zu nutzen. Was Eltern bräuchten, seien konkrete Handlungsanweisungen, davon gebe es bisher noch zu wenig.

Herr Fritz-Uwe Hofmann (T-Mobile International AG & Co. KG) betonte, es sei für T-Mobile eine Selbstverständlichkeit, sich zum Jugendschutz zu bekennen und sich von jeder Form gewaltverherrlichender Inhalte zu distanzieren. Es sei allerdings heute auch ein Fakt, dass das Handy wie selbstverständlich zum Leben junger Men-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

schen dazugehöre. Das Handy sei genauso riskant wie ein Auto, es komme letzten Endes entscheidend darauf an, was man mit diesem Gerät mache. T-Mobile verkaufe grundsätzlich keine Handys und Verträge an Minderjährige. Es seien die Eltern, die die Verträge abschließen und die Endgeräte an die Kinder weitergeben. Diese hätten eine Kontroll- und Erziehungsfunktion. Als die Diskussion um die Gewaltvideos auf Handys aufgekommen sei, habe T-Mobile unmittelbar eine Hotline eingerichtet, die auch stark von Eltern und Pädagogen genutzt worden sei. T-Mobile habe vor zwei Jahren ein Produkt eingeführt, die sog. CombiCard teens. Dies sei eine Karte, die mit einem festen monatlichen Budget über den Vertrag der Eltern laufe. Dort könne man bestimmte features und Dienste von vornherein sperren. Es seien letzten Endes die Eltern, die mit ihren Kindern gemeinsam entscheiden müssten, welche Dienste genutzt werden dürfen und welche nicht. T-Mobile habe auch gemeinsam mit anderen Netzbetreibern pädagogische Lehrmaterialien für Schulen entwickelt, die intensiv nachgefragt und im Unterricht eingesetzt würden. Die Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen müsse so früh wie möglich zum Thema gemacht werden. Man müsse möglichst früh anfangen, zum Beispiel in Schulen spezielle Medienarbeitsgruppen einzusetzen, in denen Kinder den Umgang mit den Geräten lernen können.

Die Übermittlung der Gewaltvideos von Handy zu Handy könne von den Netzbetreibern nicht unterbunden werden, denn sie laufe nicht über deren Netzwerke, sondern sei eine Verbindung zwischen zwei Bluetooth-Handys. Da eine solche Schnittstelle am Handy immer aktiviert werden müsse, könne man eine Nutzung von vornherein unterbinden.

Herr Lars Kindervater (T-Mobile International AG & Co. KG) erklärte ergänzend, dass bei den meisten neueren Handys nicht nur die Bluetooth-Schnittstelle eingeschaltet, sondern auch der Empfang von Nachrichten bestätigt werden müsse. Die Aufmerksamkeit und die Medienkompetenz sowohl von Eltern als auch von Kindern und Jugendlichen gelte es zu verbessern. Neben den bereits erwähnten Aktivitäten sei T-Mobile Mitglied im FSM und unterstütze die dort erstellten Materialien, einen Medienkoffer, der über das FSM aufzurufen sei. Im Hinblick auf Bluetooth habe es den Vor-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

schlag gegeben, den PIN geschützt abzuschalten. Dies sei so einfach nicht möglich. Die Netzbetreiber seien keine Hersteller von Endgeräten und damit der falsche Ansprechpartner. Selbst so ein großes Unternehmen wie T-Mobile habe nicht die Einkaufsmacht, die Software von Endgeräten in so wesentlichen Punkten zu beeinflussen. Man befinde sich auf weltweiten Märkten, auf denen in diesem Jahr erstmalig eine Milliarde Handys verkauft würden. Dies sei eine Größenordnung, bei der T-Mobile mit über 80 Millionen Kunden nur einen verschwindend geringen Anteil ausmache. Schließlich könne eine solche Sperre auch mit dem Aufspielen von Originalsoftware oder mit Tools über die file-sharing-Programme leicht ausgeschaltet werden. Er halte eine Sperrung des Pins grundsätzlich nicht für sinnvoll, weil die Bluetooth-Schnittstelle viele positive Anwendungen erlaube. Ein solcher PIN, der generell auf allen Handys wäre und der eingeschaltet werden müsse, würde in der Praxis dazu führen, dass er wie eine der vielen Pins, die man sich merken müsse, leicht verloren ginge. Ziel sollte es vielmehr sein, Kinder und Jugendliche dahingehend zu erziehen, nur die Inhalte zu empfangen, die sie empfangen möchten.

2.2.2. Gespräch mit Frau Simone Trautsch, Kinderkurheim Wichernhaus, Herrn Prof. Dr. Henning Scheich, Leibniz-Institut für Neurologie, und Herrn Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer, Ärztlicher Direktor der Universitätsklinik für Psychiatrie, Ulm, zum Thema „Vieluser - wie sehen die neurobiologischen und psychologischen Auswirkungen bei medienabhängigen Jugendlichen aus?“

Herr Prof. Dr. Henning Scheich (Leibniz-Institut für Neurologie) berichtete über seine Forschungen zum Suchtpotential von Computerspielen bzw. von Medienkonsum insgesamt. Es gebe im Gehirn einen Mechanismus, ein ganzes System, das mit Belohnungen zu tun habe, man nenne es das interne Belohnungssystem. Dieses System arbeite mit einem Neurotransmitter, nämlich Dopamin. Es werde in dem Moment aktiv, in dem man auf eine Belohnung hinarbeite. Erlange man die Belohnung, dann werde Dopamin ausgeschüttet und man fühle sich gut. Man fühle sich nicht deshalb gut, weil man die Belohnung bekommen habe, sondern weil man sein Ziel erreicht habe. Dieses System sei der allgemeine Mechanismus, der uns einerseits auf Trapp halte und motiviere, Dinge zu tun und auf Ziele hinzuarbeiten, der aber auf der ande-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

ren Seite dafür Sorge, dass solche Erlebnisse auch im Sinne von Gedächtnisverankerung weiterwirken. Es sei unbedingt Dopamin notwendig, damit ein Kurzzeitgedächtnisinhalt im Langzeitgedächtnis lande. Führe man nun z. B. ein „primitives Actionspiel“ aus, würde in rascher Folge dieser Impuls aufrechterhalten. Man erlebe in schneller Folge Erfolgserlebnisse durch primitive Handlungen und habe in ganz kurzer Zeit DopaminstöÙe. Diese schnellen Actionspiele hätten somit eine dramatische Wirkung auf die Dopaminausschüttung. Bei den Dopaminsystemen bestehe aber auch die Gefahr der Sucht, was durch die Suchtforschung schon lange Zeit bekannt sei. In den 60er Jahren habe man ein Experiment an Ratten gemacht. Man habe eine Mikrosonde mit kleinen Stromstößen im Gehirn der Tiere appliziert. Vom Strom hätten die Tiere nichts gemerkt, aber sie hätten gemerkt, wenn Dopamin ausgeschüttet wurde und seien merkwürdig erregt gewesen. Man sei auf die Idee gekommen, den Tieren die Kontrolle über ihre eigene Hirnstimulation zu geben, indem man den Auslöser für den Strom in Form eines Knopfes in ihren Käfig gelegt habe. Die Ratten hätten irgendwann entdeckt, dass wenn sie darauf treten, der Hirnstrom und die Dopaminauslösung erfolgen. Diese Experimente hätten gezeigt, dass die Tiere in ganz kurzer Zeit nach der Hirnstimulation süchtig wurden. Wenn man den natürlichen Mechanismus, der eigentlich für das Lernen vorgesehen sei, auslenke, indem man ihn nicht besonders stark, sondern einfach nur häufig genug pro Zeiteinheit stimuliere, was mit dem Dauerkonsum von Actionspielen vergleichbar sei, komme man in den Suchtbereich. Dies gelte nicht für jedes Kind, aber für bestimmte Kinder gebe es Suchtdispositionen, weshalb Gefahr im Verzug bestehe. Es müsse verhindert werden, dass die Spielindustrie diese Mechanismen perfektioniere. Grundsätzlich sei nichts gegen Computerspiele einzuwenden, es gebe wundervolle Computerspiele, aber diese Art von Spielen sei eine Gemeingefahr.

Der Medienkonsum insgesamt habe viele Dimensionen. Wenn man ständig etwas konkret vorgespielt bekomme, habe man keinerlei Möglichkeiten mehr zur Entwicklung von Vorstellungsvermögen. Unsere gesamte Kultur, insbesondere die Buchkultur, hänge davon ab, beim abstrakten Lesen oder auch im Gespräch durch die Sprache das Vorstellungsvermögen anzukurbeln und die Fantasie zu trainieren. Beim Abusus von Medien werde dagegen jedes Vorstellungsvermögen abtrainiert, es sei

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

nicht mehr notwendig, da alles vorgeführt werde. Dies erkläre auch die Effekte des ADH-Syndroms. Diese Kinder fielen dadurch auf, dass sie kein Vorstellungsvermögen für irgendwas entwickeln könnten.

Eine Reihe von Kindern erlebten heute keinen strukturierten Tag mehr. Dies spreche dafür, an sie über irgendeine Form von Ganztagschule heranzukommen. Hier könnten sie von früh auf an einen disziplinierten Tag gewöhnt werden, in dem Medien keinen Platz oder nur einen Platz im schulischen Kontext haben. Der Ausdruck „Medienkompetenz“ sei der falsche Ausdruck. Es gehe um Mediendisziplin. Die müsse man den Kindern sehr früh nahe bringen.

Das Trainieren des Umgangs mit Computern müsse dabei differenziert ausgestaltet werden. Die Schule und die Lehrer müssten gezielt darauf vorbereitet werden, nicht nur Kompetenz dahingehend zu vermitteln, wie man mit dem Computer umgeht, sondern auch wofür man sie benutzen sollte. Auch über Öffentlichkeitskampagnen, die an die Eltern gerichtet sind, könne man viel erreichen. Man müsse ihnen die Auswirkungen des Computers auf ihre Kinder deutlich machen, und zwar in Form einer drastischen Schilderung. Den Eltern sollten die wirklich drohenden Gefahren klargemacht werden, das Suchtpotential, die Nachteile für die Bildung usw. Es sollte auch darüber aufgeklärt werden, dass es kein vernünftiger Weg ist, die Schulen und die Kindergärten bereits mit Computern zu bestücken und davon eine Bildungsrakete zu erwarten.

Herr Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer (Universitätsklinik für Psychiatrie) führte aus, nach Schlaf mit 7 Stunden täglich sei Bildschirmmedienkonsum mit 5,5 Stunden die zweithäufigste Beschäftigung von Kindern. Danach komme Schule im Wochendurchschnitt mit 4 Stunden täglich.

Es gebe eine Untersuchung aus Amerika mit Kleinkindern, bei der man geprüft habe, ob man ihnen Laute in ihrer Nichtmuttersprache beibringen könne. Eine Chinesin habe der Gruppe chinesisch vorgelesen, einmal die Woche 20 Minuten, vom 9. bis 11. Monat. Danach habe man getestet, wie gut sie auf chinesische Laute reagieren. Sie hätten sie viel besser dekodieren können, als die Vergleichsgruppe, die bisher nur englische Laute vernommen hatte. Spiele man dagegen den Kindern die Chine-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

sin auf CD oder auf Video vor, ergäbe sich kein Effekt.

Die Behauptung, kleine Kinder bräuchten Stimulationen, sei deshalb nicht richtig. Sie lernten dadurch tatsächlich nichts. Man nehme multimodal wahr und die Modalitäten ergänzten sich gegenseitig. Säuglinge täten dies ganz besonders, sie bräuchten das „Riechen, Schmecken, Tasten“ alles gleichzeitig. So erlebten sie die Welt und könnten sie sich einfach erschließen. Wenn man sie vor den Bildschirm setze, fehlten diese Sinne.

In einer großen Studie zum Einfluss von Fernsehkonsum auf Bildungsabschlüsse mit über 1.000 Kindern in Neuseeland seien Kinder vor über 30 Jahren bei der Geburt erfasst und alle zwei Jahre beobachtet worden. Man habe den IQ der Eltern festgehalten, den sozioökonomischen Status und weitere Faktoren, weshalb man sie statistisch gut habe aufarbeiten können. Im Sommer 2005 seien diese Kinder 33 Jahre alt geworden. Bei der Gruppe der Wenigseher, weniger als eine Stunde am Tag, habe man 10 Prozent Schulabbrecher und über 40 Prozent mit Universitätsabschluss. Bei der Extremgruppe, mehr als drei Stunden Fernsehen im Alter von 5 Jahren, habe man 25 Prozent Schulabbrecher und nur noch knappe 10 Prozent mit Universitätsabschluss. Auch wenn man die Schichtenzugehörigkeit erfasse und herausrechne, der Effekt bleibe. Der geschilderte Effekt sei völlig unabhängig vom Programm, das konsumiert werde, es gehe nur um die Form des Mediums, das der Gehirnentwicklung abträglich sei und von der Dauer. Die Menge an Fernsehkonsum, die Kinder heute haben, nämlich 3,5 Stunden im Durchschnitt, und dazu kämen nochmals zwei Stunden PC-Nutzung, seien zu viel. Dies habe Auswirkungen, die in ihrem Ausmaß kaum zu unterschätzen seien.

Wenn die Kinder älter würden, das fange schon im späteren Kindergarten an, könnten sie am Medium Fernsehen auch lernen. Es habe sich herausgestellt, dass der beste Effekt für die intellektuelle Entwicklung im Hinblick auf Fernsehkonsum der Konsum im Kindergartenalter gewesen sei.

Allerdings werde dies auch wirtschaftlich ausgenutzt. Es gebe ganze Handbücher darüber, wie man Werbung für Kinder vor dem Fernseher gestalte. Die Fernsehwerbung für Kinder sei zu 65 Prozent auf Nahrungsmittel abgestellt und 100 Prozent dieser Nahrungsmittel seien ungesund. Man bringe den Kindern vor dem Fernseh-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

apparat bei, die falschen Sachen zu essen. Daraus wiederum ergebe sich der nachgewiesene Effekt, dass Fernsehen dick mache. Was für die Ernährungsphysiologie der Zusammenhang „Fernsehen mache dick“ sei, sei für die Neurowissenschaft der Zusammenhang zwischen Fernsehen und allen anderen geistigen Entwicklungen. Das Gehirn der Kinder lerne schnell, es brauche aber die richtige Umgebung zum Lernen. Kinder sähen im Durchschnitt bis sie 18 Jahre alt sind 200.000 Gewalttaten im Fernsehen, in mehr als 50 Prozent tue die Gewalt dort nicht weh: „Die lachen und hauen sich und in mehr als 70 Prozent kommt der Gewalttäter ungestraft davon.“ Man könne sich vorstellen, was Kindergehirne, wenn sie 18 Jahre alt sind, extrahiert haben: „Es gibt viel Gewalt, keine Alternative, tut nicht weh und man kommt davon.“ Ungünstige Auswirkungen des Medienkonsums müsse man genauso betrachten wie Umweltverschmutzung. Jeder könne etwas tun. Man könne den Fernsehkonsum der Kinder beschränken und was wichtiger sei, bessere Alternativen anbieten. Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler hätten das Problem durchdacht und festgestellt, dass Gewalt in den Medien oder überhaupt ungünstiger Medienkonsum so zu betrachten sei, wie das, was die Ökonomen negative Externalitäten nennen. Das heiße negative Folgen von Produktionsprozessen. Wenn jemand dreckig produziere, sei der Preis billig, weil Filter mehr Geld kosten. Deshalb überlebe der „Dreckigste“ zunächst einmal. Dies habe aber die gesamte Gesellschaft zu tragen. Man müsse die Externalitäten internalisieren. Man müsse Dreckschleudern teuer machen durch eine Art von Besteuerung. Jeden Gewaltakt, der produziert werde, müsse man hoch besteuern. Dann werde irgendwann der Marktmechanismus greifen und dafür sorgen, dass es nicht mehr geschieht, weil es so teuer ist. Anders könne man der hohen Produktionsrate von all diesem Unfug nicht Herr werden. Es gebe keine Studie, die zeige, das Medienkompetenztraining irgendetwas bringe. Das einzige, was etwas bringe, sei Dosisreduktion.

Es gebe eine Studie in Kalifornien aus dem Jahr 2001. Dort habe man Kindern im Rahmen von 17 Schulstunden nahe gebracht, weniger fern zu sehen. Ein halbes Jahr später hätten die Kinder weniger gewogen und sie seien weniger aggressiv gewesen.

Es sei auch abzuraten, einem Kind einen Computer zur Verfügung zu stellen. Es sei

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

ein Irrtum, dass dies zur Bildung dazugehöre. Untersuchungen hätten auch ergeben, dass Kinder mit zunehmendem Computerkonsum schlechter in der Schule werden. Kinder in der 7. und 8 Klasse an das Internet heranzuführen, sei ein großer Fehler. Man gewöhne den Kindern das Lesen ab. Wenn ihr Hirn mit 16 oder 17 Jahren ausgereift sei, sollten sie den Computer benutzen. Dann wüssten sie auch genug, um im Internet vernünftig zu suchen.

Medien seien in Deutschland im europäischen Vergleich viel virulenter, weil die Kinder am frühesten aus der Schule zuhause seien. Vor 30 Jahren sei dort noch die Hausfrau gewesen. Heute sei niemand mehr da, dafür aber der PC und das Video.

Eltern müssten das Bewusstsein erlangen, dass die Gehirne der Kinder formbar sind, dass sie nicht nur in der Schule von 8.00 bis 13.00 Uhr lernen, sondern vom Aufwachen bis zum Einschlafen. Man müsse bei ihnen die Empfänglichkeit schaffen, dass es nicht egal ist, was man mit seiner Zeit anstellt, weil sich das Gehirn bei jeder Erfahrung immer ändert.

Frau Simone Trautsch (Kinderkurheim Wichernhaus) berichtete, sie habe drei Jahre lang in Boltenhagen an der Ostsee eine Kurklinik für Kinder geleitet, die einen auffälligen Medienkonsum hatten.

Bei Kindern, die exzessiv Computer nutzen, könne man Dopamin in der Art und Weise nachweisen wie bei Alkohol trinkenden Jugendlichen. Sie habe abhängige Jugendliche erlebt, die nicht mehr zur Schule gegangen seien, nicht mehr gegessen hätten und nicht mehr in der Lage gewesen seien, ihr Leben zu koordinieren. Die Überreizung sei so extrem gewesen, dass alles andere völlig in den Hintergrund getreten sei. Sie seien zum Teil schwer gesundheitlich bedroht und die Eltern seien hilflos gewesen.

Eine Mutter habe den Computer aus dem Fenster geworfen, die Stromzufuhr unterbrochen und die Sicherungen herausgedreht. Dennoch sei es dem Jugendlichen gelungen, Möglichkeiten zu finden, wieder an das Medium zu kommen.

Sie habe einen Jugendlichen gehabt, der habe sich selber in die Psychiatrie einweisen lassen, weil er nicht mehr schlafen konnte. Ein kreativer Junge, der mit 15 Jahren eine eigene IT-Firma gegründet habe. Es seien nicht die, die aus dem

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

System fallen und sich deshalb eine virtuelle Welt bauen. Diese jungen Menschen hätten Fähigkeiten, sie könnten uns in die Zukunft führen. Aber sie drängten sich selber an einen Abgrund, weil sie sich virtuelle Welten aufbauten und sich körperlich und psychisch völlig überschätzen. Sie entwickelten ein Ego-Denken: „Ich kann alles, weil ich es in der virtuellen Welt ständig mache.“ Dies sei das Problem an diesem Belohnungssystem, sie bekämen kostenlosen Erfolg geliefert für einfache Handgriffe in der virtuellen Welt. Warum sollten sie Sport treiben, um eine Eins in der Schule streben oder um eine Freundschaft kämpfen, wenn sie Belohnung und Anerkennung stundenlang „umsonst geliefert bekommen“. Sie koppelten sich ab und hätten auch teilweise Realitätsverluste.

Übermäßiger Computerkonsum führe zu extrem schlechten Schulleistungen. Er mache nicht dumm, aber verschenke viel Potential. Sie habe überwiegend Jungen, kaum Mädchen betreut. Diese Jungen, die mit 12 bis 14 Jahren zum Computer gekommen seien, hätten noch eine gesunde Stressverarbeitung. Umso jünger die Kinder seien, umso weniger sei diese aber vorhanden.

In unserer Gesellschaft herrsche das Denken vor, wenn ich meinem Kind den Computer und das Internet biete, bin ich eine gute Mutter oder ein guter Vater. Daraus könnten sich Studienerfolge und Berufe entwickeln. Eine Gleichstellung mit Alkohol und Drogen werde nicht akzeptiert. Sie habe nichts gegen den Computer, sie habe etwas gegen die extensive Nutzung. Umso jünger die Kinder seien, desto gefährlicher sei die Nutzung. Mit ihren Patienten habe sie das Glück gehabt, Ressourcen wie Hobbys und andere kreative Sachen wiederzufinden. Auch soziale Beziehungen seien wiederbelebt worden. Die seien aber einmal vorhanden gewesen. Sie habe in den drei Jahren über 200 Kinder betreut, und zwar aus allen Schichten, es sei sogar eher der gute Mittelstand vertreten gewesen. Die Eltern der Kinder seien sehr besorgt und auch pädagogisch bemüht, aber an irgendeinem Punkt hilflos gewesen.

Gerade „World of Warcraft“ oder „Egoshoooter“ seien keine billigen Actionspiele, sondern hoch gelobte Strategiespiele, von denen behauptet werde, es entwickelten sich Kognition und zusammenhängende Denkprozesse. Dennoch seien diese Spiele suchtmachend angelegt. Man brauche Wochen, nur um die Welt dieser Spiele kennenzulernen und die Orte dieser Welt zu besuchen. Bis dahin habe man noch nicht

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

gespielt, noch keinen Charakter entwickelt und noch kein Haus gebaut oder ein Problem gelöst. Man könne von diesen Spielen schwerstabhängig werden.

Sie habe erfolglos versucht, für ihre Klinik Fördermittel zu bekommen. Für Computer habe es Gelder gegeben. Vorschulen, Kindergärten, alle würden mit Computern ausgestattet. Hier könnte man viel sinnvoller mit Kastanien und Eicheln arbeiten, aber man installiere Computerprogramme.

Eltern und Schulen müssten aufgeklärt werden und auch die Spielindustrie selber müsse mit ins Boot geholt werden.

2.2.3. Öffentliche Anhörung zum Thema „Medienkompetenz - Wie erreichen wir Problemfamilien?“

Eine weitere Expertenanhörung zum Thema „Medienkompetenz - Wie erreichen wir Problemfamilien?“ fand in Form einer öffentlichen Anhörung mit den Experten Frau Sabine Eder, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), Frau Hanne Walberg, Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz, und Herrn Thomas Waldner, ZDF, statt.

2.2.4. Daneben nahm die Vorsitzende der Kinderkommission am 28. April 2006 an der Jugendmedienschutztagung des ZDF zum Thema „**Medienkompetenz**“ teil, auf der sie das nachfolgende Grußwort sprach:

Sehr geehrter Herr Kardinal Lehmann,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,
liebe Eltern,

als Vorsitzende der Kinderkommission sollte ich an dieser Stelle ein Grußwort halten. Einem Bundespolitiker ein Mikrofon zu übergeben, bringt Risiken mit sich. Denn normalerweise geben sie es nur ungern wieder aus der Hand. So manches Grußwort dauert dann schon mal eine Stunde. Dies müssen Sie bei mir nicht befürchten. Normalerweise sind wir Politiker auch gewöhnt, Stunden, Tage und ganze Nächte in Sitzungen zu verbringen, oftmals gehen wir nach sechs Stunden raus und der Erkenntnisgewinn ist gegen null. Das war gestern für mich anders und dafür möchte ich mich besonders herzlich bei den Veranstaltern und besonders bei Ihnen, Herr Professor Schächter, bedanken.

Das ist auch der Grund, warum ich mein vorbereitetes Grußwort gestern Abend im Hotel

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

entsorgt habe. Ich spreche jetzt zu Ihnen nicht nur als Vorsitzende der Kinderkommission, sondern als Abgeordnete und Mutter von pubertierenden Kindern, denn auch mein Alltag wird von Medienkompetenz und Medien bestimmt.

Ich kann nur bestätigen, was Professor Schächter gestern gesagt hat. Bei dieser Tagung steht nicht nur Medienkompetenz drauf, hier war auch Medienkompetenz drin.

Kein Medium ist von vornherein gut oder schlecht für unsere Kinder. Es kommt darauf an, was man damit macht. Deshalb müssen wir unsere Kinder begleiten. Dafür brauchen wir einen guten Jugendschutz und Jugendmedienschutz, der den Rahmen steckt. Den haben wir. Dennoch kann nicht alles, was schlecht ist, auch verboten werden.

Auch zu dem Handyverbot an Schulen, das gerade diskutiert wird, glaube ich, dass das nicht der richtige Weg ist. Es ist keine Lösung. Es ist nur eine zeitliche Verschiebung.

Bei der rasanten technischen Entwicklung kommen wir als Gesetzgeber sowieso gar nicht so schnell hinterher. Wer den parlamentarischen Apparat kennt, weiß, wie lange wir brauchen, um Gesetze zu verabschieden. Deshalb brauchen wir die Medienkompetenz. Sie ist die Schlüsselkompetenz. Medienkompetenz wird zunehmend zur Lebenskompetenz im 21. Jahrhundert. Den Beweis haben Sie gestern in den Workshops geliefert.

Sehr geehrter Herr Kardinal Lehmann, ich hoffe, Sie verzeihen mir. Aber gestern habe ich mir gewünscht, ich hätte mich für das Klonen ausgesprochen, denn dann hätte ich mehr als 2 Workshops besuchen können. Ich glaube, es ging auch weiteren Teilnehmern so.

Bei dem 4. Workshop mit dem Titel „Wie erreichen wir die Eltern? – Medienkompetenzvermittlung in Problemfamilien“ wurde deutlich, dass in bildungsnahen Haushalten Medienkompetenz kein Zauberwort ist, denn dort bekommen Kinder Risiken und Chancen der Medien vermittelt. Anders sieht es dagegen aus bei bildungsfernen Haushalten. Für sie ist Medienkompetenz oftmals eine Leerformel.

Das Fazit, das bei dem 4. Workshop in den Raum gestellt wurde – „Eigentlich ist es sinnvoller, die Kinder rauszunehmen aus diesen Familien, denn den Eltern kann man oft nicht helfen“ – ist nicht das, was ich mir vorstelle. Das kann auch nicht unsere Lösung sein. Wir müssen gemeinsam diese Herausforderung annehmen, um praktikable Lösungen für die Problemfamilien zu finden. Viele Möglichkeiten sind u. a. auch von Frau Walberg genannt und dargestellt worden. Das sind niedrigschwellige Angebote, die eben nicht in den Alltag eingreifen, Angebote, die nicht moralisch gefärbt sind und die leicht verständlich sind. Wir müssen diese Bildungsdefizite schließen.

Der Grundsatz für einen vernünftigen Umgang mit modernen Medien muss in der Familie gelegt werden. Dabei können Politiker Eltern mit Gesetzen und Informationen unterstützen. Abnehmen können wir ihnen diese Erziehungsaufgabe nicht. Aber den Eltern, die sich überfordert fühlen, müssen wir helfen. Die müssen wir unterstützen. Ferner müssen wir auch noch einmal gesondert das Problem bei Kindern mit Migrationshintergrund betrachten.

Aber unser gemeinsames Ziel sollte sein, gemeinsam mit allen, die an der Erziehung von Kindern und Jugendlichen beteiligt sind, ob Eltern, Lehrer, Kirche oder Erzieher, Kinder und Jugendliche zu mündigen Mediennutzern zu erziehen.

Mit dieser Tagung haben Sie – und dafür möchte ich mich nochmals herzlich bedanken – einen wichtigen Baustein gelegt.

Aber für uns auf Bundesebene gibt es noch viel zu tun.

Vielen Dank.

2.2.5. Stellungnahme der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Medien“

Als Ergebnis der gewonnenen Erkenntnisse formulierte die Kinderkommission die folgende Stellungnahme:

Berlin, 3. November 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Medien“

Der Alltag der Kinder und Jugendlichen wird wesentlich geprägt durch elektronische Medien. Neben den herkömmlichen technischen Geräten wie dem Fernsehen oder dem Radio gehören das Internet, das Handy oder Spielekonsolen zum jugendlichen Alltag. 92 Prozent aller Jugendlichen verfügen mittlerweile über ein eigenes Handy.

Die virtuelle Welt kann neurobiologische und psychologische Auswirkungen bei den Kindern und Jugendlichen verursachen. Die daraus erwachsenden Gefahren sind keineswegs zu unterschätzen. Eine neue Welle der Diskussion wurde zuletzt durch die Funde von gewalthaltigen und pornographischen Inhalten auf den Handys von Jugendlichen ausgelöst. Sogenannte Happy-Slapping-Filme oder Snuff-Videos treten immer häufiger auf. Diese Videos mit brutalen, teilweise illegalen Inhalten auf den Handys von Kindern verunsichern zunehmend Eltern, Kinder und Pädagogen. Maßnahmen, wie ein Handyverbot an Schulen, reichen aber bei weitem nicht aus, um diesem Problem effektiv begegnen zu können.

Aufgrund dieser Tatsachen hat sich die Kinderkommission mit dem Thema „Kinder und Medien“ auseinandergesetzt. In den Mittelpunkt wurden dabei die Auswirkungen einer missbräuchlichen Handynutzung sowie eines erhöhten Medienkonsums gestellt. Ebenfalls thematisiert wurde die Frage, wie man am besten die Problemfamilien erreichen kann.

Hierzu wurden verschiedene Experten eingeladen und angehört, die zu folgenden Erkenntnissen kamen:

- der einfachste und wirksamste Weg ist die Reduktion des Medienkonsums;
- trotz der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen wie dem Jugendmedi-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- schutz-Staatsvertrag der Länder oder dem Jugendschutz-Gesetz des Bundes bestehen enorme Defizite, um Kinder und Jugendliche vor den negativen Folgen der Medien wie Fernseher, Internet oder Handys effektiv schützen zu können;
- in Deutschland gibt es kein anerkanntes Jugendschutzprogramm für das Internet, das einen sicheren Schutz der Kinder und Jugendlichen gewährleistet;
 - Computerspiele oder jugendgefährdendes Material wie Gewaltvideos sind für die Jugendlichen einfach aus dem Netz zu besorgen, insbesondere auch aus dem Ausland;
 - die technischen Vorkehrungen der Handys, die den Erhalt dieser brutalen Videos unterbinden könnten, sind häufig unzureichend;
 - männliche Jugendliche spielen eher die brutalen Computerspiele, was sich dann unter Umständen in einem aggressiveren Verhalten bemerkbar machen kann;
 - die Nutzungsintensität und -häufigkeit der jungen Mediennutzer korreliert mit deren Wissen und schulischen Leistungen, das heißt, je mehr man fernsieht, desto schlechter können die Schulnoten ausfallen;
 - psychologische Auswirkungen wie z. B. Schlafstörungen können bei denjenigen Jugendlichen auftreten, die mit Snuff-Videos oder Happy-Slapping-Filmen unmittelbar konfrontiert werden;
 - weitere negative Auswirkungen sind z. B. gesundheitliche Folgeschäden wie Essstörungen oder ein Hang zur Selbstüberschätzung;
 - weitere wichtige Potentiale der Kinder und Jugendlichen gehen zudem verloren bzw. werden nur ungenügend gefördert, Möglichkeiten zur Entwicklung des persönlichen Vorstellungsvermögens werden eingeschränkt;
 - Eltern, Erzieher und Pädagogen können häufig die Handys der Kinder und Jugendlichen nicht auf jugendgefährdende Inhalte überprüfen, da ihnen hierzu oftmals ein Überblick über die technischen Vorkehrungen der Handys fehlt;
 - ein großes Gefahrenpotential geht vom Internet aus – neben einer möglichen Abhängigkeit (Online-Sucht), ist dieses Medium am wenigsten kontrollierbar, denn zukünftig können Kinder und Jugendliche vermutlich immer und überall online sein, auch außerhalb des Elternbereichs, was deren Kontrollmöglichkeiten deutlich einschränkt;
 - in Problemfamilien entwickelt sich der Fernseher als Ersatz für gemeinsame Freizeitaktivitäten oder Gesprächsrunden im Familienkreis, oftmals dient er lediglich dazu, das Familienleben „aufrechtzuerhalten“;
 - neben einer schwach ausgeprägten Medienkompetenz, verfügen die Eltern dieser Familien über ein unzureichendes Problembewusstsein sowie über keine Risikoabschätzung über die Folgen der falschen Mediennutzung, was die Startchancen ihrer Kinder z. B. aufgrund schlechter schulischer Leistungen stark einschränken kann;
 - bestehende pädagogische Angebote und Maßnahmen werden häufig von den Problemfamilien als Eingriff in ihre Privatsphäre verstanden und daher abgelehnt;
 - umstrittene Sendungen wie z. B. die „Super Nanny“ werden von den Problemfamilien häufig gesehen.

Vor diesem Hintergrund und den aktuellen Entwicklungen ergeben sich für die

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Kinderkommission Forderungen, die sich an unterschiedliche Bereiche und Adressaten richten:

Bereich der Gesetzgebung und institutioneller Einrichtungen:

- während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 sollten Regelungen und Maßnahmen zum Schutz vor rechtswidrigen und sonstigen jugendgefährdenden Inhalten in den Netzen durch Vereinbarungen über internationale Mindeststandards und Aktionsprogramme initiiert werden;
- die rechtlichen Grundlagen im Bereich des Jugendmedienschutzes sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Aktualität vom Gesetzgeber zu überprüfen und ggf. zu novellieren;
- der Dialog mit den Bundesländern ist zu intensivieren, um folgende Eckpunkte zu beraten:
 - über ein Verbot von sog. Killerspielen muss nachgedacht werden
 - die Altersgrenzen für die Freigabe von Filmen und Spielen sowie die Alterskennzeichnung von Computerspielen muss überprüft werden;
- die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sollte sowohl technisch als auch personell adäquat ausgestattet werden, um konsequent und umfassend auf neue Herausforderungen im Bereich der neuen Medien reagieren zu können;
- Kinder und Jugendliche benötigen eine vernünftige Tagesstruktur, daher sollten z. B. Ganztagschulen nachhaltig gefördert werden;
- auf die Gefahren und Konsequenzen einer Spielsucht oder eines missbräuchlichen Handy-Umgangs ist durch den Gesetzgeber und die Spielindustrie mittels einer Aufklärungskampagne, die bis in die Kindergärten und Schulen reichen sollte, gezielt aufmerksam zu machen;
- über eine höhere Besteuerung von Computerspielen mit gewalthaltigem Charakter ist nachzudenken;

Bereich der Betreuung und Beratung:

- Beratungs- und Betreuungsangebote, die sich an Eltern richten, sollten auf ihre Effektivität überprüft und ggf. erweitert werden;
- sozialpädagogische und therapeutische Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen sollten gefördert werden, um Familien in ihren Bestrebungen, sich Medienkompetenz anzueignen, zu unterstützen;
- Eltern-Coaching, gerade von Müttern aus Problemfamilien, kann hier eine sinnvolle Alternative bieten;
- um die Effektivität dieser Maßnahmen zu erhöhen, sollte die Vernetzung von Elternhaus, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Bildungs- und Beratungseinrichtungen sowie der Austausch von Medienschaffenden, Medienpädagogik und Medienwissenschaft intensiviert werden;
- Beratungs- und Betreuungsangebote sollten möglichst wohnortnah und im sozialen Umfeld (z. B. in Arztpraxen oder Bäckereien) der betroffenen Familien zur Verfügung gestellt werden;

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- die Vermittlung von Medienkompetenz sollte möglichst früh beginnen, so könnten z. B. in Schulen Medienarbeitsgruppen eingesetzt werden, in denen Kinder ganz praktisch den Umgang mit den Geräten lernen können;
- die Kontaktaufnahme bzw. die aufgenommene Betreuung der Problemfamilien muss behutsam und gezielt stattfinden, um eine ablehnende Haltung dieser Familien gegenüber den Betreuern und Pädagogen zu verhindern;
- individuelle pädagogische Beratungsangebote (z. B. Telefon-Hotlines) oder Internetangebote sind zu begrüßen, denn sie können einen wirksamen Beitrag leisten, die Eltern in den Problemfamilien besser anzusprechen;
- Informationsmaterialien sind zielgruppenorientiert anzubieten, beispielsweise an die Eltern in Form von DVD´s in Kliniken, Postern oder „Junior-Tüten“;
- grundsätzlich sollten die Angebote niederschwellig, mehrsprachig und elterngerecht ausgerichtet sein;

Bereich der Anbieter und Hersteller von Medien:

- der Zugriff auf jugendgefährdende Internetseiten muss von den Anbietern durch die Implementierung entsprechender technischer Standards stärker verhindert werden, wie sie schon zum Teil von Suchmaschinen berücksichtigt werden, deren Anbieter eine entsprechende Vereinbarung mit der Bundesprüfstelle haben;
- die Gerätehersteller von Handys und mobilen Endgeräten sollten diese in einer kindersicheren Grundkonfiguration ausliefern, bei der riskante, beeinträchtigende und jugendgefährdende Angebote jeweils erst von befugten Personen freizuschalten sind;
- die Einrichtung einer „Elternhotline“ durch die Mobilfunkanbieter kann dies unterstützen;
- die Mobilfunkanbieter sollten ihre Marketingstrategie dahingehend ändern, dass Aspekte wie Jugendschutz oder Sicherheit vor allem in das Blickfeld der Eltern gelangen, um sie so schon vorab für diese Probleme sensibilisieren zu können;
- die Bereitstellung der Informationsmaterialien sollte durch Medienschaffende gefördert werden.

Michaela Noll, MdB

Die Stellungnahme wurde an folgenden Verteiler übermittelt:

- Ministerpräsidenten der Länder
- Bundeskanzlerin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- Bundestagspräsident
- Fraktionsvorsitzende
- Vorsitzende der Ausschüsse:
 1. FSFJ
 2. Bildung
 3. Inneres
 4. Finanzen
 5. Angelegenheiten der Europäischen Union
 6. Kultur und Medien
- Bundesministerien:
 1. BMFSFJ
 2. Bildung
 3. Inneres
 4. Finanzen
 5. Beauftragter der Bundesregierung f. Kultur und Medien

2.2.6. Schutz von Kindern, die in Medienproduktionen beschäftigt sind

Im Rahmen der Bearbeitung des Themas setzte sich die Kinderkommission auch mit der Frage des Schutzes von Kindern bei der Mitwirkung von Medienproduktionen auseinander und erarbeitete die folgende Stellungnahme, die dem Bundesminister für Arbeit und Soziales und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales übermittelt wurde:

Berlin, 25. Oktober 2006

Den Schutz der Rechte des Kindes bei der Mitwirkung an Medienproduktionen stärken

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur Modernisierung und Weiterentwicklung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Der gesetzliche Jugendarbeitsschutz hat sich als unverzichtbarer Teil des Kinder- und Jugendschutzes in der Bundesrepublik bewährt. Der Schutz heranwachsender Kinder und Jugendlicher vor Arbeiten, die sie physisch und psychisch gefährden können, ist ein wichtiger Baustein der öffentlichen Verantwortung für die Befähigung aller Menschen zu einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben. Ein wirksamer Jugendarbeitsschutz sichert den Bestand an qualifizierten und gut ausgebildeten Fachkräften, auf den eine hochentwickelte Wirtschaft angewiesen ist. Nicht zuletzt hängt in einer alternden Gesellschaft die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme davon ab, wie umfassend und nachhaltig der Schutz vor Gefährdungen gerade während der ersten Schritte ins Arbeitsleben realisiert wird.

Das qualitative Niveau und die Reichweite der Sicherheits- und Gesundheitsschutzstandards für die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen dürfen im Rahmen einer Modernisierung und Weiterentwicklung des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht zur Disposition stehen. Der gesetzliche Jugendarbeitsschutz muss insbesondere dort an veränderte Gegebenheiten und Anforderungen angepasst werden, wo die Belange des Kindesschutzes dies erfordern. Der Schutz der Rechte des Kindes muss insbesondere bei Medienproduktionen gestärkt werden. Beispielhaft für diese Herausforderung steht die Entwicklung neuer Medienformate, beispielsweise von Reality-TV-Serien oder Casting-Shows, aber auch die zunehmende Bedeutung von Internetplattformen, in denen Nutzer selbst Bild-, Ton- oder Textinhalte bereitstellen.

Die Kinderkommission regt insbesondere an, die Vorschriften in § 6 JArbSchG daraufhin zu überprüfen, ob sie geeignet sind, eine kindgerechte Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Kindern an Medienproduktionen verbindlich zu regeln. Die Kinderkommission sieht Handlungsbedarf hinsichtlich

- einer eindeutigen Regelung der Beteiligung von Kleinstkindern und Säuglingen an Medienproduktionen,
- einer Stärkung der Rolle des Jugendamts im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 6 Abs. 2 JArbSchG sowie
- einer verbindlichen Hinzuziehung von pädagogischen Fachkräften bei der konkreten Ausgestaltung des Engagements von Kindern in Medienproduktionen.

Darüber hinaus sind alle Beteiligten und insbesondere die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe aufgefordert, durch eine Intensivierung von Beratungs- und Informationsangeboten verstärkt die Wahrung der Belange des Kindesschutzes bei der Beteiligung von Kindern an Medienproduktionen zu fördern und einzufordern.

Michaela Noll, MdB

2.3. Schwerpunktthema Kinder und Gewalt

Das Schwerpunktthema „Kinder und Gewalt“ konnte aus Zeitgründen während der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Vorsitzzeit leider nicht mehr behandelt werden.

In diesem Zusammenhang führte die Kinderkommission in ihrer 11. Sitzung jedoch noch ein Expertengespräch mit Frau Susanna Staets und Herrn Peter Strässer vom Präventivprojekt für Kinder psychisch kranker Eltern (KIPKEL) und beschloss, dieses vorbildhafte Projekt durch eine Stellungnahme bundesweit bekannter zu machen:

Berlin, 3. November 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu Hilfen für die Kinder psychisch kranker Eltern

In Deutschland leben 500.000 Kinder in Familien, in denen ein Elternteil an einer psychischen Erkrankung, einer manischen Depression, Schizophrenie oder Borderline-Persönlichkeitsstörung leidet. Diese Krankheitsbilder unterliegen in der Gesellschaft nach wie vor einem absoluten Tabu, so dass die Erkrankung oftmals „Familiengeheimnis“ mit bedrohlicher Bedeutung für alle Familienmitglieder ist.

Die Kinder können die durch die Krankheit bedingten Verhaltensweisen ihrer Eltern nicht verstehen, sie reagieren mit Ängsten und entwickeln Schuld- und Schamgefühle. Sie sprechen mit niemandem über ihre familiäre Situation, weil sie dies als Verrat am kranken Elternteil empfinden. Die betroffenen Kinder erleben eine enorme psychische und physische Belastung und sind überfordert. Dennoch zeigen sie sich nach außen meist unauffällig und entwickeln aufgrund der vorzeitigen Verantwortungsübernahme häufig sogar ein reifes und selbstständiges Erscheinungsbild. Ihre Belastung und innere Not wird oftmals erst dann offenbar, wenn sie selbst Verhaltensauffälligkeiten zeigen. Sie haben nachweislich ein deutlich erhöhtes Risiko, psychisch zu erkranken.

Weder in der Kinder- und Jugendhilfe noch in der Erwachsenenpsychiatrie werden die betroffenen Kinder als Angehörigengruppe ausreichend wahrgenommen. Diese Kinder brauchen aber dringend Hilfe, und zwar vorbeugende. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden!

Präventionsprojekte für Kinder psychisch kranker Eltern wie zum Beispiel das überwiegend aus privaten Mitteln finanzierte Präventionsprojekt „KIPKEL“ www.kipkel.de sind daher sehr zu begrüßen. Es ist ein Beratungs- und Betreuungskonzept, das in den vergangenen 8 Jahren rund 700 Kindern im Kreis Mettmann in Nordrhein-Westfalen geholfen hat. Die Kinderkommission möchte auf dieses hervorragende Projekt aufmerksam machen und zur Unterstützung und Nachahmung anregen.

Auch die öffentliche Hand sollte verstärkt Hilfestellung für diese Familien leisten und insbesondere im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe hierfür mehr Problembel-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

wusstsein entwickeln. Daneben wäre es wünschenswert, in den Ausbildungen zu medizinischen und pädagogischen Berufen verstärkt auf die Problematik vorzubereiten sowie Lösungsansätze zu vermitteln.

Ziel muss ein bundesweit flächendeckendes Netzwerk aller beteiligten Professionen zum Wohle dieser Kinder sein. Besonders wichtig sind dabei Anlaufstellen, an die sich betroffene Kinder direkt wenden können.

Michaela Noll, MdB

2.3.1. UN-Studie „Gewalt gegen Kinder“

Außerdem hatte die Kinderkommission Gelegenheit, am 2. November 2006 an der Vorstellung der ersten weltweiten UN-Studie „Gewalt gegen Kinder“ in Berlin teilzunehmen. Die von Prof. Paulo Sergio Pinheiro erstellte Studie hat erstmals in systematischer Form das weltweite Ausmaß, die häufigsten Erscheinungsformen und die Ursachen der Gewalt gegenüber Kindern untersucht.

3. Behandlung weiterer Themen

Neben den aufgeführten Schwerpunktthemen befasste sich die Kinderkommission mit einer Reihe weiterer Themen, zu denen sie teilweise auch Stellungnahmen veröffentlichte.

3.1. Kinder- und Jugendhilfegesetz im Rahmen der Föderalismusreform

Im Zuge der Föderalismusreform wandte sich der CVJM-Gesamtverband an die Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, dass die Bundeszuständigkeit für die Jugendhilfe beibehalten bleibt.

Die Kinderkommission sah nach Erörterung des Anliegens zwar nicht die Gefahr, dass der Bund die Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe verliert, befürchtete

aber eine Aushöhlung der Kompetenzen. Sie erarbeitete und veröffentlichte deshalb nachfolgende Stellungnahme:

Berlin, 11. Mai 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu den Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Risiken und Nebenwirkungen ausschließen!

Im zweiten Anlauf für eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung besteht Einmütigkeit darüber, dass die Kinder- und Jugendhilfe Teil der konkurrierenden Gesetzgebung nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 Grundgesetz (GG) bleibt. Die Kinderkommission begrüßt, dass der Bund auch in Zukunft materielles Jugendhilferecht erlassen kann. Dennoch gibt der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (BT-Drs. 16/813) im Zusammenhang mit dem erneut eingebrachten Entwurf eines Zuständigkeitslockerungsgesetzes (BT-Drs. 16/518) Anlass zur Sorge darüber, ob die Substanz der bundesweiten Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erhalten bleibt. Die Föderalismusreform darf nicht zu einer beliebigen Ausdifferenzierung wesentlicher Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe in den Ländern und Kommunen führen. Insbesondere die Neufassung Art. 84 Abs. 1 GG (Art. 1 Abs. 9 Gesetzentwurf) ist so zu gestalten, dass das SGB VIII seinen Charakter als modernes und zukunftsfähiges Leistungsgesetz behält. Ein gemeinsamer Rahmen von Standards und Strukturen bleibt auch weiter eine Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen. Wert und Erfolg der Reform sind deshalb daran zu messen, ob unerwünschte Risiken und Nebenwirkungen im Vorfeld ausgeschlossen werden:

- Es muss zuverlässig gewährleistet sein, dass Betroffene, Fachkräfte und Freie Träger, aber auch kooperierende Behörden und Gerichte zukünftig bundesweit zweigliedrig organisierte und klar identifizierbare Jugendämter auf der Ebene der Kommunen und Länder vorfinden.
- Die Bereitstellung eines gleichwertigen Angebots an Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder, Jugendliche und Familien muss auch durch zentrale Verfahrensregelungen im SGB VIII unterstützt werden. Die verlässliche Qualität der Angebote sowie die angemessene Gestaltung von Barrieren der Inanspruchnahme sind bundesweite Anliegen und dürfen nicht durch örtliche Prioritätensetzungen gefährdet werden.

Die Kinderkommission setzt sich auf Basis dieser Kriterien dafür ein, dass die Föderalismusreform im Rahmen der parlamentarischen Beratungen daraufhin überprüft wird, ob eine umfassende bundesweite Zuständigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt bleibt.

Michaela Noll, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Die Stellungnahme wurde an folgenden Verteiler übermittelt:

- Ministerpräsidenten der Länder
- Bundestagspräsident
- Fraktionsvorsitzende
- Vorsitzende der Ausschüsse:
 1. FSFJ
 2. Recht
- Bundesministerien:
 1. BMFSFJ
 2. Justiz

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nahm die Stellungnahme der Kinderkommission als Ausschussdrucksache 16(13)80 zur Kenntnis und bezog sie in seine abschließende Beratung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes BT-Drs. 16/813 mit ein.

3.2. Unterstützung einer Petition zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung

Im Jahr 2005 hatte der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Petition des PFAD-Bundesverbandes zur Ausweitung der rentenrechtlich anzuerkennenden Kindererziehungszeiten für einen Zeitraum von drei Lebensjahren für Eltern von Adoptivkindern (bis zur Vollendung des 8. Lebensjahres des Kindes) der Bundesregierung als Material überwiesen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis gegeben.

Da eine entsprechende parlamentarische Initiative bisher nicht erfolgt war, wandte sich der PFAD-Bundesverband an die Kinderkommission mit der Bitte um weitere Unterstützung. Nach Erörterung des Themas in der Kommissionssitzung verfasste

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

die Kinderkommission die nachfolgende Stellungnahme und leitete sie dem zuständigen Ministerium sowie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zu.

Berlin, 27. September 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestags zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung für Adoptivkinder Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei Annahme älterer Kinder!

Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung knüpft bei leiblichen wie bei angenommenen Kindern an den Tag der Geburt des Kindes an. Die Aufnahme von Kindern im Alter von über drei Jahren bzw. - bei Geburten vor dem 1. Januar 1992 - von über einem Jahr wirkt sich deshalb nicht oder allenfalls begrenzt rentensteigernd aus. Die Erziehungsleistung von Eltern älterer Adoptivkinder bleibt die rentenrechtliche Anerkennung ganz oder teilweise versagt.

Mit Beschluss vom 7. September 2005 hatte der Deutsche Bundestag eine entsprechende Petition zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung für Adoptivkinder über das dritte bzw. erste Lebensjahr hinaus (Pet 3-15-15-8214-013953) der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung als Material überwiesen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis gegeben.

Die Kinderkommission appelliert an die Beteiligten, den Beschluss des Bundestages nochmals zur Kenntnis zu nehmen, die geforderten Änderungen zu erörtern und zugunsten der betroffenen Adoptiveltern aktiv zu werden. Wie dort ausgeführt, ist es nicht gerechtfertigt, gerade die Eltern, die bereit sind, ältere Kinder zu adoptieren, vom Anspruch auf Kindererziehungszeiten auszugrenzen bzw. den Anspruch einzuschränken.

Es wäre wünschenswert, wenn noch viel mehr ältere, zur Adoption stehende Kinder die Chance erhielten, in einer Familie aufzuwachsen, weshalb insbesondere die Eltern, die diesen gegenüber der Adoption eines Kleinkindes schwierigeren Schritt wagen, eine rentenrechtliche Gleichstellung erfahren sollten. Ihre Erziehungsleistung geht über das hinaus, was üblicherweise erforderlich ist. Denn gerade im Fall der Adoption älterer Kinder ist es dringend notwendig, ihnen in der neuen Familie mit umfassender Präsenz und Zugewandtheit entgegen zu kommen, damit sie nach häufig schwerwiegenden vorausgegangenen psychosozialen Belastungserfahrungen noch die Chance nutzen können, in einem Familienverband heimisch zu werden, Entwicklungsverzögerungen zu kompensieren und psychophysische Störungen zu minimieren. Ohne besonders intensive und engagierte Zuwendung seitens der Adoptiveltern kann dies nicht gelingen. Belastungen, die über das Normalmaß hinausgehen und zwangsläufig auch berufliche Einschränkungen mit sich bringen, sind unvermeidbar. Dies sollte durch den Gesetzgeber gewürdigt und anerkannt werden! Wegen der umfangreichen Einzelheiten wird auf den beigefügten Beschluss des

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Deutschen Bundestages verwiesen.

Michaela Noll, MdB

3.3. Schutz von Kindern vor Passivrauchen

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin bat die Kinderkommission um Unterstützung im Hinblick auf das Thema „Schutz von Kindern vor Passivrauchen“. Die Beratungen der Problematik in der Kinderkommission mündeten in die nachfolgende Stellungnahme, die an folgenden Verteiler übermittelt wurde:

- Fraktionsvorsitzende
- Vorsitzende der Ausschüsse:
 1. FSFJ
 2. Gesundheit
 3. Recht
 4. Landwirtschaft
 5. Arbeit und Soziales
 6. Verkehr
 7. Tourismus
- Bundesministerien:
 1. BMFSFJ
 2. Justiz
 3. Landwirtschaft
 4. Arbeit und Soziales
 5. Verkehr

Berlin, 3. November 2006

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Schutz von Kindern vor den Folgen des Passivrauchens

In Deutschland wachsen mindestens 50 % aller Kinder in Haushalten auf, in denen geraucht wird. Insbesondere kleinere Kinder halten sich überwiegend in Innenräumen auf und haben keine Möglichkeit, dem Passivrauchen zu entgehen.

Tabakrauch ist der gefährlichste Schadstoff in Innenräumen. Die Konzentration der in die Raumluft abgegebenen Substanzen ist zum Teil höher, als der vom Raucher inhalierte Rauch. Kinder sind gegenüber Tabakrauch besonders empfindlich, da ihre Organe und das Immunsystem noch nicht voll entwickelt sind und sie eine höhere Atemfrequenz haben.

Passivrauchen führt bei Kindern zu einem erhöhten Risiko für:

- plötzlichen Kindstod,
- Asthma Bronchiale,
- Mittelohrentzündung,
- Atemwegsinfektionen,
- andere chronische Lungenerkrankungen,
- verminderte körperliche Leistungsfähigkeit,
- Störung des Allgemeinbefindens,
- eigenem Einstieg in das Rauchen mit allen seinen negativen Folgen.

Die Kinderkommission appelliert an alle Eltern und Personen, die mit Kindern zusammenleben, sich ihrer Verantwortung für die Gesundheit ihrer Kinder bewusst zu machen und sie vor Tabakrauch zu schützen. Maßnahmen sind:

- Vermeidung des Rauchens in geschlossenen Räumen im Beisein der Kinder.
- Verzicht auf das Rauchen im Auto oder Zugabteil, wenn Kinder mitfahren. Gerade hier erhöht sich die Konzentration der Schadstoffe um ein Vielfaches.
- Tabakkonsum soweit wie möglich im Freien.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert. Dort heißt es, dass die Vertragsstaaten das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit anerkennen und bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist. Der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010 formuliert diese Zielsetzungen aus.

Die Kinderkommission fordert deshalb:

- Die Schaffung von rauchfreien öffentlichen Einrichtungen, insbesondere an Orten, die häufig von Kindern besucht werden. Dazu gehören u. a. Kindergärten, Schulen, Sportstätten, Einkaufszentren, Gastronomie sowie öffentliche Transportmittel.
- Warnhinweise auf allen Tabakprodukten auf die Gefahren des Passivrauchens für Kinder.
- Aufnahme der Gefahren des Passivrauchens für Kinder in Maßnahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von pädagogischen und Gesundheitsberufen.
- Verstärkte breitenwirksame Aufklärung und Information zum Schutz von Kindern vor Passivrauchen.

Michaela Noll, MdB

3.4. Kinder und Gesundheit

Eine Reihe weiterer Themen, die in der Vorsitzzeit an die Kinderkommission herangetragen wurden, betrafen die Gesundheitsreform. Im einzelnen ging es dabei u. a. um die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher, die Aufnahme des Neugeborenen-Hörscreenings in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenkasse sowie zahlreiche Maßnahmen der medizinischen Versorgung, der Prävention und Rehabilitation für Kinder und Jugendliche. Diesen Themenkomplex konnte die Kinderkommission während der Vorsitzzeit der Abg. Michaela Noll nicht mehr abschließend bearbeiten, er wird in der Vorsitzzeit der Abg. Marlene Rupprecht fortgeführt, die dieses Thema auch als Schwerpunkt gesetzt hat.

4. Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission

4.1. Beteiligung der Kinderkommission an den Kindertagen des Deutschen Bundestages

Während der Vorsitzzeit beteiligte sich die Kinderkommission an den Kindertagen des Deutschen Bundestages am 13. März, 22. Mai und 18. September 2006. Kinder können an diesem Tag im Rahmen einer kindgerechten Führung das Reichstagsgebäude kennenlernen und etwas über die politische Arbeit dort erfahren. Dabei hatten sie dann jeweils auch Gelegenheit, mit den Mitgliedern der Kinderkommission und ihren Stellvertretern zu sprechen. Diese standen den kleinen Besuchern für Fragen und Anregungen zur Verfügung und verdeutlichten ihnen Aufgabe und Arbeitsweise der Kinderkommission. Gern angenommen wurde auch stets das umfangreiche, kindgerecht aufgearbeitete Informationsmaterial über das politische Geschehen, das die Kinder von den Kommissionsmitgliedern erhielten.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



Die Vorsitzende der Kinderkommission, Abg. Michaela Noll, zeigt den Kindern die Mitglieder der Kinderkommission

4.2. Ortstermin bei Berliner Schülerlotsen am 29. Juni 2006, 7.30 bis 8.00 Uhr

Berliner Schülerlotsen der Herz-Jesu-Schule baten die Kinderkommission um Unterstützung. Sie beklagten, dass viele Autofahrer sie rücksichtslos in ihrer Tätigkeit behinderten. Die Kinderkommission beschloss daraufhin, den Lotsen vor Ort Hilfestellung zu leisten. Am 29. Juni 2006 um 7.30 Uhr suchten die Mitglieder die Charlottenburger Schule auf und bemühten sich, den Autofahrern im Gespräch und mit dem nachfolgend abgedruckten Flugblatt die Wichtigkeit der Lotsentätigkeit zu verdeutlichen.

**Kinderkommission des Deutschen Bundestages
unterstützt die Schülerlotsen der Herz-Jesu-Schule
und fordert alle Autofahrer auf:**

„Runter vom Gas!“

Straßenverkehr kostet jährlich mehrere Hundert Kinderleben.

Schülerlotsen helfen, dies zu verhindern. Sie haben eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie sorgen dafür, dass die ihnen anvertrauten Grundschüler sicher und wohlbehalten ihren Schultag beginnen. Viele Unfälle können durch das freiwillige, bei Wind und Wetter ausgeübte Engagement der Lotsen verhindert werden.

Schülerlotsen verdienen Respekt und Achtung in ihrem Amt. Rasen, Drängeln, Aggressivität und Beschimpfungen kommen leider immer wieder vor. Damit sollte künftig Schluss sein.

Die Mitglieder der Kinderkommission, die Bundestagsabgeordneten Michaela Noll, Marlene Rupprecht, Miriam Gruß, Diana Golze und Ekin Deligöz, fordern alle Autofahrer auf, die Schülerlotsen durch rücksichtsvolles Verkehrsverhalten in ihrer Aufgabe zu unterstützen.

Für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr sind alle Verkehrsteilnehmer verantwortlich!

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)



Die Mitglieder der Kinderkommission, die Abgeordnete Diana Golze, DIE LINKE., die Vorsitzende Michaela Noll, CDU/CSU, Ekin Deligöz, Bündnis 90/Die Grünen und Miriam Gruß, FDP, mit Berliner Schülerlotsen der Herz-Jesu-Schule

4.3. Naturfreundejugend Deutschlands - Kindergipfel in Duisburg am 27. Mai 2006

Auf dem Kindergipfel der Naturfreundejugend Deutschlands in Duisburg überreichten die beteiligten Kinder und Jugendlichen der Vorsitzenden der Kinderkommission den von ihnen erarbeiteten „Zukunftsvertrag 2006“.

Einer der Wünsche aus diesem Vertrag bezog sich darauf, auf europäischer Ebene einen Kindergipfel zu veranstalten. Die Kinderkommission griff diesen Wunsch gerne auf und richtete ein Schreiben an alle deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der Bitte, vor dem Hintergrund der für die kommenden Jahre vorgesehenen EU-Kinderrechtsstrategie einen europäischen Kindergipfel zu initiieren.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

5. Gesprächstermine der Kinderkommission außerhalb ihrer Sitzungen

- 5.1. Gespräch mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Magdeburg-Stendal im Rahmen einer Exkursion zum Thema „Aufgaben und Ansätze der Kinderkommission am 23. Februar 2006
- 5.2. Gespräch mit Herrn Florian Dallmann, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der BRD e. V. (aej) am 8. März 2006
- 5.3. Gespräch mit dem Bundesjugendwerk der AWO zum Thema „Kinderarmut und Kinderrechte“ am 16. März 2006

Der Gesprächstermin mit dem Bundesjugendwerk der AWO und der Kinderkommission mündete auf Anregung des Bundesjugendwerks der AWO in einer schriftlichen Vereinbarung:

*Vereinbarung
zwischen der Projektgruppe „Kinderpolitik den Rücken stärken!“ des
Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt e. V.
und der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission) des Deutschen Bundestages im Rahmen des
„Projekts P – misch Dich ein“ – Come in Contract*

Die Kinderkommission verpflichtet sich zur intensiven Befassung mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in der BRD.

Diese Verpflichtung beinhaltet:

Für das Jahr 2006:

die Hervorhebung des Themas „Bekämpfung von Kinderarmut“ innerhalb der Diskussion zum 12. Kinder- und Jugendbericht im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend;

Für das Jahr 2007:

- a) *die Kinderkommission berät über den Resolutionsentwurf der Come-in-Contract-Projektgruppe des Bundesjugendwerkes der AWO und informiert über die Ergebnisse dieser Beratung;*
- b) *das Verfassen eines Schreibens mit der Bitte um Unterstützung der Arbeit der Projektgruppe, das die Experten-Befragung erleichtern soll.*

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Für das Jahr 2008 in der Vorsitzzeit von Frau Golze:

- a) *die Anhörung von ExpertInnen u. a. zu den Themen Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendverbandsarbeit, Familie und Sozialhilfegesetzgebung (Hartz IV) im Zusammenhang mit der Problematik der Kinderarmut;*
- b) *als ExpertInnen für diese Themen werden z. B. angehört: WissenschaftlerInnen, BildungsexpertInnen, ExpertInnen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Jugendverbände, der Wohlfahrtsverbände sowie des Kinderschutzbundes. Bei den ExpertInnen-Anhörungen wird insbesondere darauf geachtet, dass Kinder und Jugendliche auch direkt einbezogen werden;*
- c) *dieser Prozess soll aktiv durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages begleitet werden.*

Die Projektgruppe „Kinderpolitik den Rücken stärken!“ des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt e. V. verpflichtet sich dazu, sich intensiv mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in der BRD zu befassen.

Diese Verpflichtung beinhaltet:

- a) *die Durchführung von ExpertInnen-Befragungen aus den o. g. Bereichen;*
- b) *auf Grundlage ihrer Ergebnisse erarbeitet die Projektgruppe eine Resolution zum Thema „Bekämpfung von Kinderarmut“ und reicht sie der Kinderkommission ein;*
- c) *ebenfalls auf Grundlage ihrer Ergebnisse erarbeitet die Projektgruppe einen Antrag zum Thema Kinderarmut zur 16. Bundesjugendkonferenz des Bundesjugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt e. V.;*
- d) *dieser Prozess soll aktiv durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesjugendwerkes der AWO begleitet werden.*

- 5.4. Gespräch mit Herrn Michael Salchow - Interessenverband Unterhalt und Familienrecht (ISUV) am 28. März 2006
- 5.5. Gespräch mit dem Deutschen Bundesjugendring am 11. Mai 2006
- 5.6. Gespräch mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. zum Thema „Kinder - Lesen - Zeitungen - Bildung“ am 16. Mai 2006
- 5.7. Kinderkoalitionsgespräch mit der National Coalition zum Thema „Monitoring der Kinderrechte“ am 28. Juni 2006
- 5.8. Gespräch mit dem Kindernetzwerk e V. zum Thema „Umsetzung des GMG“ am 28. September 2006
- 5.9. Gespräch mit Vertretern der National Coalition wegen der Möglichkeit der Übernahme der Funktion einer Beschwerdeanlaufstelle im Rahmen des Beschwerdemanagements zur UN-Kinderrechtskonvention am 20. Oktober 2006

6. Grußworte der Kinderkommission

6.1. Grußwort der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur 8. Internationalen Kinder- und Jugendfilmwoche des KinderKulturZentrums Raiteberg (KiKuZ)

Berlin, 29. Juni 2006

Die Idee des Konstanzer KinderKulturZentrums, den Schwerpunkt der 8. Internationalen Kinder- und Jugendfilmwoche unter das Motto „Geschichten aus 1001 Nacht – Kino für Toleranz“ zu stellen und schwerpunktmäßig Kinder- und Jugendfilme aus den islamischen Staaten zu zeigen, wird von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages als ein gelungener Baustein zu mehr Integration sehr begrüßt.

Integration stellt nicht nur Anforderungen an die Migranten, sondern fordert auch die einheimische Bevölkerung zur Auseinandersetzung und zum Verständnis mit den Kulturen, die in Deutschland leben, auf. Je früher das Interesse von Kindern und Jugendlichen hieran geweckt wird, umso selbstverständlicher wird für sie der Umgang mit anderen Sitten und Gebräuchen und das Erlernen von Toleranz. Das Medium Film kann hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Kindern und Jugendlichen wird eine für sie fremde Welt nahe gebracht, wie es ansonsten nicht möglich wäre.

Gerade über den Islam, seine Inhalte und die daraus resultierende Lebensweise sind bei Kindern und Jugendlichen oft nur wenige Kenntnisse vorhanden. Die vom KinderKulturZentrum für die Filmwoche ausgesuchten hervorragenden Filme können dies ändern und auch einen Beitrag dazu leisten, bestehende Ängste und Vorurteile abzubauen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages, die Abgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht (SPD), Miriam Gruß (FDP), Diana Golze (DIE LINKE.) und Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), wünscht den Besuchern der 8. Internationalen Kinder- und Jugendfilmwoche viel Freude beim Anschauen der Filme, lebhafte und interessante Diskussionen über deren Inhalte sowie zahlreiche Erkenntnisse.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

6.2. Grußwort zum Bundeswettbewerb der Schülerlotsen 2006 im Europapark Rust

Berlin, 20. Oktober 2006

Liebe Schülerlotsen,

Ihr vertretet heute die 55.000 Mädchen und Jungen, die bundesweit dafür sorgen, dass die jungen Mitschüler einen sicheren Schulweg haben. Früheres Aufstehen, Wind und Wetter, ein anstrengender Schultag, dies alles macht Euch nichts aus, Ihr verrichtet zuverlässig und umsichtig Euren Lotsendienst. Ihr tragt dabei eine große Verantwortung. Das ist eine tolle Leistung! Es ist großartig, dass es bis heute an keiner der von Schülerlotsen gesicherten Stelle einen tödlichen Verkehrsunfall gegeben hat. Dies ist Euer aller Verdienst, darauf könnt Ihr stolz sein.

Als Dankeschön für das freiwillige Engagement der Schülerlotsen lädt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages Teilnehmer des im kommenden Jahr stattfindenden Bundeswettbewerbs in den Deutschen Bundestag ein. Viele von Euch sind sicher im Jahr 2007 wieder dabei. Die Kommissionsmitglieder freuen sich schon, Euch kennenzulernen.

Für heute wünscht Euch die Kinderkommission einen spannenden und lehrreichen Bundeswettbewerb und vor allem viel Spaß dabei. Alle, die hier sind, haben ja schon als Landessieger bewiesen, dass sie zur Spitzenriege der Schülerlotsen in der Bundesrepublik Deutschland gehören.

Viele Grüße aus Berlin

Eure Kinderkommission des Deutschen Bundestages

7. Öffentlichkeitsarbeit

7.1. Broschüre der Kinderkommission

Die Kinderkommission beschloss, ihre Informationsbroschüre der 14. und 15. Wahlperiode nicht erneut aufzulegen, sondern mit einem neuen Konzept die Kinder und Jugendlichen über ihre Arbeit zu informieren. Künftig soll es Informationsmaterial der Kinderkommission für die unterschiedlichen Altersgruppen geben. Die Beratungen über das Konzept konnten während der Vorsitzzeit noch nicht abgeschlossen werden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

7.2. Pressekonferenzen

Während der Vorsitzzeit fanden zwei Pressekonferenzen statt:

06.02.2006 Presseöffentliche Konstituierung der Kinderkommission

31.05.2006 Presseöffentlicher Kindersportgipfel

7.3. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission hat in der Vorsitzzeit von MdB Michaela Noll nachfolgende Pressemitteilungen herausgegeben (**siehe Anlagen 1 - 23**):

- | | |
|------------|---|
| 06.02.2006 | Presseöffentliche Konstituierung der Kinderkommission im Beisein der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ursula von der Leyen |
| 08.02.2006 | Kinderkommission konstituiert: Rechte der Kinder im Mittelpunkt |
| 20.02.2006 | Kinderkommission des Bundestages zum „Internationalen Tag der Muttersprache“: Lesekompetenz und Mehrsprachigkeit besser fördern |
| 10.03.2006 | Kinder haben Gelegenheit, an den Kindertagen des Deutschen Bundestages Mitglieder der Kinderkommission zu treffen |
| 31.03.2006 | Kinderkommission des Bundestages zum Internationalen Kinderbuchtag: Bücher sind unverzichtbar für die Entwicklung von Kindern! |
| 07.04.2006 | Kinderkommission zum Weltgesundheitstag (WHO): Mehr Bewegungschancen für alle Kinder! |

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- 26.04.2006 Kinderkommission des Bundestages zum „Girls' Day“ am 27. April 2006: Mädchen stehen alle Berufe offen Arbeitsmarktchancen nutzen
- 15.05.2006 Die Kinderkommission zum „Ersten Deutschen Familientag“: Ein starker Tag für Familien in Deutschland
- 17.05.2006 Kinderkommission zur Föderalismusreform: Risiken und Nebenwirkungen ausschließen!
- 24.05.2006 Zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2006 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages: „Eltern vermisster Kinder brauchen Unterstützung“
- 29.05.2006 Fairness und gelungene Integration - die Kleinen machen's den Großen vor
Kinderkommission veranstaltet Kindersportgipfel in Berlin
- 01.06.2006 Nationalspielerin Ariane Hingst und Dr. Theo Zwanziger zu Gast bei der Kinderkommission
- 09.06.2006 Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit
- 15.06.2006 „Kinder und Sport“ - Kinderkommission des Bundestages lädt in die Bundestagsarena ein
- 26.06.2006 „Runter vom Gas!“ - fordert die Kinderkommission des Deutschen Bundestages alle Autofahrer auf
- 29.06.2006 Mit Sport Kinder schneller fit fürs Leben machen
Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Sport“
- 19.09.2006 Kinderkommission des Bundestages zum Weltkindertag: „Gemeinsame globale Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen“
- 22.09.2006 Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Tag der Integration am 25. September 2006: „Integration fängt bei den Kleinen an!“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

11.10.2006	Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema Kinder und Medien „Medienkompetenz - wie erreichen wir Problemfamilien?“
13.10.2006	Kinderkommission zum Welternährungstag: „Ran an den Speck - Kindern mehr Ernährungswissen vermitteln“
25.10.2006	Den Schutz der Rechte des Kindes bei der Mitwirkung an Medienproduktionen stärken Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur Modernisierung und Weiterentwicklung des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes
02.11.2006	Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusgemäßen Wechsel im Vorsitz
06.11.2006	Stellungnahme und Forderungen der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Medien“

7.4. Internetbriefkasten

Während der Vorsitzzeit gingen 493 Anfragen und Mitteilungen von Kindern und teilweise auch Erwachsenen ein.

Nachfolgend einige Beispiele:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

An: kinderkommission\@bundestag.de

Betreff:
Hallo im Bundestag,

wie geht es Euch? Ich habe da mal ein paar Fragen. Ich gehe in die dritte Klasse einer Ganztagschule hier in Kempten und bin eine fleißige Schülerin. Meine Mama sagt das muss man sein wenn man mal einen schönen Beruf haben will der auch Spass macht. Ich möchte mal Bundeskanzlerin werden. Meine Mama findet einfach keine Arbeit naja eine Arbeit hat sie schon so einen 400€ Job. Aber sie muss trotzdem ganz oft zum Amt gehen. Sie sagt sie muss Geld beantragen? Warum reicht das Geld eigentlich nicht das meine Mama verdient? Und warum will niemand eine Mutti einstellen? Ich habe da nämlich mal gelauscht und traue mich nicht zu tragen denn dann kommt ja raus das ich gelauscht habe. Meine Mama weint oft und ist sehr traurig weil sie machen kann was sie will und es wird nicht besser. Dieses Jahr habe ich gesagt das ich nicht auf den Jahrmarkt möchte weil der doof ist, aber in Ehrlich wäre ich schon gerne hingegangen. Naja da sind noch so viele Fragen die ich habe und ich kann keine Antwort finden. Du vielleicht?

An: Kinderkommission@bundestag.de

Betreff: Nachricht an die Kinderkommission

Sehr geehrte Bundesregierung,

wir die Klasse 5a einer Realschule
aus Gummersbach(NRW)möchten Ihnen
einen Vorschlag machen: im Politikunterricht haben wir das Thema

Familie durchgenommen. Wir möchten Ihnen vorschlagen mehr Kindergeld zuzahlen,damit es in Deutschland mehr Kinder gibt.Familien mit Kindern brauchen viel Geld,um ihre Kinder versorgen.Vor allem Arbeitslose haben nicht sehr viel Geld.Wir denken,dass wir in Deutschland mehr Kinder brauchen, damit später die Rente für die älteren Menschen bezahlt werden kann.Wie finden sie diesen Vorschlag?

Mit freundlichen Grüßen Klasse 5a

An: kinderkommission\@bundestag.de

Betreff:
Ich finde diese Organisation sehr sinnvoll,da die meisten Kinder nichts von Politik wissen und so kindgerechte Informationen bekommen ,

WEITER SO ...

Liebe Grüße Joanna

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

An: kinderkommission@bundestag.de
Betreff: Hey.
Hey.

Ich finde es schön, dass auch an die Kinder gedacht wird und so ein Kinderbriefkasten errichtet worden ist. Unsere Schule (Marienschule, Limburg) hat seit dem 8. Schuljahr Politik und Wirtschaft als Unterrichtsfach und so haben wir auch schon sehr viel über die Politik kennengelernt. Deshalb finde ich es schlecht, dass nur Erwachsene abstimmen können, da sich auch die Jugendlichen damit auseinandersetzen und manchmal mehr als manche Erwachsene wissen. Erst mal müsste es dann aber eine Volksabstimmung, wie sie es auch in anderen Ländern gibt, bei uns eingeführt werden. Wie schon im Mittelalter bewiesen worden ist, ist ein Alleinherrscher nicht immer das Beste, sonst würde es sie ja jetzt noch geben. Wir haben hier ja zwar keinen Alleinherrscher doch ist das Volk manchmal einer anderen Meinung und somit wäre doch eine Volksabstimmung besser. Warum nicht? Und wir, zumindest die etwas von der Politik verstehen (man könnte ja das Unterrichtsfach in jeder Bildungsart unterrichten) könnten dann für bestimmte Sachen, die auch uns selber betreffen, abstimmen. Zum Beispiel wären das Ganztagschulen, es ist schon klar das was geändert werden muss, da wir so schlecht bei PISA abgeschnitten haben, aber müssen Ganztagschulen kommen? In der Schule wo ich bin könnte das gar nicht gehen, da wir nicht genug Platz haben, wo alle Schüler Mittag essen könnten (Ausbaumöglichkeiten haben wir keine). Und was versprechen sie sich eigentlich unter Ganztagschulen? Was soll besser werden?

Zudem finde ich das es einige Mängel in unserem Gesetzbuch gibt. Zum Beispiel jemand wird angezeigt. Der Angeklagte hat eine Rechtsschutzversicherung, diese übernimmt aber nicht, weil es z.B. Hausfriedensbruch war. Also muss sich der Angeklagte der Polizei ausweisen und somit alle seine Angaben der Polizei freigeben. Er muss zum Anwalt und dann die Kosten bezahlen. Natürlich muss man sich auch Frei nehmen und somit auch Zeit beanspruchen. Das ist ja alles ok, aber was ist wenn er zu Unrecht angeklagt wurde, und was ist wenn der Kläger das z.B. nur aus Rache gemacht hat. Dies ist auch unserer Familie passiert. Mehrere Zeugen können beweisen, dass der Kläger lügt. Doch wir bleiben auf den Kosten und können sie nur wegen Verleumdung anklagen.

Warum gibt es kein Gesetz, dass bei so einem Fall etwas tut. Man könnte ja dem Kläger 80 Stunden Sozialarbeit auferlegen und natürlich muss er dann auch noch das Geld bezahlen, das der Angeklagte wegen ihm ausgeben musste.

Zu unserem Arbeitsverhältnis wollte ich sagen: Es gibt so viel Arbeitslose. Ihr Arbeitsplatz ist gesichert, sie haben keine Geldprobleme, aber was soll nach ihrer Meinung nach ein Vater mit zwei Kindern machen, wenn er weiß das seine Firma z.B. nach China umzieht, weil ein Ausbau von einem Flughafen veranlasst worden ist. Ein 40jähriger Mann hat fast keine Chancen mehr eine Arbeitsstelle in seiner Umgebung zu bekommen. Und denken sie das Arbeitslosengeld reicht? Haben sie schon mal so gelebt?

Mfg Nicola

An: Kinderkommission@bundestag.de
Betreff: Nachricht an die Kinderkommission

Wir, Anna 11 Jahre und Rebecca 8 Jahre, finden es total bloed, dass der Kultur- und Medienausschuss des Bundestages beschlossen hat, den Sendebetrieb von German TV in den USA ab dem 31.12. 2005 einzustellen. Wir sind sehr traurig, dass wir jetzt nicht mehr die Sendung mit der Maus, Wissen macht Aahh, Loewenstein usw. schauen koennen. Das DW-TV und Sat1/ProSieben/N24, das als Alternative zum German TV angeboten wird, sendet ueberhaupt nichts Vernuenftiges fuer Kinder, nur bloedes Zeug. Koennen Sie uns bitte das German TV wieder zurueckgeben? Wir sind sehr sehr traurig... Anna und Rebecca

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

An: kinderkommission\@bundestag.de

Betreff:

Was ich zu sagen habe ist folgendes: Ich denke die Wurzel das wir in Deutschland zuwenig Kinder haben liegt nicht direkt an der fehlenden Kinderbetreuung und am Geld sondern zuerst einmal grundsätzlich richtet sich unsere Gesellschaft in allen Bereichen an Erwachsene. Erst wenn wir Platz für Kinder schaffen und die kleinen Persönlichkeiten wahrnehmen lernen Die Bereicherung durch Sie entdecken und die Liebe zu dem Wunder Kind könnten wir es auf lange Sicht schaffen ein kinderfreundliches Deutschland zu gestalten.

Konkret stelle ich mir folgendes vor:

Wenn jemand umweltbewußt baut bekommt er dafür Zuschüsse. Ein Öko Auto wird bezuschußt..... warum nicht kinderkonzipierte Dinge Kurse, Räume, Fortbildungen... Wenn ein Hallenbad z.B einen extra Raum liebevoll gestaltet für Wickelkinder durch zB: Wickelkommode, Mikro für Gläschen warmmachen.... dann soll es dafür einen Zuschuss geben. Wenn das Hallenbad sich nicht dafür entscheidet so muß es auch dies finanziell spüren, so wie es ein Eigentümer eines alten Autos spürt der vielmehr KFZ Steuer bezahlt als ein Eigentümer eines neuen Autos. Ich kann mir sogar vorstellen wenn Eltern bestimmte Kurse besuchen die sich ums Kind drehen. B: Peking Gruppe, Mimiclub, Ernährung fürs Kind.....dann sollen sie Bonus Punkte sammeln können die sich auf z:B das Erziehungsgeld anrechnen lassen können. Bei Krankenkassen bekommt man Bonus Punkte wenn man sich indirekt über Gesundheitskurse, Vorsorgen gesund hält. Es geht eigentlich dabei um ein Umdenken der Menschen für das positive Bewußtsein zum Kind über Belohnungsmaßnahmen.

In allen Bereichen müßte es rechtlich so aussehen. Wenn Kinder in irgendeiner Weise miteinbezogen werden muß es belohnt werden und wenn Das Thema Kind fehlt und sei es in Form einer fehlenden Kinderbetreuung in einer Firma muß es finanziell richtig weh tun, so das man gerne überlegt, was man kindgerecht in seiner Firma ,Gebäude, Kaufhaus, Gemeinde, Familie einfließen läßt.

Um Ihre Meinung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

An: kinderkommission\@bundestag.de

Betreff:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Ärztin und beschäftige mich seit einer Diskussion mit jungen Polizisten mit der Frage, ob Apotheken berechtigt sind Arzneimittel an Minderjährige zu verkaufen (Suchtpotential, Letalitätsdosis...) b.z.w. ob Apotheken Minderjährigen Arzneimittel auf Rezept für Familienangehörige aushändigen dürfen. Gibt es hierzu eine Rechtsverordnung? Viele Grüße

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

8. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

Abg. Michaela Noll

Februar 2006

10. Besuch im Kinderhospiz Sonnenhof Berlin e. V.

März 2006

8. KiKo-Termin: Gespräch mit Herrn Dallmann, aej und Bundesjugendring, Berlin
8. Parlamentarischer Abend der Lebenshilfe, Berlin
13. Kindertag des Bundestages, Berlin
16. AWO „Kinderrechte und Kinderarmut“
Besuch des Projekts „MoKi“, Kita der AWO durch den Minister, Berlin
22. Armin Laschet, Monheim
28. Frühstück: „Ökumenischer Kreuzweg der Jugend 2006“, Berlin
28. Gesprächstermin KiKo mit Herrn Salchow, ISUV, Berlin
31. Musical-Premiere „Luna“ der Musikschule Monheim, Monheim

April 2006

22. Unterrichtseinheit im Gymnasium Hochdahl, Themen: Kinderrechte, ggf. Warnschussarrest, Erziehung, Vernachlässigung von ,Kindern
Kinderkommission, von der Leyen, Erkrath
- 27./28. Medienkompetenz „Zauberwort oder Leerformel des Jugendmedienschutzes?“, ZDF in Mainz

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Mai 2006

9. 11. Deutscher Präventionstag, Nürnberg
11. Termin mit Bundesjugendring, Berlin
13. Aktion „Flower-Power“ des Jugendparlaments Hilden, Hilden
16. Termin mit Bundesverband Deutscher Zeitungleser „Zeitung4you“, Berlin
16. Parlamentarischer Abend der International Play Association „Einbindung von Kindern und Jugendlichen in unsere Gesellschaft, Berlin
17. National Coalition UN-Kinderrechtskonvention - Aktion für ein kindergerechtes Deutschland, Berlin
22. Kindertag des Deutschen Bundestages, Berlin
24. Hildener Stöbertag, 400 Kinder aus 4. Klassen nehmen Arbeitsstätten unter die Lupe, Stadt Hilden-Jugendamt
27. Kindergipfel der Naturfreunde Deutschlands, Duisburg
29. Preisverleihung Deutscher Präventionspreis 2006 „Stärkung der Elternkompetenz in der Schwangerschaft und frühen Kindheit“, Berlin
30. Besuchergruppe Montessori-Grundschule aus Berlin-Treptow
31. Kindersportgipfel, Berlin

Juni 2006

9. Tagespraktikum MoKi, Monheim
10. Besuch im Zirkus Willibelli der Grundschule Willbeck, Erkrath
12. Besuch eines Pflegenestes: Kunterbunt/Traumquelle, Stadt Hilden, Amt für Jugend
21. Veranstaltung der KiKo: „Kinder und Bewegung“, Berlin
28. Treffen mit der National Coalition „Monitoring der Kinderrechte“, Berlin
29. Ortstermin bei Berliner Schülerlotsen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

30. Expertengespräch zum Thema Kinder-Früherkennungsuntersuchungen, Berlin

Juli 2006

17. Treffen mit Herrn Laxa, Thema Fußball, Schule und Integration, Hochdahl

August 2006

9. Telefontermin mit Jörg Beckfeld, Landeskoordinator Sportjugend im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen, Programm „Integration durch Sport“
12. Schirmherrin beim Vereinsfest SCU „Kinder stark machen“, Erkrath
21. Vortrag beim Inner Whell Club zum Thema Kinderkommission, Düsseldorf

September 2006

3. cSc „Gemeinsam rollt's“, Inline Skating, Kinder und Familie, Rolli etc. Siegerehrung von Kindern, Langenfeld
6. Termin Deutscher Sportbund, Kinderturnen, Berlin
8. Abenteuerspielplatz Hilden
18. Kindertag des Bundestages, Berlin
20. Kindergipfel unter Schirmherrschaft von Frau Dr. Merkel, „Kinder bilden! Deutschlands Zukunft“, Berlin
27. Preisverleihung Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2006 und 50-jähriges Jubiläum, Berlin
28. Gespräch mit dem Kindernetzwerk, Berlin
29. Treffen mit der Grundschule Staakenweg aus WK Oldenburg, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Oktober 2006

- 20. Frühstück mit National Coalition, Berlin
- 23. Kindesmisshandlung, -handeln, -prostitution, Berlin
- 27. Preisübergabe der Kroschke-Stiftung, Braunschweig
- 31. Charity Lauf (für Partnerschule in Bolivien), Erkrath

Abg. Marlene Rupprecht

Februar 2006

- 8. FSFJ, jugendpolitische Abendrunde, Gespräch
- 9. AG FSFJ, Vorgespräch „Frühe Hilfen“
- 10. Besuch Kinderhospiz Sonnenhof, IGH Tag der Kinderhospizarbeit
- 10. Plenardebatte, Antrag der Linken, beitragsfreie Kinderbetreuung und Antrag der Grünen „Leben und arbeiten mit Kindern möglich machen“
- 16. Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e. V, Parlamentarischer Abend, Gespräch
- 21. Landtag Bayern, Berichterstattung zu Kick und NAP

März 2006

- 6. Landesgruppe Bayern, Berichterstattung zu Familie
- 7. AG FSFJ, PSt. Alfred Hartenbach, Gespräch zu Auslandsadoptionen
- 8. Anhörung Kinderbetreuungskosten
- 13. Kindertag im Bundestag
- 15. Dr. Geene, Gespräch zu Kindheitswissenschaften
- 15. FSFJ Expertenfachgespräch „Auf den Anfang kommt es an - gesundes Aufwachsen von Kindern“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- 16. Thema „Kinderrechte und Kinderarmut“, Gespräch mit Projektgruppe des Bundesjugendwerks der AWO
- 28. Gespräch mit Herrn Salchow, ISUV
- 28. EKD, Fachgespräch „Familie haben alle. Für eine Zukunft mit Kindern“
- 28. Caritas, Empfang zur Bundesfachkonferenz Kinder und Jugendhilfe

April 2006

- 6. Plenum, Rede zu UN-Kinderrechten
- 7. BAG Jugendsozialarbeit, Gespräch
- 29. Jugendheim „Fürsten Scharzenberg“, Kulturpfad, Eröffnungsfeier

Mai 2006

- 8. Schulbesuch in Wilhermsdorf, Gespräch
- 9. Haus der Europäischen Kommission, „Jugendwettbewerb von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft“
- 11. DBJR und Kiko, Integration und Sport
- 11. PFAD, Bundesverband der Pflege- und Adoptivkinder, Gespräch
- 15. Erster Deutscher Familientag, Besuch der Veranstaltung
- 17. Jugendpolitische Abendrunde, Berichterstattung zu „Frühwarnsysteme“
- 22. AK Jugendhilfe, Fürth, Gespräch
- 25. Jugendliche und Pressearbeit, Zirndorf, Gespräch
- 29. Deutscher Präventionspreis 2006, „Stärkung der Elternkompetenz in der Schwangerschaft und frühen Kindheit“, Preisverleihung
- 31. Kindersportgipfel

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Juni 2006

2. „Kinder und Sport“, Vorgespräch
13. Bund-Länder-AG, „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung“, Sitzung
13. AEJ, Forschungspräsentation „Was machen Jugendliche aus dem Verband?“, Gespräch
14. Schülerzeitung Kulturforum, Schülerinterview zur Einbürgerung
18. AWO-Heim Roßtal, Ausstellung zu Kinderzeichnungen, Ausstellungseröffnung
21. Veranstaltung in der Bundestagsarena
28. Kiko im Gespräch mit NAC

Juli 2006

6. AEJ, Gespräch
15. SPD-Landtagsfraktion, Nürnberg, „Zusammenarbeit Jugendhilfe und Schule bei Legasthenie im Landkreis Fürth“, Symposium
18. AK Schule & Jugendhilfe, Sitzung

August 2006

29. Besuch des Betriebskindergartens bei Mekra Lang, Gespräch zu „Kinderbetreuung und Ferienarbeit für Schüler“

September 2006

2. Deutsche Liga für das Kind, Katholische Akademie, Referentin „Familie allein genügt nicht“
4. Immanuel-Kant-Gymnasium, Berlin, Schulbesuch und Podiumsdiskussion
5. Bund Deutscher Landjugend, Parlamentarischer Abend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

6. Institut für Organisationskommunikation, Projektvorstellung „Jugend denkt Zukunft“
9. Kinderfest in Cadolzburg
12. Bund-Länder-AG NAP „Für ein kindergerechtes Deutschland“, Sitzung
27. Bundesjugendkongress Leipzig, Grußwort
27. Deutscher Kinderhospizverein, Informationsaustausch
28. Kiko im Gespräch mit dem Kindernetzwerk
30. United Kids Foundation, „Kinder.Stiften.Zukunft“, Moderation „Jeder ist anders - Förderung und Integration behinderter Kinder und Jugendlicher“

Oktober 2006

4. Hochschule Magdeburg-Stendal, Studiengang Kindheitswissenschaften, Vortrag „Die Tätigkeit der Kinderkommission“
6. Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, Gespräch
7. Ausbildungsplatzbörse, Neustadt Aisch, Eröffnung
12. Kinderarche Fürth, Besuch
17. Deutsch-Polnisches Jugendwerk, „Dialog als Prinzip - Interkulturelle Kompetenz als Ziel. Bildungsfaktor Internationale Jugendarbeit“, Parlamentarischer Abend
18. Öffentliche Anhörung Kinder und Medien, „Medienkompetenz - wie erreichen wir Problemfamilien?“
20. National Coalition, Arbeitsfrühstück
25. Plenum, Rede „Kinder entschlossen vor Vernachlässigung schützen“
25. Deutsches Jugendinstitut, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Migration, Integration, interethisches Zusammenleben“, Parlamentarischer Abend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

November 2006

2. Auswärtiges Amt, UNICEF, „UN-Gewaltstudie gegen Kinder“, Empfang

Abg. Miriam Gruß

Februar 2006

9. Chat bei www.mitmischen.de zum Thema Generationengerechtigkeit
15. Politiktalk Kinder- und Jugendreisen / Podiumsdiskussion

März 2006

28. Ein Herz für Kinder - Benefizlauf

April 2006

24. Vorstellung Kinder- und Jugendreport zum Nationalen Aktionsplan
- 26./27. Studienreise zur Familienpolitik nach Oslo auf Einladung der Norwegischen Botschaft

Mai 2006

8. Besuch bei der USK und in Spielstudios, Gespräch zum Jugendmedienschutz
19. Gespräch mit Teilnehmern der Jugendmedientage im Deutschen Bundestag
22. 2. Kindertag des Deutschen Bundestages
31. KiKo-Kindergipfel „Kinder und Sport“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Juni 2006

- 18.-20. Reise zur Weltkonferenz der Parlamentarierinnen in Sofia / Thema Kinderrechte
- 21. Talkrunde in der Bundestagsarena „Kinder und Sport“ (Kinderkommission)
Talkrunde „Gewalt unter Jugendlichen“ (Familienausschuss)
- 26. Anhörung der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag zur Einführung einer Kinderkommission, Podiumsdiskussion

Juli 2006

- seit Juli Vorsitzende der AG Familienpolitik Bayern der FDP Bayern

September 2006

- 7. Gespräch mit der AOK zum Thema Kindergesundheit
- 13. Familienkongress der FDP-Bundestagsfraktion, Leitung des Forums III: Schutz und Chancen für starke Kinder
- 19. Mobil für Kinderfreundlichkeit des Deutschen Kinderhilfswerks
- 21. Gespräch mit der Caritas zum Thema Kindergesundheit
- 25. Teilnahme am Symposium Kinder- und Jugendgesundheitssurvey, Virchow-Klinikum
- 26. Parlamentarischer Abend Kind und Krankenhaus

Oktober 2006

- 23. Gespräch mit Frau Julia Glieszewska, Deutsche Kinderhilfe Direkt e. V.
- 26. Besichtigung Bundestags-Kita

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Abg. Diana Golze

Februar 2006

9. Live-Chat von mitmischen.de zu Generationengerechtigkeit, Berlin
12. Teilnahme an „Jugend musiziert“, Musikschule Rathenow
15. Gespräch zum Kinder- und Jugendschutz, Landesvertretung Sachsen-Anhalt, Berlin
16. Parlamentarischer Abend verschiedener Ärztevereinigungen zu Kinder- und Jugendmedizin, Berlin

März 2006

15. Gespräch mit dem BKJ, Berlin
16. Gespräch mit dem Bundesjugendwerk der AWO, Berlin
28. Gespräch mit dem Interessenverband Unterhalt und Familienrecht, Berlin
29. Gespräch mit der Senatorin für Soziales des Landes Berlin, Frau Heidi Knake-Werner, Senatsverwaltung Berlin
31. Gespräch mit dvg-Jugend, Berlin

April 2006

3. Teilnahme an der Präsentation „Schüler portraituren Politiker“, Bruno-H.-Bürger-Gesamtschule, Rathenow
11. Besuch der Hochschule Magdeburg-Stendal, Studiengang Kindliche Entwicklung, Stendal
20. Frühstück mit erwerbslosen Jugendlichen, café contact, Brandenburg
20. Besuch des Kinder- und Jugendprojekts „Sonnensegel“, Brandenburg
24. Teilnahme an der Übergabe des NAP-Reports, Kinder- und Jugendzentrum Alte Feuerwache, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- 25. Teilnahme am Benefiz-Konzert „Kinder von Tschernobyl“ zum Jahrestag des Unglücks, Kulturzentrum, Rathenow
- 29. Jugendfeierreden beim Humanistischen Freidenkerbund, Albert-Baur-Halle, Belzig

Mai 2006

- 6. Jugendweiherede beim Jugendweiheverein Berlin-Brandenburg, Theater am See, Bad Saarow
- 10. Gespräch mit SCHUFA zur Überschuldungsprävention bei Kindern und Jugendlichen, Berlin
- 11. Gespräch mit Bundesjugendring, Berlin
- 11. Gespräch mit National Coalition, Berlin
- 12. Teilnahme an den Kinderschutztagen des Deutschen Kinderschutzbundes, Hannover
- 16. Parlamentarischer Abend zum Recht auf Spiel, Berlin
- 17. Gespräch mit Evangelischer Jugend, Berlin
- 18. Parlamentarisches Frühstück Bundesjugendring, Berlin
- 18. Gespräch mit Zivildienstorganisationen, Berlin
- 18. Teilnahme an der Einweihung des Hauptstadtbüros des Jugendfeuerwehrverbandes, Reinhardtstraße, Berlin
- 18. Anhörung Föderalismusreform KJHG, Berlin
- 19. Teilnahme an den Jugendmedientagen 2006, Berlin
- 20. Jugendfeierreden beim Humanistischen Freidenkerbund, Theater, Brandenburg
- 20. Teilnahme an der Feier „10 Jahre SOS-Kinderdorf“, Brandenburg
- 22. Beteiligung am Kindertag, Berlin
- 31. Kindersportgipfel, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Juni 2006

8. Besuch Freie Schule, Lübnitz
19. Parlamentarischer Abend AWO und ASB „Bildung und Erziehung“, Parlamentarische Gesellschaft, Berlin
21. Veranstaltung Kinder und Sport in der Bundestagsarena, Berlin
24. Teilnahme an Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Kinderarmut, Mehringplatz, Berlin
28. Gespräch mit National Coalition, Berlin
29. Aktion der KiKo mit Schülerlotsen, Kath. Schule Herz Jesu, Berlin

Juli 2006

1. Teilnahme an einem Workshop zu Kinderarmut, Forschungsinstitut für Philosophie, Hannover

August 2006

23. Diskussionsrunde zum Mindestlohn Ortsjugendausschuss der IG Metall, Potsdam
26. Teilnahme am 2. Rathenower Jugendtag, Alter Hafen, Rathenow
31. Teilnahme am 11. Benefizkonzert „Kinder von Tschernobyl“, Rathenow

September 2006

3. Siegerehrung beim Landes-Jugendvergleichsfliegen, Flugplatz Stölln
12. Teilnahme am Jugendschutzdialog zum Tabakkonsum, dbb-Forum, Berlin
13. Teilnahme an der Ausbildungsbörse des Landkreises Havelland, Oberstufenzentrum Friesack
16. Eröffnung der Ausbildungsbörse des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Albert-Baur-Halle, Belzig
16. Siegerehrung beim Landes-Jugendschwimmwettbewerb, Rathenow

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- 20. Besuch der Aktion des Deutschen Kinderschutzbundes zur Kinderarmut, Berlin
- 20. Parlamentarischer Abend des Kinderhilfswerks zum Städtebau für Kinder und Jugendliche, Parlamentarische Gesellschaft, Berlin
- 21. Teilnahme an der Bundespressekonferenz zur Vorstellung der 15. Shell-Studie, Berlin
- 21. ZDF-Aufzeichnung „Jugend 2006“, Berlin
- 23. Festveranstaltung zum 15. Geburtstag von Ottokar e. V., Berlin

Oktober 2006

- 7. Teilnahme am Tag der offenen Tür bei Kleeblatt e. V. Rathenow
- 19. Gespräch mit dem Zukunftsforum Familie e. V., Berlin
- 20. Gespräch der KiKo mit der National Coalition, Berlin
- 27. Teilnahme an der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings, Hotel Aquino, Berlin
- 30. Teilnahme am Bildungspolitischen Club „Frühe Kindheit“ der Bertelsmann-Stiftung, Berlin

Abg. Ekin Deligöz

Februar 2006

- 8. Veranstaltung Bündnis 90/Die Grünen „Kinderrechte in die Berliner Landesverfassung“ in Berlin
- 14. Vorstellung des Papiers „Leben und Arbeiten mit Kindern“ und fraktionsoffener Abend der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Elterngeld“ in Berlin
- 16. UNICEF-Malwettbewerb - Abschlussveranstaltung Kinderlabyrinth in Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- 16. Parlamentarischer Abend der pädiatrischen Verbände (Berufsverband der Kinder und Jugendärzte e. V.) in Berlin
- 16. Treffen Haushälter - Familienpolitiker zum Thema „Finanzielle Prioritätensetzung Familienpolitik“

März 2006

- 1. Teilnahme an der Veranstaltung „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ in Würzburg
- 3. Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Vernachlässigung von Kindern“ in Berlin
- 13. Podiumsdiskussion Tagesspiegel „100 Tage nach der Wahl - Schwerpunkt Familien- und Kinderpolitik“ in Berlin
- 16. Gespräch mit Vertretern der Projektgruppe Bundesjugendwerk der AWO zum Thema „Kinderrechte und Kinderarmut“ in Berlin
- 21. Besuch des integrativen Kindergartens „Kinderhaus Langenau“ in Langenau
- 21. Veranstaltung „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ in Senden
- 22. Teilnahme an der Veranstaltung „Schule als wichtiger Ort der Integration“ in Vöhringen
- 28. EKD Huber Grundsatzrede „Familie haben alle. Für eine Zukunft mit Kindern“ in Berlin
- 29. Podiumsdiskussion zum Thema „Kindeswohl vor Elternrecht“, veranstaltet vom Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte, 8. Forum Gesundheits- und Sozialpolitik in Berlin

April 2006

- 5. Podiumsdiskussion „Zwischen Sozialpolitik und Demographieförderung „Wieviel Pluralität ermöglicht das Elterngeld?“, Katholische Akademie Berlin e. V./Hauptvertretung des Deutschen Caritasverbandes in Berlin
- 25. Phoenixsendung „Deutschland, feindlich Kinderland? Die Konzepte zur Familienförderung“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

27. Abendveranstaltung zum Thema „Sterben die Deutschen aus? Kinder- und Familienpolitik aus grüner Sicht“ in Sonthofen
28. Besuch der integrativen Kindertagesstätte (Krippe und Hort) der evangelischen Petrusgemeinde in Neu-Ulm
Besuch der Engelhart-Grundschule in Senden. Thema: Projekt Ganztagschule
Informationsbesuch beim Jugendhaus in Vöhringen
Öffentliche Veranstaltung zum Thema „Bildung fängt im Kleinen an - Damit aus den Kleinsten von heute die Größten von morgen werden“ in Vöhringen

Mai 2006

4. Abendveranstaltung „Familienfreundlichkeit als Standortfaktor“ in Landshut
5. Diskussionsforum Jugendmedientage - Zukunftsforum der Süddeutschen Zeitung zum Thema „Parteien - Fossilien aus der alten Zeit?“ in München
6. Regionalkonferenz in München im Vorfeld des Perspektivkongresses des Bundesverbandes; Themenschwerpunkt: Bildung und Integration
12. Diskussionsabend mit Jugendlichen beim Alevitischen Kulturverein Augsburg e. V.
13. Podiumsdiskussion beim familienpolitischen Kongress des KAB-Bildungswerkes „Familie und Beruf - Balanceakt ohne Netz“ in Augsburg
17. Veranstaltung IHK Schwaben Bündnis für Familie - Wirtschaft braucht Kinder in Ulm
22. Abendveranstaltung „Grüner Salon“ zum Thema „Kinder haben Rechte?“ in Leer/Ostfriesland
23. Informations- und Diskussionsveranstaltung „Das Leben mit Kindern fördern - aber wie?“ in Nienburg
26. Informationsgespräch zum Thema „Zukunft der ErzieherInnenausbildung“ mit bayerischen ErzieherInnen in Berlin
29. Bund-Länder-Treffen Kinder Jugend Familie und Deutscher Präventionspreis „Stärkung der Elternkompetenz in der Schwangerschaft und frühen Kindheit“, dbb-Forum

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Juni 2006

1. Gespräch mit Bundesverband Kinder-/Jugendärzte in Berlin
16. Gesprächsrunde bei der Staatsanwaltschaft in Hof zum Thema „Kindersextourismus im deutsch-tschechischen Grenzgebiet“
16. Besuch beim Internationalen Mädchentreff in Hof
22. Parlamentsseminar mit Lehramtsanwärterinnen, Grundschulseminar aus Traunstein zum Thema „Familienpolitik und Elterngeld“
28. Diskussionsrunde mit Schülerinnen aus dem Jugendaustauschprogramm Tokat (Türkei) in Berlin

Juli 2006

12. Informationsbesuch im LOS-Stadtteilbüro in Neu-Ulm
14. Besuch beim St.-Nikolaus-Förderungswerk, Schule für benachteiligte Jugendliche in Dürrlauingen
25. Diskussionsrunde zum Thema „Bildung und Integration“ in Ingolstadt

September 2006

2. Zukunftskongress BuVo (Kinder- und Bildungspolitik)
11. Besuch bei „Horizonte e. V.“ in Ansbach
11. Besuch beim Projekt „Südstadtkids“ in Nürnberg
14. Vortrag zur Arbeit der Kinderkommission beim Rotary-Club in Weißenhorn
26. Gespräch mit Vertretern von UNICEF zum Thema „Kinderhandel und kommerzielle sexuelle Ausbeutung“ in Berlin
27. Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. zum Thema „Familienpolitik“ in Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Oktober 2006

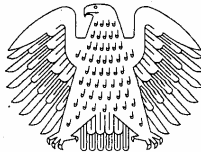
5. Empfang Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V. „100 Jahre Erziehungsberatung in Deutschland“ in Berlin
7. Gesprächsrunde zur Bildungspolitik bei der Bezirksdelegiertenversammlung des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV)
12. Erste Beiratssitzung der Aktion Schutzbengel (Rummelsburger Dienste für junge Menschen) in Nürnberg

Michaela Noll, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

Anlagen



Anlage 1

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 6. Februar 2006

**Presseöffentliche Konstituierung der Kinderkommission im Beisein der
Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dr. Ursula von der Leyen**

Zeit: Mittwoch, den 8. Februar 2006, 15.00 Uhr

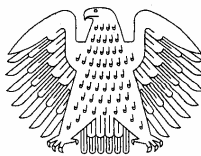
Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Zur konstituierenden Sitzung der Kinderkommission am 8. Februar 2006 erklärt die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kerstin Griese, MdB: „Die Rechte der Kinder in der Gesellschaft wahrzunehmen und ihre Bedürfnisse in politischen Prozessen umzusetzen wird erfreulicherweise zunehmend als wesentliches und zukunftsweisendes Aufgabenfeld erkannt. Seit ihrer erstmaligen Einsetzung im Jahr 1988 haben mittlerweile fünf Kinderkommissionen durch engagierte Arbeit dazu beigetragen, Kinderfreundlichkeit in vielen Politikbereichen zu stärken.“

Mit ihrer konstituierenden Sitzung wird nun die sechste Kinderkommission ihre Lobbyarbeit für Kinder und deren Rechte innerhalb und außerhalb des Parlaments aufnehmen. Als erste wird die Abgeordnete Michaela Noll (CDU/CSU) den Vorsitz übernehmen. Es folgen in der Reihenfolge der Fraktionsstärke die Abgeordneten Marlene Rupprecht (SPD), Miriam Gruß (FDP), Diana Golze (DIE LINKE.) und Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Die Kinderkommission ist darüber hinaus Ansprechpartner für alle, die sich für Kinderinteressen einsetzen, für Verbände, Organisationen, aber auch für Eltern und für Kinder. Zur konstituierenden Sitzung ist deshalb die Presse herzlich eingeladen.

Informationen erteilt das Sekretariat (E-Mail: kinderkommission@bundestag.de,
Telefon: (030) 227-30551, Fax: (030) 227-36055)



Anlage 2

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 8. Februar 2006

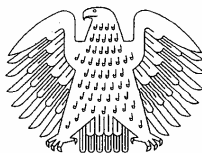
Kinderkommission konstituiert: Rechte der Kinder im Mittelpunkt

Zur heutigen Konstituierung der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) erklärt die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kerstin Griese, MdB:

„Die Kinderkommission wird seit ihrer erstmaligen Einsetzung im Jahr 1988 heute in der sechsten Legislaturperiode in Folge tätig. Sie ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Durch kontinuierliche Beiträge ist es ihr gelungen, den Stellenwert von Kindern in den politischen Entscheidungsprozessen zu steigern und die Situation von Kindern zu verbessern.

Die Forderung, Deutschland noch kinderfreundlicher zu machen, ist derzeit in aller Munde. Alle Kinder haben das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und auf Bildung – von Anfang an. Kinder bedürfen als besonders schwache Glieder der Gesellschaft eines besonderen Schutzes. Kinderpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, weshalb Anstrengungen in allen Politikbereichen erforderlich sind. Wir wollen eine Gesellschaft, die eine gute Zukunft hat, damit Kinder in ihr eine gute Zukunft haben. Die Rechte der Kinder i. S. der UN-Kinderrechtskonvention müssen noch bekannter und zur Selbstverständlichkeit werden. Auch hierfür bedarf es einer starken Lobby.

Ich wünsche den Mitgliedern der Kinderkommission, den Abgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht (SPD), Miriam Gruß (FDP), Diana Golze (DIE LINKE.) und Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dass sie sich weiterhin parteiübergreifend für die Interessen der Kinder einsetzen und ihre Belange im Parlament, aber auch darüber hinaus wirkungsvoll vertreten. Für diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich viel Erfolg.“



Anlage 3

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 20. Februar 2006

Kinderkommission des Bundestages zum „Internationalen Tag der Muttersprache“: Lesekompetenz und Mehrsprachigkeit besser fördern

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum sechsten „Internationalen Tag der Muttersprache“ am 21. Februar 2006:

Sprachliche Kompetenz hat für den Erfolg von Schülerinnen und Schülern in allen Unterrichtsfächern eine herausragende Bedeutung. Sie ist Voraussetzung für den späteren beruflichen Erfolg. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben dies bestätigt und betont. Um Verzögerungen vorzubeugen und auszugleichen, muss eine systematische Sprachförderung bereits im frühen Kindesalter ansetzen.

Beim Erlernen und Pflegen der Sprache spielt die Förderung der Lesekompetenz bei Kindern eine überragende Rolle. Dadurch werden zum einen die aktive und passive Sprachentwicklung begünstigt, zum anderen haben wissenschaftliche Forschungen die Bedeutung des Umgangs mit Bilderbüchern für die intellektuelle Entwicklung, die Entwicklung der Wahrnehmung, der Fantasie und der Kreativität von Kindern nachgewiesen. Die hohe Nutzung der elektronischen Medien hat indes eine abnehmende Lesefrequenz und Lesekompetenz zur Folge.

Lesen kann man nur durch Lesen lernen. Die Familie als der Ort, in dem Kinder ihre erste Prägung erfahren, ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Leseförderung. „Wir müssen die Eltern mit ins Boot holen, denn sie können durch Vorlesen einen entscheidenden Beitrag übernehmen, um die Les- und Sprachkompetenz ihrer Kinder zu stärken“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission Michaela Noll.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

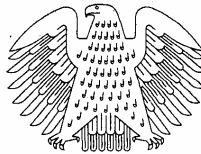
Pressezentrum · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

Daneben sind Kindertageseinrichtungen und Schulen aufgefordert, die sprachliche Entwicklung der Kinder in allen Bereichen weiterhin aktiv zu fördern und zu festigen. Die Kinderkommission begrüßt und unterstützt die dort bereits bestehenden zahlreichen Initiativen zur Leseförderung ebenso wie die entstandenen privaten Initiativen.

Spracherwerb weist auch den Weg für eine erfolgreiche Integration. Dieser gelingt Kindern mit Migrationshintergrund am besten, wenn bei ihnen sowohl der Erwerb der deutschen Sprache, als auch der Muttersprache gefördert wird. Dazu bedarf es einer deutlich verbesserten vorschulischen und schulischen Förderung, in die gleichfalls ihre Familien eingebunden sein müssen. Mehrsprachigkeit wird so zu einer Bereicherung für Kinder und Gesellschaft.

Bereits zum sechsten Mal wird am 21. Februar 2006 weltweit der "Internationale Tag der Muttersprache" begangen, der auf einem Beschluss der Generalversammlung der UNESCO vom November 1999 basiert. Dieser Tag soll besonders dazu anregen, bewusster mit der Muttersprache umzugehen, aber auch das Erlernen der Mehrsprachigkeit zu fördern.



Anlage 4

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 10. März 2006

Kinder haben Gelegenheit, an den Kindertagen des Deutschen Bundestages Mitglieder der Kinderkommission zu treffen

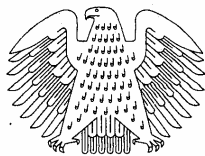
Der Deutsche Bundestag veranstaltet in diesem Jahr vier Kindertage. Angemeldete Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren können mit mindestens einer Begleitperson in der Zeit von 8.00 bis 14.00 Uhr (letzter Einlass 13.00 Uhr) an einer kindgerechten Führung durch das Reichstagsgebäude teilnehmen. Der erste Kindertag findet am 13. März 2006 statt.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist mit einem Stand vor dem Eingang zum Plenarsaal vertreten. Die Kinderbeauftragten bzw. kinderpolitischen Sprecher aller Fraktionen sind dabei und stehen den Kindern Rede und Antwort. Kinder haben die Chance, sich über die Kinderkommission und deren Arbeit zu informieren und den Abgeordneten ihre Anliegen mitzuteilen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, MdB Michaela Noll, erklärt hierzu: „Es ist wichtig, dass sich Kinder so früh wie möglich in die Politik einmischen, damit ihre Sichtweise, ihre Vorstellungen und Wünsche berücksichtigt werden können. Die Kinderkommission will dafür sorgen, dass die Bedürfnisse der Kinder in allen Bereichen der Gesetzgebung die erforderliche Beachtung finden.“

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Pressezentrum · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 5

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 31. März 2006

Kinderkommission des Bundestages zum Internationalen Kinderbuchtag: Bücher sind unverzichtbar für die Entwicklung von Kindern!

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April 2006:

Gebanntes Zuhören, hineintauchen in den Bilderstrom, fiebern mit dem Helden, bereits die Kleinsten begeistern sich für das Anschauen von Bilderbüchern oder das Vorlesen von Geschichten. Kinder, die so früh wie möglich mit Büchern vertraut gemacht werden, sind begierig, das Lesen selbst zu erlernen. Die Chance, dass sie sich nachhaltig für Bücher interessieren und zu Leseratten werden, steigt erheblich. Romanhelden der Kindheit und deren Erlebniswelt können zu unauslöschlichen Erinnerungen werden, die einen Menschen sein ganzes Leben begleiten.

„Kinderbücher lesen, weckt die Fantasie und Kreativität, fördert Ideen, bereichert den Wortschatz, verbessert das Sprachvermögen und macht Kinder neugierig auf die unterschiedlichsten Themengebiete“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll, zum Internationalen Kinderbuchtag, der immer am Geburtstag des Schriftstellers Hans Christian Andersen gefeiert wird. „Lesen ist die Grundlage allen Lernens. Kinder, die viel und gerne lesen, haben es auch in der Schule leichter.“

Vorlesen, lesen mit Kindern und sie zum selbständigen Lesen anregen, sollte in allen Familien zum Alltag gehören. Ob neu, gebraucht oder geliehen, Bücher sind keine Luxusgegenstände. Bücher sind für die Entwicklung von Kindern unverzichtbar.

Bücher dürfen als Urmedium in der Zeit multimedialen Entertainments nicht in den Hintergrund treten, denn Lesen ist die Basiskompetenz in der Mediengesellschaft. Ohne Lesekompetenz ist auch die sinnvolle Nutzung der moderneren Medien schwierig.

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Pressezentrum · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

Erfreulich ist, dass Kinder- und Jugendbücher auf dem deutschen Buchmarkt auf dem Wachstumskurs sind. Studien haben allerdings ergeben, dass es geschlechtsspezifische Unterschiede im Leseverhalten von Jungen und Mädchen gibt, und dass das Buchangebot die Interessen der Jungen nicht in dem erforderlichen Umfang berücksichtigt. Die Kinderkommission unterstützt deshalb die Forderung des Trendberichts Kinder- und Jugendbuch 2006: „Jungen brauchen Bücher für Jungen“.



Anlage 6

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 7. April 2006

Kinderkommission zum Weltgesundheitstag (WHO): Mehr Bewegungschancen für alle Kinder !

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Weltgesundheitstag (WHO):

Gewandelte Lebensbedingungen und Lebenssituationen führen dazu, dass Kinder und Jugendliche sich immer weniger bewegen. Klettern, Springen, Rennen und Toben in der Natur gestalten sich vor allem in städtischen Gebieten schwierig. Zunehmende Motorisierung, verplante Freizeitaktivitäten und die zahlreichen multimedialen Angebote für die Freizeitgestaltung haben das Spiel- und Bewegungsverhalten in den letzten 20 Jahren deutlich verändert. Die natürliche Anlage von Kindern zur Bewegung wird mehr und mehr eingeschränkt und ihre körperliche Leistungsfähigkeit nimmt gegenüber früheren Generationen stetig ab.

Im Zusammenspiel mit unausgewogener und einseitiger Ernährung kann dies zu Übergewicht, zu Stoffwechselstörungen und Haltungsschäden führen. Medizinische und sportwissenschaftliche Studien belegen, dass sich Zivilisationskrankheiten wie Rückenschmerzen, Übelkeit, Schlaflosigkeit, mangelnde Konzentrationsfähigkeit, aber auch Adipositas bereits im frühen Kindesalter manifestieren. Auch die Psyche leidet, denn dicke Kinder werden häufig ausgegrenzt und ziehen sich zurück.

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

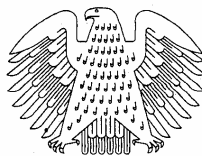
Presse und Kommunikation · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

„Das Bewegungsverhalten der Eltern spielt eine ganz entscheidende Rolle bei der Vermeidung von solchen Fehlentwicklungen“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll. „Sind Vater und Mutter bewegungsaktiv, so erhöht sich die Chance, dass auch die Kinder Freude an Bewegung haben um das Sechsfache.“

Bewegung und Spaß in der Natur sind kostenlos, spazieren gehen, wandern, joggen, Fahrrad fahren, es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die Fitness ohne großen Aufwand zu steigern. Die nahenden Osterferien sind eine gute Gelegenheit!

Die Kinderkommission appelliert zum Weltgesundheitstag an alle Eltern, ihre Kinder zu mehr Bewegung anzuregen und ihnen dabei Vorbild zu sein. Sie verkennt daneben nicht die Verpflichtung der öffentlichen Hand, ausreichende attraktive Sportstätten und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bereitzustellen und fordert deshalb auch alle Verantwortlichen auf: „Mit Sport sparen, nicht am Sport sparen“.



Anlage 7

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 26. April 2006

Kinderkommission des Bundestages zum „Girls' Day“ am 27. April 2006: Mädchen stehen alle Berufe offen - Arbeitsmarktchancen nutzen

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ruft alle Arbeitgeber auf, sich am „Girls' Day“ zu beteiligen und jungen Frauen so die Möglichkeit zu bieten, in ihnen bisher fremde Berufsbilder reinzuschmecken. An die jungen Mädchen selbst appelliert die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll: „Nutzt diese Chance! Der „Girls' Day“ bietet jungen Mädchen die Gelegenheit, in Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen ein neues Spektrum von Berufen kennen zu lernen.“

Die Mehrzahl der jungen Mädchen interessiert sich auch heute primär für so genannte traditionelle Frauenberufe. Technische Berufe reizen die Mädchen offenbar kaum. Ein ähnliches Bild spiegelt sich im akademischen Bereich wider. Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen und den entsprechenden Berufen sind nach wie vor unterrepräsentiert. Damit bleiben bedeutende Potenziale ungenutzt.

Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Eine große Rolle spielt die gesellschaftliche Bewertung von Berufsbildern, die auch geschlechtsspezifische Differenzierungen beinhaltet. Daneben sind die Berufe selbst durch eine lange Entwicklung von Betriebs- und Branchenkulturen geprägt.

Die Arbeitswelt verändert sich zunehmend. Vor allem Informations- und Telekommunikationstechniken entwickeln sich rasant, finden Eingang in alle Berufsbereiche und öffnen weite Betätigungsfelder. Fachkräfte, die diese Techniken beherrschen, werden künftig mehr denn je gebraucht. Auch die herausragende Weltmarktposition Deutschlands bei allen technologischen Kompetenzen bedarf der Ideen exzellenter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

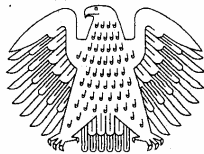
Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

Mädchen haben somit viel mehr Möglichkeiten, sich am Wirtschaftsleben zu beteiligen. Sie müssen nur entsprechend motiviert werden und sich diese Aufgaben zutrauen. Neben Neigung und Interesse spielt für Mädchen bei der Berufswahl häufig die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine gewichtige Rolle. Doch gerade hier können technische Berufe gegenüber Berufen wie z. B. Krankenschwester, Einzelhandelskauffrau, Friseurin usw. mit in der Regel sehr viel familienfreundlicheren Arbeitszeiten punkten.

Veränderungen wird es nur geben, wenn ein Prozess des Umdenkens bei allen Beteiligten ansetzt, und zwar so früh wie möglich. Wählt ein Mädchen einen klassischen Frauenberuf, ist dies eine Entscheidung, die am Ende eines langen Weges steht.

„Eltern, Erzieher, Lehrer, Berufsberater, die Wirtschaft, aber auch Politik und Medien können entscheidend dazu beitragen, dass sich Berufsvorstellungen wandeln und insbesondere geschlechtsspezifische Differenzierungen bedeutungslos werden“, erklärte die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll. „Der Girls' Day, den es seit dem Jahr 2001 gibt, ist ein hervorragender Ansatzpunkt.“



Anlage 8

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 15. Mai 2006

Die Kinderkommission zum „Ersten Deutschen Familientag“: Ein starker Tag für Familien in Deutschland

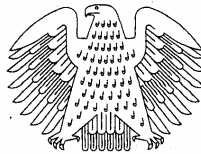
Der Weg zu einem noch kinderfreundlicheren Deutschland führt über die Stärkung der Familien! „Kinder müssen die bestmöglichen Voraussetzungen für ihr Aufwachsen erhalten. Dies beginnt damit, den Rahmen für die Lebensbedingungen der Familien ihren tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen und ihnen Vertrauen in die Zukunft zu geben. Die Leistungen der Familien und der Wert, den sie für unsere Gesellschaft darstellen, müssen wieder mehr betont und geschätzt werden“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Michaela Noll, zum „Ersten Deutschen Familientag“ am 15. Mai 2006.

Die Kinderkommission begrüßt, dass Verbesserungen für die Familien derzeit auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen diskutiert und zahlreiche Maßnahmen überlegt und auf den Weg gebracht werden.

Kinder sind aber nicht nur Teil einer Familie, sondern haben als Individuen ureigenste Interessen und Rechte. Diese sind in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt und finden für Deutschland weitere Ausgestaltung im Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010. Zu diesem Aktionsplan liegt nun der von Kindern und Jugendlichen erarbeitete Report vor, in dem sie ihre Ideen für ein kindergerechtes Deutschland formulieren. Direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihre Einbeziehung in die politischen Prozesse ist für die Kinderkommission ein ganz wesentlicher Baustein für eine gelungene Kinder- und Jugendpolitik. Die Kinderkommission nimmt deshalb die Anregungen und Forderungen sehr ernst und fordert alle politischen Akteure auf, dies ebenfalls zu tun.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 9

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 17. Mai 2006

Kinderkommission zur Föderalismusreform: Risiken und Nebenwirkungen ausschließen!

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestags zu den Auswirkungen der Föderalismusreform auf die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Im zweiten Anlauf für eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung besteht Einmütigkeit darüber, dass die Kinder- und Jugendhilfe Teil der konkurrierenden Gesetzgebung nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 Grundgesetz (GG) bleibt. Die Kinderkommission begrüßt, dass der Bund auch in Zukunft materielles Jugendhilferecht erlassen kann. Dennoch gibt der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (BT-Drs. 16/813) im Zusammenhang mit dem erneut eingebrachten Entwurf eines Zuständigkeitslockerungsgesetzes (BT-Drs. 16/518) Anlass zur Sorge darüber, ob die Substanz der bundesweiten Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erhalten bleibt. Die Föderalismusreform darf nicht zu einer beliebigen Ausdifferenzierung wesentlicher Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe in den Ländern und Kommunen führen.

Insbesondere die Neufassung Art. 84 Abs. 1 GG (Art. 1 Abs. 9 Gesetzentwurf) ist so zu gestalten, dass das SGB VIII seinen Charakter als modernes und zukunftsfähiges Leistungsgesetz behält. Ein gemeinsamer Rahmen von Standards und Strukturen bleibt auch weiter eine Voraussetzung für die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen. Wert und Erfolg der Reform sind deshalb daran zu messen, ob unerwünschte Risiken und Nebenwirkungen im Vorfeld ausgeschlossen werden:

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

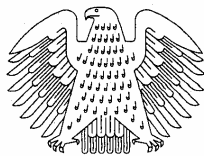
Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

Es muss zuverlässig gewährleistet sein, dass Betroffene, Fachkräfte und Freie Träger, aber auch kooperierende Behörden und Gerichte zukünftig bundesweit zweigliedrig organisierte und klar identifizierbare Jugendämter auf der Ebene der Kommunen und Länder vorfinden.

Die Bereitstellung eines gleichwertigen Angebots an Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder, Jugendliche und Familien muss auch durch zentrale Verfahrensregelungen im SGB VIII unterstützt werden. Die verlässliche Qualität der Angebote sowie die angemessene Gestaltung von Barrieren der Inanspruchnahme sind bundesweite Anliegen und dürfen nicht durch örtliche Prioritätensetzungen gefährdet werden.

Die Kinderkommission setzt sich auf Basis dieser Kriterien dafür ein, dass die Föderalismusreform im Rahmen der parlamentarischen Beratungen daraufhin überprüft wird, ob eine umfassende bundesweite Zuständigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt bleibt.



Anlage 10

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 24. Mai 2006

Zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2006 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages: „Eltern vermisster Kinder brauchen Unterstützung“

„Wenn Kinder von zu Hause weglaufen, ist zumeist das Vertrauensverhältnis zu den Eltern beschädigt oder nicht mehr vorhanden. Hier gilt es, Eltern wie Kindern Hilfen anzubieten, um ihren Dialog zu stärken und wieder Vertrauen zwischen ihnen aufzubauen“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Abgeordnete Michaela Noll.

Wird ein Kind von einem Elternteil entführt, belastet dies nicht nur den zurückbleibenden Elternteil, sondern vor allem auch das Kind. Kinder haben das Recht auf Umgang mit beiden Eltern! Dieses Recht dient der Wahrung und Förderung seiner Entwicklungschancen. Eltern, die dem anderen Elternteil das Kind entziehen, sollten sich bewusst machen, dass sie damit gegen elementare Rechte ihres Kindes verstoßen.

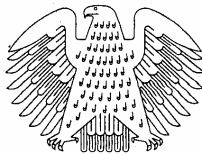
Unabhängig vom Hintergrund für das Verschwinden eines Kindes beginnt für alle betroffenen Eltern ein schwerer Leidensweg. Die Vorstellungen und Bilder über das, was passiert sein könnte, werden zur Qual. An der Ungewissheit über das Schicksal des Kindes drohen viele zu zerbrechen.

Es ist gut, dass es Initiativen gibt, die diesen Eltern bei der Suche helfen, die sie unterstützen und ihnen damit auch den notwendigen seelischen Halt geben. Die Elterninitiative vermisste Kinder (www.vermisste-Kinder.de) ist eine solche Organisation, die diese Hilfestellung nach dem Motto „jedes vermisste Kind ist ein Kind zuviel“ mit großem Einsatz und Erfolg verfolgt.

Bundesweit gelten nach Angaben des Bundeskriminalamtes rund 1.000 Kinder in Deutschland als Langzeit vermisst. Dabei handelt es sich um Kinder, die von zu Hause „ausreißen“, die Opfer eines Unfalls oder Verbrechens werden, aber auch Kinder, die von einem Elternteil entführt werden, oftmals ins Ausland.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 11

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 29. Mai 2006

Fairness und gelungene Integration – die Kleinen machen's den Großen vor

Kinderkommission veranstaltet Kindersportgipfel in Berlin

„Über Sport lässt sich viel erreichen. Gerade der Sport bietet beste Voraussetzungen, die Integration von Zuwanderern in der Gesellschaft spielerisch erfolgreich zu erreichen“, erklärt Michaela Noll, Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages.

Sport integriert, denn über Spaß, Spiel und Teamgeist im Sport lernen Kinder unterschiedlicher Herkunft sich kennen, verbringen die Freizeit miteinander oder es entwickeln sich Freundschaften. Sport stärkt Sozialkompetenzen, Selbständigkeit und solidarisiert. Er hilft beim Abbau von Sprachbarrieren und kulturellen Vorbehalten.

Deshalb veranstaltet die Kinderkommission am

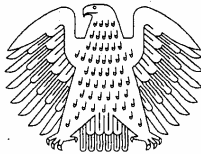
31. Mai 2006 von 16.00 - 18.00 Uhr im Paul-Löbe-Haus, Raum 4.900,

einen presseöffentlichen Kindersportgipfel.

Dazu hat sie 32 Kinder aus Berliner Fußballvereinen eingeladen, die durch ihre Herkunft bzw. Nationalität die 32 Länder symbolisieren, die an der Fußball-WM der „Großen“ teilnehmen. Die kleinen Fußballfans werden den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, und die Nationalspielerin und amtierende Weltmeisterin im Frauenfußball, Ariane Hingst, vom 1. FFC Turbine Potsdam treffen. Die Kinderkommission möchte zeigen, dass durch den Sport ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Kulturen in Deutschland geleistet werden kann. Das Treffen soll zeigen, was Sport in Deutschland bereits an Integration geleistet hat, denn Sport ist klassenlos und - was die Integrationsleistung betrifft - grenzenlos.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 12

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 1. Juni 2006

Nationalspielerin Ariane Hingst und Dr. Theo Zwanziger zu Gast bei der Kinderkommission

„Der Fußball bietet eine gute Plattform zur Integration“, sagte der geschäftsführende Präsident des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, beim Kindersportgipfel der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, der am 31. Mai stattfand. Dieser stand unter dem Motto „Fairness und gelungene Integration – die Kleinen machen's den Großen vor“ und sollte zeigen, dass durch den Sport ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Kulturen in Deutschland geleistet werden kann.

Dazu waren 32 Kinder aus Berliner Fußballvereinen im Vorfeld des Internationalen Kindertages eingeladen. Sie symbolisierten durch ihre Herkunft bzw. Nationalität die 32 Länder, die an der Fußball-WM der „Großen“ teilnehmen und trugen auch die entsprechenden Original-Nationaltrikots, die sie als Geschenk mit nach Hause nehmen durften. Die kleinen Fußballfans trafen neben Theo Zwanziger auch die Nationalspielerin und amtierende Weltmeisterin im Frauenfußball, Ariane Hingst, vom 1. FFC Turbine Potsdam.

Sie erzählte von ihrem großen Traum, der in Erfüllung gegangen sei: „Ich habe schon in der Grundschule in einem Aufsatz geschrieben, dass ich gerne Profifußballerin und dann auch Weltmeisterin werden wollte.“ Der DFB-Chef fügte hinzu, wie wichtig gerade auch im Frauenfußball die Vorbildfunktion der Spielerinnen sei: „Fußball ist eine Mannschaftssportart, die keine Barrieren aufbaut, sondern abbaut. Fußball kann jeder spielen.“ Der DFB habe deshalb eine eigene Abteilung eingerichtet, damit mehr Mädchen sich für den Fußball begeistern würden.

Die kleinen Fußballfans waren sehr interessiert. Sie wünschten sich jedoch mehr Toleranz von den Erwachsenen für ihr Kicken im Freien. Die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Michaela Noll, griff dies auf: „Wenn die großen Stars kicken, sind die Menschen begeistert. Wenn die Kleinen

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) : Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

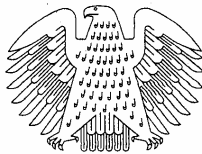
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Michaela Noll (CDU/CSU)

- 2 -

dagegen ihrem Lieblingssport nachgehen, gibt es immer wieder Nachbarschaftsklagen. Dies muss sich dringend ändern. Denn Kinderlärm ist Zukunftsmusik.“

Bilder der Veranstaltung finden sich unter www.bundestag.de, „Presse“, „Bilderdienst/Bildarchiv“



Anlage 13

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 9. Juni 2006

Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit

Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2006: „Alle Kinder müssen vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt werden“

Die Kinderkommission begrüßt das Engagement von nicht-staatlichen Organisationen und der deutschen Entwicklungshilfepolitik zur Bekämpfung von Kinderarbeit und appelliert an die Akteure, ihre Bemühungen intensiv und zielgerichtet fortzusetzen.

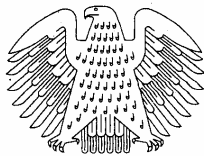
Sie befürwortet die Einführung von Zertifizierungen, wie z. B. „XertifiX“ für Steine aus indischen Steinbrüchen. Händler und Endabnehmer in Deutschland und anderen Ländern können sich so bewusst für Waren entscheiden, die ohne Kinderarbeit hergestellt werden. Entsprechende Initiativen sollten eine breite Unterstützung finden und auch auf andere Branchen ausgeweitet werden.

Die deutsche Außenpolitik ist gefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Regierungen der betroffenen Länder hinzuwirken, dass dort die grundlegenden Übereinkommen zur Kinderarbeit/Jugendschutz (ILO-Übereinkommen Nr.138) und die internationale Konvention gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit (ILO-Übereinkommen 182) unterzeichnet und zusammen mit der UN-Kinderrechtskonvention konsequent umgesetzt werden.

„Auch Bund, Länder und Kommunen sollten im Rahmen ihres eigenen Beschaffungswesens einen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarbeit leisten“, erklärte die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll. Ihre Lieferanten und Dienstleister sollten verpflichtet werden, nur solche Produkte zu kaufen und zu verwenden, die nachweislich ohne Kinderarbeit entstanden sind. Ein entsprechendes Handeln des Staates hätte eine Vorbildwirkung für andere Bereiche. Die bereits bestehenden Initiativen einzelner deutscher Städte und Kommunen in diesem Bereich sollten öffentlich bekannt gemacht und gewürdigt werden.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 14

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 15. Juni 2006

„Kinder und Sport“ - Kinderkommission des Bundestages lädt in die Bundestagsarena ein

Ein buntes Programm rund um das Thema „Kinder und Sport“ erwartet die Besucher der Bundestagsarena am **Mittwoch, 21. Juni 2006 von 11 bis 12.30 Uhr.**

Im Rahmen einer Talkrunde werden die Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit prominenten Gästen: den Olympiasiegern Heike Drechsler und Torsten May, der mehrfachen Deutschen Meisterin Magdalena Brzeska, dem Bundestagsabgeordneten und Weltmeister im Turnen Eberhard Gienger und dem Vorstandsvorsitzenden der BARMER, Dr. Eckart Fiedler, darüber diskutieren, welche Wirkungsmöglichkeiten der Sport bietet, welche Bedeutung Sport und Bewegung in Kita und Schule hat und wie die Förderung von Sport und Sportanlagen durch die öffentliche Hand möglich ist. Durch die Veranstaltung führt Stephe Müller-Spirra vom Kinderkanal (KIKa). Die eingeladenen 400 Schülerinnen und Schüler aus Berlin sowie die übrigen Besucher erhalten Gelegenheit, die Politiker und Gäste ins Kreuzverhör zu nehmen.

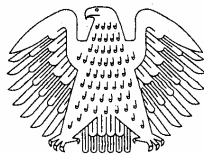
Es soll aber nicht nur diskutiert werden. Mit einem bunten Rahmenprogramm aus Filmeinspielungen und Vorführungen, in das auch das Publikum einbezogen wird, kommt Spiel und Sport nicht zu kurz.

Vorbereitet wurde die Veranstaltung von den Mitgliedern der Kinderkommission - den Abgeordneten Michaela Noll (CDU/CSU), Marlene Rupprecht (SPD), Miriam Gruß (FDP), Diana Golze (DIE LINKE.) und Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - in Kooperation mit der Gesundheitsinitiative „Deutschland bewegt sich!“ (BARMER, ZDF, Bild am Sonntag).

Interessierte Besucher und Medienvertreter sind herzlich willkommen.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 15

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 26. Juni 2006

„Runter vom Gas!“ - fordert die Kinderkommission des Deutschen Bundestages alle Autofahrer auf

Kinderkommission zum Ortstermin bei den Schülerlotsen der Herz-Jesu-Schule in Berlin-Charlottenburg

Am **Donnerstag, dem 29. Juni 2006 von 7.30 bis 8.00 Uhr** folgt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages einem Hilferuf der Schülerlotsen der **Herz-Jesu-Schule in Berlin-Charlottenburg, Insterburgallee 8-10**. Die Mitglieder der Kinderkommission, die Bundestagsabgeordneten Michaela Noll, Marlene Rupprecht, Miriam Gruß, Diana Golze und Ekin Deligöz, werden vor Ort das Engagement der Schülerlotsen aktiv begleiten, indem sie die Autofahrer mit einer Flugblattaktion auffordern, die ehrenamtlich tätigen Schülerinnen und Schüler durch rücksichtsvolles Verhalten bei ihrer Aufgabe zu unterstützen.

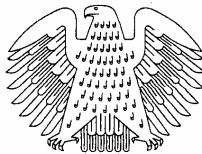
Straßenverkehr kostet jährlich mehrere Hundert Kinderleben. Schülerlotsen helfen, dies zu verhindern. Sie haben eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie sorgen dafür, dass die ihnen anvertrauten Grundschüler sicher und wohlbehalten ihren Schultag beginnen.

Schülerlotsen verdienen Respekt und Achtung in ihrem Amt. Rasen, Drängeln, Aggressivität und Beschimpfungen kommen leider immer wieder vor. Damit sollte künftig Schluss sein.

Für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr sind alle Verkehrsteilnehmer verantwortlich!

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 16

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 29. Juni 2006

Mit Sport Kinder schneller fit fürs Leben machen

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder und Sport“

Sport zu treiben ist nach wie vor die liebste Freizeitbeschäftigung der Kinder und Jugendlichen. Nationale und internationale wissenschaftliche Studien, Erkenntnisse von Ärzten und Krankenkassen belegen eindeutig, dass Sport und Bewegung sich positiv auf die Gesundheit, die Leistungs- und Lernfähigkeit auswirken. In unserer hochzivilisierten, in hohem Maße technisierten und arbeitsteiligen Gesellschaft haben aber Sport, körperliche Tätigkeit und damit Bewegung zunehmend an Bedeutung verloren, während Bewegungsmangel und Fehlernährung zu diversen Erkrankungen führen.

Die Infrastruktur wohnortnaher Sportstätten soll eine Vielfalt an sportlichen Möglichkeiten und ein bewegungsfreundliches Umfeld ermöglichen. Bewegungsräume wie Spiel-, Bolz- und Sportplätze stehen allerdings vielfach nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung. Gerade in Problemquartieren fehlen Grün- und Freiflächen sowie Spiel- und Bewegungsräume.

Dabei bietet der Sport vielfältige Chancen für Kinder. Durch ihn kann z. B. die Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen besser gelingen, denn der Sport führt Kinder unterschiedlichster sozialer und gesellschaftlicher Herkunft zusammen. Er macht ungezwungene menschliche Kontakte möglich, verringert Sprachbarrieren und Schwellenängste und hat in den vergangenen Jahren einen aktiven und erfolgreichen Beitrag zur Bekämpfung von Gewalt, Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Drogen geleistet.

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

Die Kinderkommission hat sich deshalb mit dem Thema „Kinder und Sport“ beschäftigt und dabei die Aspekte „Fitnesszustand und Ursachen/Folgen von Bewegungsmangel“, „Sucht- und Gewaltprävention durch Sport“ sowie „Integration durch Sport“ näher beleuchtet.

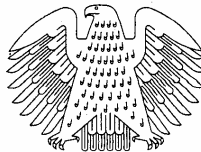
Dazu hat sie diverse Experten eingeladen, durch deren Anhörung sie zu folgenden Erkenntnissen kam:

- die sportmotorischen Fähigkeiten der 9- bis 16-jährigen Mädchen und Jungen hat in den letzten vier Jahren kontinuierlich abgenommen, wobei der Rückgang bei jüngeren Altersgruppen stärker als bei Älteren ist;
- nicht zuletzt durch das Wegbrechen der Alltagsbewegung werden die Kinder zu passiv sitzenden Stubenhockern;
- unumstritten ist der Einfluss des Ernährungs- und Bewegungsverhaltens. Die „moderne“ Umwelt der Kinder mit einem hohen Fernseh- und Computerkonsum spielt dabei eine entscheidende Rolle;
- die Folgen des Bewegungsmangels sind u. a.: Adipositas, Diabetes, Herz-, Kreislauferkrankungen, Haltungsschäden, psychosomatische Erkrankungen sowie schlechtere Schulnoten;
- die regelmäßige, längerfristige Teilnahme an Sportangeboten kann das Sozialverhalten positiv beeinflussen und stärken, weil hier die Fähigkeiten zu kooperieren, Dinge auszuhandeln, Regeln zu lernen, sie auch selbst aufzustellen und sich dann daran zu halten, gefördert werden;
- durch Sport lernen Kinder Verantwortung zu übernehmen, ihr Durchhaltevermögen zu steigern und Grenzen zu erkennen, teamfähig zu werden und auch mit Frust und Konflikten umzugehen;
- keine andere Institution als der Sportverein erreicht auf freiwilliger Basis so viele Kinder und Jugendliche;
- der Wunsch der Kinder nach mehr Sport ist da, allerdings fehlt es an Angeboten, die vorhandenen Angebote richten sich meist an die Jungen, spezielle Angebote für Mädchen insbesondere mit Migrationshintergrund fehlen oft;
- zur Suchtprävention ist es notwendig, den Kindern so früh wie möglich beizubringen, auch „nein“ sagen zu können;
- hinsichtlich der Integration durch Sport ist die Förderung des Dialogs zwischen Aufnahmegesellschaft und Zielgruppe sowie die Entwicklung von gegenseitiger Akzeptanz und die Schaffung von überdauernden Integrationsstrukturen wichtig;
- in allen Bereichen erweist sich ein dichtes Netzwerk zwischen Vereinen, Jugendamt und Schulen als besonders erfolgreich;
- Eltern wirken als Vorbilder, wenn sie viel Sport treiben und die Freizeit bewegungsorientiert verbringen, überträgt sich dies auf die Kinder.

- 3 -

Deshalb fordert die Kinderkommission:

- Überprüfung der motorischen Fähigkeiten durch einen bundesweiten Fitness-test,
- mehr geschlechts- und altersspezifische Angebote, besonders für Mädchen bzw. Migrantinnen,
- die Veränderung der Trainerausbildung dahingehend, dass Aspekte wie Sucht-/ Gewaltprävention und Integration mit hereingenommen werden,
- die Vernetzung und Kooperation zwischen Vereinen, Jugendamt und Schulen weiter zu forcieren,
- bei allen politischen Entscheidungen, die das Wohn- und Bewegungsumfeld der Kinder betreffen, auf den Bewegungsdrang der Kinder Rücksicht zu nehmen,
- Städte und Kommunen wieder bewegungsfreundlicher für Kinder zu gestalten,
- die Ausrufung eines „kommunalen Tag des Kindes“ durch die Kommunen, der aus einem Mix aus wissenschaftlichen Vorträgen, Bewegungsparcours, Elterndiskussionen, Zirkus, Artistik etc. besteht,
- eine stärkere Bereitschaft bei Bund, Ländern, Kommunen und Vereinen, gute Projekte zu unterstützen,
- Projekte wie den Mitternachtssport in Frankfurt als offenes Sportangebot zu unterstützen, bekannter zu machen und das Konzept auf andere Städte zu übertragen,
- mit den Ländern zu beraten, wie im vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereich mehr körperliche Bewegung gefördert werden kann,
- die Länder aufzufordern, mehr Sportunterricht in den Schulplan einzubauen,
- die Schaffung qualitativ guter Bewegungsmöglichkeiten in den Schulen, besonders auch in Ganztagschulen,
- den Sportunterricht möglichst nicht fachfremd zu erteilen,
- Förderung der Bewegungserziehung des Sports in Kindergärten und Schulen,
- Förderung von Bewegungskindergärten,
- Kinderspiele und laute Sportausübung von Kindern zu akzeptieren,
- Aufklärung und Sensibilisierung von Eltern, Großeltern über die Bedeutung der Bewegung,
- Stärkung der Motivation der Eltern, sich mehr mit ihren Kindern gemeinsam zu bewegen,
- eine deutlichere Anerkennung von ehrenamtlichem sozialem Engagement von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund beim Sport,
- die Evaluation von vorhandenen positiven Projekten.



Anlage 17

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 19. September 2006

Kinderkommission des Bundestages zum Weltkindertag: „Gemeinsame globale Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen“

Zum Weltkindertag am 20. September 2006 erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

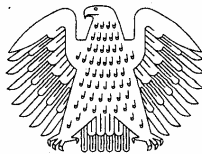
Die Kinderkommission des Bundestages begrüßt und unterstützt die geplante Einführung einer EU-Kinderrechtsstrategie (KOM-Nr. (2006)367 endgültige Fassung vom 4.7.2006), mit der die EU ihre globale Präsenz und ihren Einfluss zur wirksamen Förderung der Kinderrechte in allen Ländern der Welt nutzen will. Nur gemeinsam kann erreicht werden, dass alle Kinder den Schutz erhalten, der ihnen zusteht.

Die Globalisierung lässt die Grenzen fließen. Insbesondere brutale Kinderrechtsverletzungen sind allein national nicht zu regeln. Kinderhandel beispielsweise passiert weltweit. Auch Kindersextourismus ist international, Kinder werden in Asien, Südamerika, aber auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas, zum Beispiel im deutsch-tschechischen oder deutsch-polnischen Grenzgebiet, durch Kindersex-Touristen skrupellos ausgebeutet. Ihnen werden schlimmste psychische und physische Schäden zugefügt. Dies gilt auch für Kinder, die für kinderpornographische Darstellungen im Internet missbraucht werden. Jedem kinderpornographischen Bild geht eine kriminelle Tat gegenüber einem Kind voraus.

„Diese grenzüberschreitenden, menschenverachtenden Praktiken gegenüber Kindern können nur durch Vernetzung und internationale Zusammenarbeit der einzelnen Staaten und ihrer Organe und Organisationen wirksam bekämpft werden“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll, MdB.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 18

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 22. September 2006

Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Tag der Integration am 25. September 2006: „Integration fängt bei den Kleinen an!“

Rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, sie wachsen in zwei Kulturen auf. Diese Kinder müssen so früh wie möglich alle Chancen der Integration erhalten. Der Tag der Integration ist Anlass, das Bewusstsein für die Probleme der Kinder mit Migrationshintergrund weiter zu schärfen.

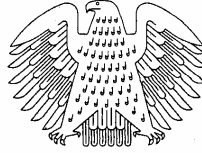
Ein Schlüssel zur Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache und damit der Bildungserfolg. Gerade deshalb muss die Sprachausbildung bereits im Kindergarten ansetzen. Dazu gehört zum einen die Weiterentwicklung der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen im Hinblick auf Kenntnisse (früh)kindlicher Sprachentwicklung und zum anderen die Motivation der Eltern, ihren Kindern die Basis für die Möglichkeiten zu schaffen, die sie hier in Deutschland haben.

Spätestens mit der Einschulung sollte das Beherrschen der deutschen Sprache für jedes Kind gesichert sein, ohne allerdings die Muttersprache zu vernachlässigen. In Zwei- und Mehrsprachigkeit stecken für Kinder große Chancen gerade auch im Hinblick auf die globale Wissensgesellschaft. Dies gilt es zu erkennen und zu nutzen.

„Integration im Kindesalter kann auch spielerisch gelingen“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission Michaela Noll. „Bestes Beispiel ist der Sport. Wenn Kinder unterschiedlichster Herkunft gemeinsam trainieren, lernen sie sich kennen, finden Freundschaften und Verständnis für die gegenseitigen Kulturen und überwinden Sprachbarrieren wie von selbst.“

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 19

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 11. Oktober 2006

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission zum Thema Kinder und Medien „Medienkompetenz – wie erreichen wir Problemfamilien?“

Zeit: Mittwoch, den 18. Oktober 2006, 16.00 Uhr
Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Die Vermittlung von Medienkompetenz für Kinder, deren Eltern und Pädagogen wird angesichts der vielfältigen Medienlandschaft immer wichtiger. Oft wissen Eltern nicht, dass ihr eigener übermäßiger Medienkonsum einen negativen Einfluss auf den Medienkonsum ihrer Kinder haben kann. Der problematische Medienumgang ist oftmals nicht die Ursache für familiäre Schwierigkeiten, sondern lediglich deren Symptom. Die betroffenen Familien benötigen therapeutische und sozialpädagogische Unterstützung.

Wie Hilfestellungen aussehen und die Problemfamilien erreicht werden können, will die Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit den Experten Thomas Waldner vom ZDF (Projekt SchauHin), Hanne Walberg von der Johannes-Gutenberg-Universität und Sabine Eder von der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) im Rahmen der Anhörung erörtern.

Die Öffentlichkeit ist herzlich eingeladen. Interessierte werden gebeten, sich beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: 030/227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums anzumelden. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Für Medienvertreter gelten die üblichen Regelungen.

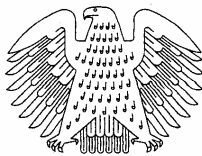
Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal nicht rauchen und Handys ausschalten!

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter www.bundestg.de/tv

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 20

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 13. Oktober 2006

Kinderkommission zum Welternährungstag:

„Ran an den Speck – Kindern mehr Ernährungswissen vermitteln“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Welternährungstag am 16. Oktober 2006:

Laut einer Studie des Robert-Koch-Instituts leidet jedes zehnte Kind in Deutschland an Übergewicht. Gründe für das Übergewicht bei Kindern gibt es viele: Fehlernährung und Bewegungsmangel sind zwei wichtige Auslöser, aber auch Veranlagung sowie soziales Umfeld spielen eine entscheidende Rolle.

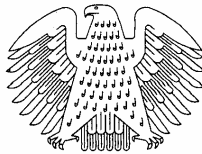
Gerade das Wegbrechen der Alltagsbewegung ist aber ein Faktor, dem leicht entgegengewirkt werden kann: weniger Fernsehen gucken, weniger PC-Spiele, weniger Fahr-Dienste der Eltern, dafür mehr Bewegung.

Zudem ist es wichtig, dass den Kindern von Beginn an eine gesunde und ausgewogene Esskultur vermittelt wird. Hierzu müssen Familien, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen an einem Strang ziehen. „Es wäre wünschenswert, dass die Vermittlung von Ernährungswissen auch Teil des schulischen Lehrplans ist“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Michaela Noll. „Auch wäre es gut, in den Schulkiosken ausgewogene und gesunde Kost statt Chips und Schokoriegel anzubieten.“

Eltern sind außerdem gefordert, ihrer Vorbildfunktion im Hinblick auf gesunde Ernährung gerecht zu werden: Diese lässt sich stärken, indem Ernährungserziehung bereits spielerisch in Kindertagesstätten und Grundschulen beginnt.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Hans Hotter (Leiter) · Telefon +49-30/2 27-33918, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 21

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 25. Oktober 2006

Den Schutz der Rechte des Kindes bei der Mitwirkung an Medienproduktionen stärken

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur Modernisierung und Weiterentwicklung des gesetzlichen Jugendarbeits- schutzes:

Der gesetzliche Jugendarbeitsschutz hat sich als unverzichtbarer Teil des Kinder- und Jugendschutzes in der Bundesrepublik bewährt. Der Schutz heranwachsender Kinder und Jugendlicher vor Arbeiten, die sie physisch und psychisch gefährden können, ist ein wichtiger Baustein der öffentlichen Verantwortung für die Befähigung aller Menschen zu einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben. Ein wirksamer Jugendarbeitsschutz sichert den Bestand an qualifizierten und gut ausgebildeten Fachkräften, auf den eine hochentwickelte Wirtschaft angewiesen ist. Nicht zuletzt hängt in einer alternden Gesellschaft die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme davon ab, wie umfassend und nachhaltig der Schutz vor Gefährdungen gerade während der ersten Schritte ins Arbeitsleben realisiert wird.

Das qualitative Niveau und die Reichweite der Sicherheits- und Gesundheitsschutzstandards für die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen dürfen im Rahmen einer Modernisierung und Weiterentwicklung des Jugendarbeitsschutzgesetzes nicht zur Disposition stehen. Der gesetzliche Jugendarbeitsschutz muss insbesondere dort an veränderte Gegebenheiten und Anforderungen angepasst werden, wo die Belange des Kindesschutzes dies erfordern. Der Schutz der Rechte des Kindes muss insbesondere bei Medienproduktionen gestärkt werden. Beispielhaft für diese Herausforderung steht die Entwicklung neuer Medienformate, beispielsweise von Reality-TV-Serien oder Casting-

2

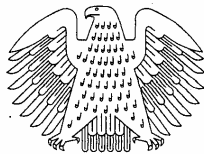
- 2 -

Shows, aber auch die zunehmende Bedeutung von Internetplattformen, in denen Nutzer selbst Bild-, Ton- oder Textinhalte bereitstellen.

Die Kinderkommission regt insbesondere an, die Vorschriften in § 6 JArbSchG daraufhin zu überprüfen, ob sie geeignet sind, eine kindgerechte Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Kindern an Medienproduktionen verbindlich zu regeln. Die Kinderkommission sieht Handlungsbedarf hinsichtlich

- einer eindeutigen Regelung der Beteiligung von Kleinstkindern und Säuglingen an Medienproduktionen,
- einer Stärkung der Rolle des Jugendamts im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 6 Abs. 2 JArbSchG sowie
- einer verbindlichen Hinzuziehung von pädagogischen Fachkräften bei der konkreten Ausgestaltung des Engagements von Kindern in Medienproduktionen.

Darüber hinaus sind alle Beteiligten und insbesondere die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe aufgefordert, durch eine Intensivierung von Beratungs- und Informationsangeboten verstärkt die Wahrung der Belange des Kindesschutzes bei der Beteiligung von Kindern an Medienproduktionen zu fördern und einzufordern.



Anlage 22

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 2. November 2006

Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusgemäßen Wechsel im Vorsitz

Zeit: Mittwoch, 8. November 2006, 16.00 Uhr

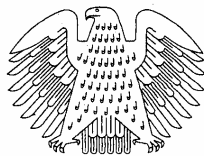
Ort: Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Am 4. November 2006 wechselt turnusmäßig der Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten der Legislaturperiode von Michaela Noll (CDU/CSU) geleitet. Sie übergibt das Amt nunmehr an Marlene Rupprecht (SPD). Die Kinderkommission nimmt dies zum Anlass, bei der Pressekonferenz über ihre Arbeit unter dem Vorsitz von Michaela Noll sowie über die geplanten Schwerpunkte in der Amtszeit von Marlene Rupprecht zu informieren.

Beratungsschwerpunkte in der Vorsitzzeit von Michaela Noll waren die Themen Kinder und Sport, Kinder und Medien sowie Möglichkeiten der Hilfestellung für Kinder psychisch kranker Eltern. Aufgegriffen wurden daneben zahlreiche Themen, die sich aus der aktuellen politischen Diskussion ergaben. Themenschwerpunkte von Marlene Rupprecht werden Kinder und Gesundheit, Kinder und Behinderung sowie die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention sein.

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



Anlage 23

DEUTSCHER BUNDESTAG

pressemitteilung

Berlin, 6. November 2006

Stellungnahme und Forderungen der Kinderkommission zum Thema „Kinder und Medien“

Der Alltag der Kinder und Jugendlichen wird wesentlich geprägt durch elektronische Medien. Neben den herkömmlichen technischen Geräten wie dem Fernsehen oder dem Radio gehören das Internet, das Handy oder Spielekonsolen zum jugendlichen Alltag. 92 Prozent aller Jugendlichen verfügen mittlerweile über ein eigenes Handy.

Die virtuelle Welt kann neurobiologische und psychologische Auswirkungen bei den Kindern und Jugendlichen verursachen. Die daraus erwachsenden Gefahren sind keineswegs zu unterschätzen. Eine neue Welle der Diskussion wurde zuletzt durch die Funde von gewalthaltigen und pornographischen Inhalten auf den Handys von Jugendlichen ausgelöst. Sogenannte Happy-Slapping-Filme oder Snuff-Videos treten immer häufiger auf. Diese Videos mit brutalen, teilweise illegalen Inhalten auf den Handys von Kindern verunsichern zunehmend Eltern, Kinder und Pädagogen. Maßnahmen, wie ein Handyverbot an Schulen, reichen aber bei weitem nicht aus, um diesem Problem effektiv begegnen zu können.

Aufgrund dieser Tatsachen hat sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit dem Thema „Kinder und Medien“ auseinandergesetzt. In den Mittelpunkt wurden dabei die Auswirkungen einer missbräuchlichen Handynutzung sowie eines erhöhten Medienkonsums gestellt. Ebenfalls thematisiert wurde die Frage, wie man am besten die Problemfamilien erreichen kann. Nach Expertenanhörung hat die Kinderkommission zahlreiche Forderungen zu diesen Bereichen formuliert, die im Folgenden aufgezählt werden.

Der Ausgangspunkt für die Kinderkommission waren folgende Erkenntnisse von eingeladenen Experten:

2

Deutscher Bundestag
Pressereferat
Internet

Presse und Kommunikation Platz der Republik 1 · 11011 Berlin (Herausgeber)
Telefon +49-30/2 27-37272, -37171 · Fax +49-30/2 27-36192
www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

- 2 -

- der einfachste und wirksamste Weg ist die Reduktion des Medienkonsums;
- trotz der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen wie dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Länder oder dem Jugendschutz-Gesetz des Bundes bestehen enorme Defizite, um Kinder und Jugendliche vor den negativen Folgen der Medien wie Fernseher, Internet oder Handys effektiv schützen zu können;
- in Deutschland gibt es kein anerkanntes Jugendschutzprogramm für das Internet, das einen sicheren Schutz der Kinder und Jugendlichen gewährleistet;
- Computerspiele oder jugendgefährdendes Material wie Gewaltvideos sind für die Jugendlichen einfach aus dem Netz zu besorgen, insbesondere auch aus dem Ausland;
- die technischen Vorkehrungen der Handys, die den Erhalt dieser brutalen Videos unterbinden könnten, sind häufig unzureichend;
- männliche Jugendliche spielen eher die brutalen Computerspiele, was sich dann unter Umständen in einem aggressiveren Verhalten bemerkbar machen kann;
- die Nutzungsintensität und -häufigkeit der jungen Mediennutzer korreliert mit deren Wissen und schulischen Leistungen, das heißt, je mehr man fernsieht, desto schlechter können die Schulnoten ausfallen;
- psychologische Auswirkungen wie z. B. Schlafstörungen können bei denjenigen Jugendlichen auftreten, die mit Snuff-Videos oder Happy-Slapping-Filmen unmittelbar konfrontiert werden;
- weitere negative Auswirkungen sind z. B. gesundheitliche Folgeschäden wie Essstörungen oder ein Hang zur Selbstüberschätzung;
- weitere wichtige Potentiale der Kinder und Jugendlichen gehen zudem verloren bzw. werden nur ungenügend gefördert, Möglichkeiten zur Entwicklung des persönlichen Vorstellungsvermögens werden eingeschränkt;
- Eltern, Erzieher und Pädagogen können häufig die Handys der Kinder und Jugendlichen nicht auf jugendgefährdende Inhalte überprüfen, da ihnen hierzu oftmals ein Überblick über die technischen Vorkehrungen der Handys fehlt;
- ein großes Gefahrenpotential geht vom Internet aus – neben einer möglichen Abhängigkeit (Online-Sucht), ist dieses Medium am wenigsten kontrollierbar, denn zukünftig können Kinder und Jugendliche vermutlich immer und überall online sein, auch außerhalb des Elternbereichs, was deren Kontrollmöglichkeiten deutlich einschränkt;
- in Problemfamilien entwickelt sich der Fernseher als Ersatz für gemeinsame Freizeitaktivitäten oder Gesprächsrunden im Familienkreis, oftmals dient er lediglich dazu, das Familienleben „aufrechtzuerhalten“;
- neben einer schwach ausgeprägten Medienkompetenz, verfügen die Eltern dieser Familien über ein unzureichendes Problembewusstsein sowie über keine Risikoabschätzung über die Folgen der falschen Mediennutzung, was die Startchancen ihrer Kinder z. B. aufgrund schlechter schulischer Leistungen stark einschränken kann;
- bestehende pädagogische Angebote und Maßnahmen werden häufig von den Problemfamilien als Eingriff in ihre Privatsphäre verstanden und daher abgelehnt;
- umstrittene Sendungen wie z. B. die „Super Nanny“ werden von den Problemfamilien häufig gesehen.

3

Vor diesem Hintergrund und den aktuellen Entwicklungen ergeben sich für die Kinderkommission Forderungen, die sich an unterschiedliche Bereiche und Adressaten richten:

Bereich der Gesetzgebung und institutioneller Einrichtungen:

- während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 sollten Regelungen und Maßnahmen zum Schutz vor rechtswidrigen und sonstigen jugendgefährdenden Inhalten in den Netzen durch Vereinbarungen über internationale Mindeststandards und Aktionsprogramme initiiert werden;
- die rechtlichen Grundlagen im Bereich des Jugendmedienschutzes sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Aktualität vom Gesetzgeber zu überprüfen und ggf. zu novellieren;
- der Dialog mit den Bundesländern ist zu intensivieren, um folgende Eckpunkte zu beraten:
 - über ein Verbot von sog. Killerspielen muss nachgedacht werden
 - die Altersgrenzen für die Freigabe von Filmen und Spielen sowie die Alterskennzeichnung von Computerspielen muss überprüft werden;
- die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sollte sowohl technisch als auch personell adäquat ausgestattet werden, um konsequent und umfassend auf neue Herausforderungen im Bereich der neuen Medien reagieren zu können;
- Kinder und Jugendliche benötigen eine vernünftige Tagesstruktur, daher sollten z. B. Ganztagschulen nachhaltig gefördert werden;
- auf die Gefahren und Konsequenzen einer Spielsucht oder eines missbräuchlichen Handy-Umgangs ist durch den Gesetzgeber und die Spielindustrie mittels einer Aufklärungskampagne, die bis in die Kindergärten und Schulen reichen sollte, gezielt aufmerksam zu machen;
- über eine höhere Besteuerung von Computerspielen mit gewalthaltigem Charakter ist nachzudenken;

Bereich der Betreuung und Beratung:

- Beratungs- und Betreuungsangebote, die sich an Eltern richten, sollten auf ihre Effektivität überprüft und ggf. erweitert werden;
- sozialpädagogische und therapeutische Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen sollten gefördert werden, um Familien in ihren Bestrebungen, sich Medienkompetenz anzueignen, zu unterstützen;
- Eltern-Coaching, gerade von Müttern aus Problemfamilien, kann hier eine sinnvolle Alternative bieten;
- um die Effektivität dieser Maßnahmen zu erhöhen, sollte die Vernetzung von Elternhaus, Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Bildungs- und Beratungseinrichtungen sowie der Austausch von Medienschaffenden, Medienpädagogik und Medienwissenschaft intensiviert werden;
- Beratungs- und Betreuungsangebote sollten möglichst wohnortnah und im sozialen Umfeld (z. B. in Arztpraxen oder Bäckereien) der betroffenen Familien zur Verfügung gestellt werden;
- die Vermittlung von Medienkompetenz sollte möglichst früh beginnen, so könnten z. B. in Schulen Medienarbeitsgruppen eingesetzt werden, in denen Kinder ganz praktisch den Umgang mit den Geräten lernen können;

- 4 -

- die Kontaktaufnahme bzw. die aufgenommene Betreuung der Problemfamilien muss behutsam und gezielt stattfinden, um eine ablehnende Haltung dieser Familien gegenüber den Betreuern und Pädagogen zu verhindern;
- individuelle pädagogische Beratungsangebote (z. B. Telefon-Hotlines) oder Internetangebote sind zu begrüßen, denn sie können einen wirksamen Beitrag leisten, die Eltern in den Problemfamilien besser anzusprechen;
- Informationsmaterialien sind zielgruppenorientiert anzubieten, beispielsweise an die Eltern in Form von DVD's in Kliniken, Postern oder „Junior-Tüten“;
- grundsätzlich sollten die Angebote niederschwellig, mehrsprachig und elterngerecht ausgerichtet sein;

Bereich der Anbieter und Hersteller von Medien:

- der Zugriff auf jugendgefährdende Internetseiten muss von den Anbietern durch die Implementierung entsprechender technischer Standards stärker verhindert werden, wie sie schon zum Teil von Suchmaschinen berücksichtigt werden, deren Anbieter eine entsprechende Vereinbarung mit der Bundesprüfstelle haben;
- die Gerätehersteller von Handys und mobilen Endgeräten sollten diese in einer kindersicheren Grundkonfiguration ausliefern, bei der riskante, beeinträchtigende und jugendgefährdende Angebote jeweils erst von befugten Personen freizuschalten sind;
- die Einrichtung einer „Elternhotline“ durch die Mobilfunkanbieter kann dies unterstützen;
- die Mobilfunkanbieter sollten ihre Marketingstrategie dahingehend ändern, dass Aspekte wie Jugendschutz oder Sicherheit vor allem in das Blickfeld der Eltern gelangen, um sie so schon vorab für diese Probleme sensibilisieren zu können;
- die Bereitstellung der Informationsmaterialien sollte durch Medienschaffende gefördert werden.